

P R O T O K O L L

über die 15. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr am
Donnerstag, 5. März 1987, im Rathaus, 1. Stock hinten,
Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

BÜRGERMEISTER:
Heinrich Schwarz

VIZEBÜRGERMEISTER:
Leopold Wippersberger
Karl Holub

STADTRÄTE:
Ingrid Ehrenhuber
Rudolf Pimsl
Erich Sablik
Ing. Othmar Schloßgangl
Rudolf Steinmaßl
Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:
Hermann Bachner
Roman Eichhübl
Franz Enöckl
Walter Hahn
Karl Hochrather
Herbert Lang
Johann Manetsgruber
Günther Mayrhofer
Rudolf Pickl
Erna Probst

Franz Ramoser
Franz Rohrauer
August Schlager
Wilhelm Spöck
Franz Steinparzer
Franz Straßer
Leopold Tatzreiter
Otto Tremml
Anton Vorhauer
Christine Wieser

VOM AMT:
Magistratsdirektor OSR.
Dr. Franz Knapp
Magistratsdirektor-Stellvertreter
OSR. Mag. Johann Rabl
MR. Dr. Kurt Schmidl
SR. Dr. Peter Gottlieb-Zimmermann
Techn. Direktor TOAR Ing. Wolfgang Wein
OAR Helmut Riedler
OAR. Walter Kerbl

PROTOKOLLFÜHRER:
OAR. Walter Radmoser
Gerda Gugenberger

T A G E S O R D N U N G

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Beschlüsse des Stadtsenates:

Ha-6782/86	Hörbücherei des Verbandes der Kriegsblinden Österreichs; Gewährung einer Subvention.
FW-7776/86	Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr; Reparatur des Tanklöschfahrzeuges 2000, 0-135.452.
GHJ1-6701/85	Ankauf von EDV-Softwareprogrammen für die Aufgaben des Haushaltswesens.
Ges-896/87	Österr. Schwarzes Kreuz - Kriegsgräberfürsorge; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.
Ha-8035/85	Oö. Landestierschutzverein und Verein für Naturschutz - Zweigstelle Steyr; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.
Ha-7611/86	Österr. Gesellschaft für Eisenbahngeschichte - Steyrtal-Museumsbahn; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.
Bau3-522/86	Straßenausbau "Am Dachsberg"; Herstellung der Grundbuchordnung; Vermessungskosten.
SchuVIII-3107/85	Landesmusikschule Steyr; Ankauf eines Flügels.
Ha-206/87	Stadtkapelle Steyr; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.
Bau3-1445/84	Ausbau der Friedhofstraße und Aufschließung der Siedlungspartellen Gleink; Rechnung der OKA.
Wa-7031/86	Reinigung des Wehrgrabengerinnes im Zuge der Abkehr.
GHJ2-1060/87	Hauptschule Ennsleite, Glöckelstraße; sanitäre Installationsarbeiten.

V e r h a n d l u n g s g e g e n s t ä n d e

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- 1) Präs-486/78 BMW-Motoren-Werk Steyr; Förderung der II. Ausbaustufe.
- 2) Ha-6811/84 Lehrwerkstätte der Steyr-Daimler-Puch AG; 2. Förderungsrate.
- 3) Ha-7627/86 Wirtschaftshilfe der Studenten Oberösterreichs; Nominierungsrecht für Heimplätze; Vertragsverlängerung.
- 4) Ha-7996/86 SK Amateure Steyr; Ausbau der Sportanlage; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.
- 5) Ha-5880/86 ASKÖ Wehrgraben Steyr; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.
- 6) Bau5-3360/86 Sportanlage Rennbahn; Vergabe von Lieferungen und Arbeiten.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

- 7) Ha-7500/86 Rechnungsabschluß 1986; Ausgleich des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltes.
- 8) Wa-5450/75 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Aufnahme eines Darlehens bei der Sparkasse Steyr; Haftungsübernahme.
- 9) Wa-5450/75 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Akontozahlung der Stadt Steyr für den Kostenanteil 1986.
- 10) Ha-7042/86 Verein Lehrlingsheim Ennsleite; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

- 11) Ha-545/87 Fremdenverkehrsverband Steyr; Jahressubvention 1987.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

- 12) Bau5-4999/86 Einbau von zwei Hortgruppen im Untergeschoß des Sparkassengebäudes Resthof; Vergabe der Arbeiten.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF PIMSL:

- 13) Bau2-2439/86 ÖPTV-Richtfunkrealisstation Steyr-Weinzierl; Flächenwidmungsplanänderung Nr. 36.

- 14) Bau2-6290/86 BMW Motoren-GesmbH - Verwaltungsgebäude; Flächenwidmungsplan Nr. 15 "Hinterberg" - Änderungsplan Nr. 2.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK:

- 15) SH-784/87 Außerordentliche Brennstoffaktion der Stadt Steyr für Mindestpensionisten und Sozialhilfeempfänger.
- 16) SH-609/87 Einkommensschwache Personengruppen; Brennstoffaktion 1987.
- 17) Bau3-1445/84 Ausbau der Friedhofstraße und Aufschließung der Siedlungspartellen Gleink.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

- 18) Bau6-6755/86 Bundesstraßenbaulos "Bad I" - Ausbau der Haratzmüllerstraße; Kanalisierung.
- 19) Bau6-972/86 Kanalisation "Krenn-Gründe" - NS 2 Steyreckerstraße, Steyr, - Weinzierl" Restabwicklung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

- 20) ÖAG-4002/86
Stadtwerke Verkehrsbetrieb der Stadtwerke; Grundleistung 1987.
- 21) ÖAG-2086/84
Stadtwerke Stadtwerke Steyr - Brunnenschutzgebiet; Refundierung von Ausgaben für 1986.
- 22) ÖAG-963/87
Stadtwerke Städt. Gas- und Wasserwerk; Rohrverlegungen 1987; Ankauf der Sphärogußrohre und Formstücke.
- 23) ÖAG-1076/87
Stadtwerke Höchstarifverordnung für das Bestattergewerbe gem. § 239 der Gewerbeordnung 1973; Neufestsetzung der Tarife für die städtische Bestattung.
- 24) ÖAG-4925/81
Stadtwerke Arbeitspreissenkung für Erdgas durch die Oö. Ferngas GesmbH zum 1. 1. 1987; Senkung der Erdgasabgabepreises für Tarifabnehmer in Steyr.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

- 25) ÖAG-3791/85
ÖAG-4399/85 Bauplatzschaffung und Grundverkauf an die Firmen Kraml und Almayer; Änderung der Grundstücksgrenzen.

26) FW-1270/86

Ankauf eines Tanklöschfahrzeuges für die Freiwillige
Feuerwehr der Stadt Steyr

27) FW-1975/86

Ankauf bzw. Errichtung einer Personenrufanlage für die
Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich eröffne die heutige Sitzung und darf feststellen, daß sie den Statuten entsprechend einberufen wurde und daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Ich bitte die Herren Gemeinderäte Hahn und Tremml um Übernahme der Protokollprüfung für die heutige Sitzung. Entschuldigt für die heutige Sitzung sind Kollege Brandstötter, Gemeinderat Klausberger, Frau Gemeinderat Schreiberhuber, Herr Gemeinderat Sturmberger, Herr Gemeinderat Wieser und Herren Gemeinderäte Zagler und Wallner. Ich darf nochmals betonen, daß die Beschlußfähigkeit trotzdem gegeben ist. Wir kommen damit zur Behandlung von allfälligen Anfragen. Hier liegt eine schriftliche Anfrage des Gemeinderates Franz Ramoser, der GAL Steyr vom 1. 3. 1987 vor. Diese Anfrage wurde entsprechend der Geschäftsordnung für den Gemeinderat rechtzeitig vor der Sitzung eingebracht. Die Eingabe hat folgenden Wortlaut:

Betrifft Anfrage an den Bürgermeister. Herr Bürgermeister, vor der Budgetdebatte über das Jahr 1987 wurde mir die Einsichtnahme im den Pachtvertrag über das Sportheim-Bufferet Münchenholz verweigert. Ihre Begründung: Hier handelt es sich um einen Privatpachtvertrag und daher gibt es auch keinen Zusammenhang zwischen der Budgetdebatte des Gemeinderates und meiner Akteneinsicht. Herr Bürgermeister, ich frage Sie, warum ist es in der Stadt Steyr möglich, im Budget Gelder für ein Sportheim mit einem privat geführten Buffet vorzuschlagen und zu bestimmen, obwohl hier private und öffentliche Interessen vorhanden sind? Der abgrenzende Pachtvertrag darf jedoch nicht eingesehen werden. Ich darf diese Frage wie folgt beantworten. Die Stadt Steyr ist bekanntlicherweise Eigentümerin der Liegenschaft EZ 246, KG. Hinterberg, mit dem auf der Grundparzelle 352/8 errichteten Sportheim Münchenholz/Steyr, Schumeierstraße 2. Die Stadt hat die im Sportheim-zum Buffetbetrieb vorgesehenen Räume samt Betriebs- und Einrichtungsgegenständen Anfang 1978 an Frau Anna Zöchling im Wege der Umsatzpacht verpachtet. Ich darf der Ordnung halber hinzufügen, daß die Umsatzpacht bisher immer ordnungsgemäß abgeführt wurde und auch weiterhin abgeführt wird. Aus formalen Gründen und nicht um etwas zu verbergen, Herr Gemeinderat, habe ich die Akteneinsicht in die beim Magistrat aufliegenden Unterlagen verweigert.

Herr Gemeinderat Franz Ramoser hat deswegen an das Amt der Oö. Landesregierung eine Aufsichtsbeschwerde eingebracht, zu der in der Zwischenzeit der Magistrat Steyr Stellung genommen hat. Eine Erledigung dieser Aufsichtsbeschwerde ist seitens des Landes bisher nicht erfolgt. Daß im Budget der Stadt Steyr für den weiteren Bestand des Sportheimes Münchenholz samt Buffetbetrieb bei verschiedenen Voranschlagsposten Mittel bereitgestellt wurden, ergibt sich aus der Verpflichtung der Stadt als Eigentümerin, den gesamten Liegenschaftsbesitz in ordnungsgemäßem Zustand zu erhalten. Daraus kann im Zusammenhang mit dem vorerwähnten Pachtvertrag von mir eine unzulässige Verquickung privater und öffentlicher Interessen nicht erblickt werden.

Ich bitte um Kenntnisnahme dieser Beantwortung. Gemäß § 9 Abs. 4 der Geschäftsordnung steht Ihnen eine Zusatzfrage zu, bitte!

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Herr Bürgermeister, wird es so sein, daß der Pachtvertrag, der nächstes Jahr wieder ansteht bei der Budgetdebatte, wieder nicht eingesehen werden kann?

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Es wird sich nichts ändern, es sei denn, es ändern sich die Statuten unserer Stadt oder die Geschäftsordnung. Es ist so, daß die Pachtverträge zwischen dem Magistrat Steyr und dem jeweiligen Pächter bzw. der jeweiligen

Pächterin auf privatrechtlicher Basis abgeschlossen werden und in keiner Weise Angelegenheit eines Beschlusses irgend eines Beschlußgremiums des Gemeinderates sind, also weder im Gemeinderat noch im Stadtsenat, noch in einem Ausschuß werden diese Verträge behandelt. Dazu wäre eine Änderung der Satzungen erforderlich.

Ich darf ergänzend noch dazu sagen, weil es hier den Eindruck hat, als würden Ihnen, Herr Ramoser, Informationen fehlen oder würden Ihnen solche nicht gegeben, und darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß die Praxis bei uns so ist, daß Sie zusätzliche Informationen in jeder Weise erhalten. Sie werden eingeladen zu den regelmäßig stattfindenden Fraktionsobmännerbesprechungen. Ich darf aber auch darauf hinweisen, daß weit über unsere Verpflichtung hinaus jeder einzelne Gemeinderat die Stadtsenatsakten ebenfalls zugestellt erhält und so die Einsicht in die Stadtsenatsakten ebenfalls hat, obwohl die Gemeinde nicht die Verpflichtung hätte, dies zu tun. Es ist also die Information zweifellos größer als das Recht, das Ihnen zusteht. Ich bitte um Kenntnisnahme.

Wir kommen damit zu den Mitteilungen des Bürgermeisters. Hier darf ich über die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage einen kurzen Überblick geben. Es liegt diesbezüglich der letzte Bericht des Arbeitsamtes für den Monat Jänner 1987 vor. Daraus ergibt sich folgendes:

Im Jänner trat kein Ereignis ein, welches die Wirtschaftslage im Amtsbezirk wesentlich geändert hätte, so daß die Kontinuität im großen und ganzen gewahrt blieb. Das bedeutet für den lokalen Arbeitsmarkt eine weitere Verschlechterung und damit eine neuerliche Erhöhung der Arbeitslosenzahl. Mit 3.108 Vormerkten beträgt die Arbeitslosenrate im Jänner 8,1 Prozent. Die Stellenandrangziffer Arbeitslose je gemeldete Stelle beträgt 14,6. Die Lage der Metallwirtschaft in diesem Bereich ist seit Beginn des Jahres ziemlich unverändert. Größere Bewegungen in eine Richtung zeichnen sich augenblicklich nicht ab. In der Bauwirtschaft wird mit dem Ansteigen der Temperaturen wieder eine Konjunkturbelebung einsetzen. Ob alle freigestellten Arbeitskräfte dann auch wieder eingestellt werden, oder ob die Sockelarbeitslosigkeit weiter ansteigen wird, bleibt abzuwarten.

Soweit ein kurzer Bericht über die Arbeitsmarktsituation im Arbeitsmarktbezirk Steyr.

Ich darf bei meinen Mitteilungen noch kurz auf unser Sonderförderungsabkommen eingehen. Es war schon in der Vergangenheit notwendig, an dieser Stelle mehrmals über das Problem Wiedereinsetzung des Sonderförderungsabkommens für die Krisenregion von Steyr Mitteilung zu machen. Ungefähr vor Jahresfrist wurde von Bundesseite bekanntgegeben, daß die Bereitschaft zur Verlängerung dieses Abkommens bestanden hätte, ein diesbezügliches Angebot des Bundes aber von Landesseite nicht angenommen wurde. Aus Gesprächen mit dem für Wirtschaftsfragen zuständigen Landesrat Dr. Leibenfrost und aus mehreren Pressemeldungen ist zu entnehmen, daß das Land offenbar im Gegensatz zu seinem ursprünglichen Verhalten für ein Wiederaufleben der Sonderförderung eintritt. Sicher auch durch die Neubildung der Bundesregierung bedingt ist nunmehr wiederum eine Verzögerung auf Bundesseite festzustellen, als es noch an der formellen Mittelfreigabe seitens des Finanzministers derzeit fehlt. Für unsere Stadt ist es bei der gegebenen Situation jedenfalls nicht einfach, bei Vorliegen oft gegenteiliger Behauptungen den wahren Sachverhalt aufzuklären. Es ergibt sich aus den geschilderten Umständen eine keineswegs befriedigende Situation. Ich habe mich deswegen veranlaßt gesehen, das Problem neuerlich mit Nachdruck aufzugreifen und habe namens der Stadt beim Bundesminister für Finanzen schriftlich eine entsprechende Urganz vor wenigen Tagen vorgenommen. Eine Antwort ist bisher

nicht erfolgt.

Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen auch etwas Erfreuliches mitteilen. Alles Voraussicht nach wird es gelingen, auf einem Grundstück an der Ennser Straße im Anschluß an die Dachdeckerfirma Wittner eine neue Betriebsansiedlung vorzunehmen. Die deutsche Firma Stoba, Kurt Stockenburger GesmbH & Co, die sich mit der Erzeugung von Präzisions-Drehteilen, Feinwerktechnik und Teilaggregaten befaßt, hat ein ernsthaftes Interesse an einer Niederlassung in Steyr bekundet. Es ist geplant, auf einer Grundfläche von ca. 3.000 m² einen Filialbetrieb zu errichten, der im Endstadium 50 - 60 Personen beschäftigen soll. Da sich das Unternehmen mit Erweiterungsabsichten trägt, soll bezüglich des künftigen Erwerbes anschließender Grundstücke eine 5 Jahre zeitlich begrenzte Option eingeräumt werden. So bald die Verhandlungen in ein konkreteres Stadium treten, wird sich der Gemeinderat mit diesem Problem sicher noch näher zu befassen haben.

Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen noch mitteilen, daß es einer langjährigen Übung entspricht, das hat sich auch als zielführend erwiesen, daß in periodischen Abständen mit einzelnen Mitgliedern der Landesregierung an Ort und Stelle die jeweils anstehenden Probleme erörtert werden. Diese Tradition wird am morgigen Tag mit dem Nachfolger des im Vorjahr verunglückten Landesrat Winetzhammer, Herrn Landesrat Mag. Helmut Kukacka, fortgesetzt. Es ist geplant, alle in dessen Ressort fallende Fragen - es handelt sich vorwiegend um Straßenbaumaßnahmen und Probleme des Umweltschutzes sowie Entsorgungsfragen - zu erörtern.

Ich bitte um Kenntnisnahme dieser meiner Mitteilungen.

Im nächsten Punkt darf ich Sie bitten, die Beschlüsse des Stadtsenates gemäß § 51 Abs. 3 StS zur Kenntnis zu nehmen. Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen StS-Sitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt dieser Einladung bei.

Wir kommen damit zu den Tagesordnungspunkten und dazu bitte ich Kollegen Wippersberger um Übernahme des Vorsitzes.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche unseren Bürgermeister um seine Berichte.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Mein erster Antrag beschäftigt sich mit der Förderung der II. Ausbaustufe des BMW-Motorenwerkes in Steyr und damit verbunden einer Aufstockung des Beschäftigtenstandes dieses Betriebes von 1.000 auf 1.800 Arbeitsplätze. Ich glaube, meine Damen und Herren, ich kann mir ersparen, den umfassenden Amtsbericht zur Verlesung zu bringen, weil ich annehmen darf und muß, daß die Beschlüsse des Gemeinderates vom 12. 10. 1978 und vom 14. 4. 1983 allgemein bekannt sind. Die Geschäftsleitung des BMW-Motorenwerkes hat sich an die Stadt Steyr gewandt und um die Auszahlung der zugesicherten Barsubvention von 2,5 Mill. S für das Jahr 1986 gebeten. Auf die daraufhin erfolgte schriftliche Anfrage seitens des Magistrates über die Einhaltung des 60 %igen Anteiles von Steyrern am Gesamtbeschäftigtenstand hat die Geschäftsführung der BMW-Werke mit Schreiben vom 15. 1. 1987 daraufhin geantwortet, daß die 60 %-Quote für den Betrieb unerreichbar ist. Diese Darstellung erscheint glaubhaft, zumal in dem zitierten Schreiben auch bestätigt wird, daß bei gleicher Qualifikation den Steyrer Bewerbern der Vorrang eingeräumt wird.

Meine Damen und Herren, im Hinblick auf die Bedeutung des Unternehmens für unsere Stadt - das brauche ich nicht besonders zu betonen - und auf die geplanten weiteren Ausbaustufen darf ich Ihnen die Annahme dieses Antrages empfehlen.

- 1) Präs-486/78
BMW-Motorenwerk Steyr; Förderung
der II. Ausbaustufe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 22. Jänner 1987 wird der BMW-Motoren-GesmbH, Steyr, in Entsprechung des Punktes 3 des GR- Beschlusses vom 14. April 1983 über die Förderung der II. Ausbaustufe des BMW-Motoren-Werkes eine Barsubvention in Höhe von S 2,5 Mill. gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von
S 2.500.000,-- (zwei Millionen fünfhunderttausend)
werden bei VSt 5/7820/77760203 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Kollege Tremli bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich bin wiederum nicht so sicher, wie Bürgermeister Schwarz hier einleitend festgestellt hat, daß alle, wie sie hier sitzen, genau informiert sind über die Verträge zwischen BMW Steyr-Motorenwerk und der Stadt Steyr, die ja x-mal verändert wurden seit dem Jahre 1978. Ich bin mir auch nicht so sicher, ob alle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte genau wissen, wie der Inhalt vor allem des Vertragsabschlusses zwischen BMW-Motorengesellschaft mbH und der Stadt Steyr aussieht. Wenn Sie meine Aussage jetzt aufmerksam verfolgt haben sehen Sie, daß es wohl schon einen Unterschied gibt. Erstens einmal wurde der erste Vertrag in der Richtung abgeschlossen, daß hier eine Kooperation bestand zwischen Steyr-Daimler-Puch AG und BMW und eine gemeinsame Produktion erfolgen sollte, die ja vor Inbetriebnahme so geendet hat, daß Steyr-Daimler-Puch ausbootet wurde. Ich werde sicherlich diesen Tagesordnungspunkt und diese Beantragung der Förderung nicht benützen, um hier den umfangreichen Vertrag über Jahre hindurch zu erklären. Das steht ja Berufeneren hier in diesem Gemeinderat zu. Aber die von Bürgermeister Schwarz beantragte Auszahlung einer Barsubvention in der Höhe von 2,5 Mill. S als Subvention in der Höhe von 2,5 Mill. S an die BMW-Motorengesellschaft widerspricht nach Auffassung der KPÖ-Fraktion dem Gemeinderatsbeschuß vom 14. 4. 1983. Bereits im März 1983 trat die deutsche Leitung der BMW-Motorengesellschaft neuerlich, wie Sie wissen, an die Stadt heran, um für die Schaffung von 800 Arbeitsplätzen, also von damals 1.000 auf 1.800 zusätzliche Förderungsmaßnahmen, zu erwirken. So beschloß der Gemeinderat am 14. April 1983 gegen die Stimme der kommunistischen Fraktion nachfolgende Förderung.

Im einzelnen gliedert sich der Förderungsvertrag in 4 Punkte: 1. Rückvergütung der Lohnsummensteuer für 2 Jahre nach dem ersten vollen Betriebsjahr. Daher, so heißt es dort noch, Projektvollendung 1986, die bis heute nicht erfolgte, Berechnungsjahr mit dem Jahr 1987, zahlbar in den Jahren 1988 und 1989. Aus diesem Titel ist eine Förderung von mindestens 16 Mill. Schilling, aufgeteilt auf zwei Jahresraten, zu erwarten. So steht es im Vertrag. 2. Die Stadt verpflichtet sich, bei der Erfüllung des Erweiterungsprojektes auf 1.800 Mitarbeiter die Gebühren für Wasserleitungs- und Kanalanschluß in der Höhe von 13 Mill. Schilling zu erlassen. 3. Nach Beendigung der letzten Ratenzahlung für das Basisprojekt also bis zu 1.000 Beschäftigte, im Jahre 1985, sagte die Stadt Steyr für die Jahre 1986 und 1987 eine weitere Barsubvention von je 2,5 Mill. Schilling, somit 5 Mill., zu. 4. Das scheint mir das Wesentliche

zu sein. Die Stadt Steyr bindet ihre Förderungszusage an die Bereitschaft von BMW, den Anteil der Mitarbeiter, die ihren ordentlichen Wohnsitz in Steyr haben, auf mindestens 60 Prozent zu erhöhen. Sohin erreicht das gesamte Förderungsprojekt der Stadt Steyr für den Vollausbau, nämlich der 2. Ausbaustufe des Motorenwerkes mit 1.800 Mitarbeitern eine Summe von insgesamt 34 Mill. Schilling. Im Punkt 4) des Förderungspaktes, der Klausel im Förderungsvertrag bindet der Gemeinderat eindeutig die BMW-Förderung an Beschäftigte aus der Stadt Steyr. Mit anderen Worten ausgedrückt, die Millionen fließen nur dann an BMW, wenn im Motorenwerk Steyr der Anteil der Arbeiter und Angestellten, die ihren ordentlichen Wohnsitz in der Stadt Steyr haben, auf mindestens 60 Prozent erhöht wird. Diese entscheidende Bedingung des Vertrages wurde, wie Sie ja selbst wissen, bis heute nicht erfüllt. Die deutsche Geschäftsführung teilte wohl am 16. Jänner 1987 der Stadtgemeinde Steyr mit, daß sie die im Vertrag vorgesehene Quote von 60 Prozent der im BMW-Werk Beschäftigten mit einem ordentlichen Wohnsitz in Steyr nicht erfüllen werden. Im März 1983, also vor Vertragsabschluß, erklärte Bürgermeister Schwarz - damals noch als Bürgermeister-Stellvertreter dieser Stadt - in einem Pressegespräch wörtlich: Wir werden uns laufend informieren, ob die Förderungsauflagen, sprich Klausel, eingehalten wird. Er meinte weiter, sollte BMW mehr Nichtsteyrer beschäftigen, dann wird die Stadt die restlichen Finanzmittel zurückhalten. Die KPÖ-Fraktion ist daher nach wie vor der Auffassung, daß sich der Gemeinderat mit Beschluß vom 14. April 1983 dafür ausgesprochen hat, die im 2. Förderungspakt zugesicherte Finanzunterstützung von 34 Millionen Schilling für BMW nur dann zu realisieren, wenn 1986 eine Beschäftigungsquote von 60 Prozent in Steyr wohnhafter Arbeiter und Angestellter bei einer Beschäftigungszahl von 1.800 erreicht wird. Die Förderung der Stadt wurde schließlich aus der Überlegung beschlossen, Arbeitsplätze für Steyrer zu schaffen. Es wird sicherlich kein Steyrer verstehen, daß im Betrieb Arbeitnehmer aus anderen Bundesländern Aufnahme finden und die Steyrer bei der Bewerbung abgelehnt werden. Diese Erklärung, meine Damen und Herren des Gemeinderates, stammt nicht von mir. Diese Erklärung stammt von Altbürgermeister Franz Weiss aus der Gemeinderatsitzung vom 20. Oktober 1983. Die KPÖ-Fraktion ist daher der Meinung, daß aufgrund der Nichterfüllung des Vertrages seitens der BMW-Motorengesellschaft die beantragte Barsubvention von 2,5 Millionen Schilling nicht gewährt werden bzw. ausbezahlt werden darf. Außerdem sind die bereits erlassenen Gebühren für Wasserleitungs- und Kanalanschluß in der Höhe von 13 Millionen Schilling von der BMW-Motorengesellschaft rückzufordern. Ebenso darf die Rückvergütung der Lohnsummensteuer für 2 Jahre nach der Projektvollendung 1986 von mindestens 16 Millionen Schilling laut der Klausel im Förderungspakt nicht zur Auszahlung kommen. Aufgrund der aufgezeigten Sach- und auch Rechtslage wird die von der SPÖ- und ÖVP-Rathauskoalition, also von den Stadtseatsparteien, beantragte Barsubvention von 2,5 Millionen Schilling selbstverständlich von der kommunistischen Fraktion abgelehnt. Die beantragte vertragswidrige Auszahlung der Barsubvention von 2,5 Millionen Schilling an die BMW-Motorengesellschaft könnte auch für die KPÖ-Fraktion, wenn es hier beschlossen wird, Anlaß sein, beim Land Oberösterreich auch eine Aufsichtsbeschwerde einzubringen. Außerdem, auch wenn es manchen Herren ein Lächeln hier hervorruft, möchte ich noch hinzufügen zumindest für jene Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, die verhältnismäßig neu in diesem Forum sitzen, daß auch gleichzeitig mit ihrer heutigen Beschlußfassung von 2,5 Millionen Schilling bezogen wird auf den Amtsbericht, wo gleichzeitig auch die Aufhebung dieser Klausel zum Teil erfolgen soll.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Kollege Eichhübl ist der Nächste.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Es ist ja immer wieder das gleiche Spiel, meine Damen und Herren des Gemeinderates, wertetes Präsidium, daß immer dann, wenn ein Förderungsantrag seitens der BMW-Motoren- GesmbH Steyr zur Diskussion und Beschlußfassung vorliegt, Kollege Treml Gründe sucht und findet, um diese Anträge abzulehnen. Es ist sein legitimes Recht. Auch ich bin nicht immer mit allem und jedem einverstanden, was hier zur Beschlußfassung vorliegt. In diesem Fall aber, bei diesem Antrag, kann ich seiner Argumentation nicht Folge leisten, im Gegenteil, ich kann nach wie vor seitens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion feststellen, daß wir hinter diesen Förderungsmaßnahmen seitens der Stadt für die BMW-Motoren-Gesellschaft hier in Steyr stehen. Wir haben diese Förderungsmaßnahme und auch diese 2,5 Millionen Schilling immer unter dem Aspekt der Arbeitsplatzneuschaffung und der Arbeitsplatzsicherung gesehen. Das ist auch tatsächlich eingetreten. Ich glaube, ich brauche gar nicht näher darauf eingehen, was passiert wäre und was am Arbeitsmarkt los wäre im Bezug auf die Arbeitslosenrate, wenn BMW das Werk in Steyr hier nicht errichtet hätte. Auch die Rückflüsse an der Lohnsummensteuer darf man bitte nicht vergessen so wie die Belebung der gesamten Wirtschaft durch die erhöhte Kaufkraft der dort Beschäftigten. Das habe ich alles bereits mehrmals gesagt, wiederhole es aber nochmals. Sicherlich handelt es sich um eine sehr große Förderungsmaßnahme gesamt gesehen, die an die Grenzen der Leistungsfähigkeit der Stadtgemeinde herangeht. Es ist aber trotzdem verantwortbar, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

Abschließend darf ich nochmals sagen, ich werde diesem Antrag auch unter den geänderten Voraussetzungen die Zustimmung geben. Es ist allerdings, das muß ich zugeben, auch für mich ein Wermutstropfen in dieser ganzen Angelegenheit, daß offenbar diese 60 Prozentklausel nicht eingehalten werden konnte. Man hat sich dieses Ziel scheinbar zu hoch gesteckt und die Praxis hat das gezeigt, daß es nicht durchführbar ist. Aber das liegt sicherlich nicht bei den Verantwortlichen der BMW-Motoren-GesmbH, sondern Arbeitsplatzqualifikation und Wohnort lassen sich natürlich nicht immer unter einen Hut bringen. Das kurz als Begründung für meine Zustimmung. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich frage, gibt es eine weitere Wortmeldung? Kollege Ramoser bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Die GAL Steyr ist erst seit kurzem, seit ca. 1 1/2 Jahren, in diesem Gremium vertreten. Darum die Schwierigkeit, bei solchen Verträgen sich rechtzeitig und informativ zu informieren, daß wir auch eine für uns wichtige Sache befürworten oder ablehnen können. Ich muß hier eine Bitte und zugleich eine Forderung an die SPÖ richten, uns doch zu informieren. Die Verträge, die abgeschlossen wurden, sind uns nie zur Kenntnis gelangt. Wir können uns daher nicht so informieren wie die Vertreter der Gemeinderates, die bereits zwei oder mehrere Perioden hier sind. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es dazu noch eine Wortmeldung? Wenn das nicht der Fall ist, möchte ich selbst ein paar Worte dazusagen und bitte zu diesem Zweck Kollegen Holub um die Vorsitzführung.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte Kollegen Wippersberger um seine Wortmeldung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Werte Kolleginnen und Kollegen, zum gegenständlichen Antrag möchte ich doch einiges feststellen, und zwar daß wir aufgrund unserer sehr angespannten Finanzlage einerseits. Ich werde in meiner Berichterstattung, den Rechnungsab-schluß 1986, betreffend, noch darauf zurückkommen. Andererseits um dem Be-mühen von BMW, so viele Steyrerinnen und Steyrer als nur möglich zu beschäf-tigen, sichtbaren Nachdruck zu verleihen, haben wir mit der für 1986 vorgesehenen Zah-lung von 2,5 Millionen Schilling an BMW bis dato zurückgehalten. Bei unserer seinerzeit im Gemeinderat beschlossenen BMW-Förderung war zumindest den meisten von uns klar, daß die von uns eingesetzte 60 %-Klausel von BMW nur sehr schwer, wenn überhaupt eingehalten werden kann. Uns ging es seiner-zeit vor allem darum, daß bei der Einstellung von Beschäftigten bei BMW Steyr so viele Steyrer wie möglich einen Arbeitsplatz finden. Darum geht es uns auch heute noch. Wir werden in nächster Zeit sehr genau beobachten, ob bei Einstellungen bei BMW Steyr tatsächlich in Steyr wohnhafte Personen bevorzugt eingestellt werden, da wir aufgrund unserer Förderung zumindest, wie wir mei-nen, ein moralisches Anrecht darauf haben. Festgestellt werden sollte in die-sem Zusammenhang aber auch die Tatsache - auch das sollten wir nicht ver-schweigen - daß wir es letzten Endes BMW verdanken, daß sich eine weitere Firma bei uns niedergelassen hat, nämlich die Firma Dräxlmaier mit derzeit 282 Beschäftigten. Jetzt, werte Kolleginnen und Kollegen, muß ich fragen, wo wären die derzeit bei BMW und Dräxlmaier insgesamt rund 2.000 Beschäf-tigten? Sie wären arbeitslos. Die Zahl der beim Arbeitsamt Steyr vorgemerkten Arbeit-suchenden würde nicht etwas über 3.000, sondern bei rund 5.000 liegen. Und zumindest die Hälfte davon, wir liegen nach den Berichten des Arbeitsamtes Steyr mit der Zahl der Arbeitslosen der in Steyr ansässigen Menschen bei 52 bis 53 %. Das heißt, mindestens 2.500 in Steyr ansässige Menschen wären der-zeit arbeitslos. Das, verehrte Kolleginnen und Kollegen, müssen wir bei der Betrachtung dieses Antrages sehen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich danke für den Beitrag und gebe den Vorsitz wieder zurück.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich übernehme wieder den Vorsitz und erteile Kollegen Treml zur zweiten Wortmeldung das Wort.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Immer bei heiklen Geschichten vergißt man die Rechte der Minderheitsfraktionen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

So ist das nicht.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ich weiß schon, daß Du zu meiner Rechten immer flüsterst. Aber es ist ja nur zur Erhärtung, weil hier im Raum in die Diskussion gestellt wurde von Kolle-gen Eichhübl, von der freiheitlichen Partei, sowie auch vom Sprecher der sozia-listischen Fraktion, von Kollegen Wippersberger, und als Nebenbemerkung vom Vizebürgermeister Karli Holub, der auch hingewiesen hat, das haben wir in den

Vertrag hineingenommen, weil wir sind natürlich interessiert daran, daß Arbeitsplätze kommen. Aber kein Mensch hat daran geglaubt, daß sie das erfüllen. Dem ist nicht so und hier möchte ich vielleicht zitieren etwas aus der Vergangenheit, aber es hat damals schon eine Rolle gespielt, wo es heißt im Steyrer Amtsblatt auf der Seite des Bürgermeisters, natürlich geschrieben von unserem Redakteur des Steyrer Amtsblattes: Der Ausbau des BMW-Motorenwerkes geht zügig weiter und es gibt aus diesen Gründen Anlaß zu Optimismus. Weniger erfreulich ist die Tatsache, daß der Beschäftigungsgrad von Bewohnern der Stadt Steyr mit 52 Prozent unbefriedigend ist. Der Gemeinderat der Stadt Steyr hat sich einstimmig dafür ausgesprochen, die im zweiten Förderungspaket zugesicherte Finanzunterstützung für BMW nur dann zu realisieren, wenn eine Beschäftigungsquote von 60 Prozent der in Steyr wohnhaften Mitarbeiter erreicht wird. Hier ist dann auch der Auftrag gegangen an den Stadtsenat und an die entsprechenden Herren des Magistrates, daß Verhandlungen zu führen sind unmittelbar - die haben auch stattgefunden - und mit aller Härte. Damals hat, ich glaube es war unter Leitung von Bürgermeister Schwarz, ein Gespräch mit der Leitung von BMW stattgefunden, wo vehement alle Parteienvertreter, die dort teilgenommen haben, einschließlich der kommunistischen Partei, auch verlangt haben, daß diese 60 Prozent-Quote auf jeden Fall eingehalten werden muß. Das nur zur Richtigstellung, weil heute das so dargestellt wird, na ja die haben wir hineingenommen, sonst hätten wir den Betrieb nicht bekommen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Nochmals die Frage, gibt es noch eine Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt? Das ist nicht der Fall und ich bitte daher den Bürgermeister um das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, zur Diskussion, die sich mehrmals bereits auch im Finanz- und Rechtsausschuß z. B. wiederholt, darf ich mitteilen, daß ursprünglich der weitere Ausbau des BMW-Motorenwerkes ohne Förderung durch den Bund, durch das Land und auch durch die Gemeinde nie in dieser Form vonstaten gegangen wäre. Wir hätten, wären wir nicht bereit gewesen, unseren Anteil zu leisten, den Betrieb in der heutigen Lage nicht in Steyr, sondern es wäre ein wesentlich kleineres Unternehmen. Es wurde von BMW sicherlich glaubhaft dargestellt. Ich glaube, daß wir von dieser Verpflichtung zur Förderung, die wir zugesichert haben, nicht abrücken sollten und daß wir akzeptieren sollten, wenn etwas glaubhaft dargestellt wird, daß diese 60-Prozent-Quote nicht erreichbar ist, daß dieser 60 %ige Anteil nicht erfüllbar ist. Ich darf darauf hinweisen, daß die Beschlüsse des Gemeinderates in schriftlicher Form dem BMW-Motorenwerk immer wieder zur Kenntnis gebracht wurden. Die sind ja bekannt, Kollege Tremml hat sie zitiert, und ich darf Kollegen Ramoser bitten und ersuchen, er hat die Möglichkeit, in den entsprechenden Protokollen der Sitzungen des Gemeinderates nachzulesen, dort sind die entsprechenden Unterlagen vollinhaltlich vorhanden.

Ich glaube, meine Damen und Herren, daß wir in der heutigen Zeit froh sein müssen - Kollege Wippersberger hat schon darauf hingewiesen - diesen Betrieb hier in Steyr zu haben, daß wir gewisse Opfer auf uns nehmen sollten, um die weitere Entwicklung dieses Betriebes nicht zu gefährden und die entsprechende Unterstützung zu gewähren.

Ich darf der Ordnung halber einige Ausschnitte aus dem Schreiben des BMW-Motorenwerkes, das an uns gegangen ist aufgrund unseres Wunsches, eine Stellungnahme abzugeben, zitieren: Gerne bestätigen wir Ihnen, daß bei Neueinstellun-

gen von Mitarbeitern dem Bewerber mit Wohnsitz in Steyr der Vorrang gegeben wird, wenn er die nach unserer Meinung nötigen Voraussetzungen dazu mitbringt. Die Geschäftsführung der BMW-Motorengesellschaft hat Ihnen dies schon früher bestätigt und die Grundsätze unserer Personalpolitik erläutert. Nach wie vor werden bei uns hohe Anforderungen an die Mitarbeiter gestellt, die sich ausschließlich an der erforderlichen Ausbildung, Erfahrung und Persönlichkeit der Bewerber orientieren. Wir halten diese Vorgangsweise für den Fortbestand unseres Unternehmens und damit für die Erhaltung und Sicherung von Arbeitsplätzen, die durch Bund, Land und Stadt gefördert worden sind, für unerlässlich.

Nicht zuletzt hängt davon langfristig unsere Fähigkeit ab, die erforderlichen Steuerleistungen zu erbringen. Viele Mitarbeiter unseres Hauses wohnen bereits in Steyr oder haben den Wunsch, hier ihre Wohnung zu nehmen, deponiert. Soweit einige Auszüge aus dem Schreiben des BMW-Motorenwerkes. Ich darf Ihnen nochmals empfehlen, die Beschlußfassung positiv vorzunehmen. Es hat seinerzeit der Gemeinderat diese Klausel beschlossen und es obliegt meiner Meinung nach auch nunmehr dem Gemeinderat, von dieser Klausel entsprechend Abstand zu nehmen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer sich mit diesem Antrag einverstanden erklärt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand; Danke. Wer ist dagegen? Gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist mit 1 Gegenstimme (KPÖ) und 1 Enthaltung (GAL) angenommen. Ich bitte um den nächsten Bericht.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Einleitend darf ich sagen, daß es sich hier um die Subventionierung des Lehrwerkstättenbaues der Steyr-Daimler-Puch AG handelt. In den Jahren 1985 und 1986 führte die Steyr-Daimler-Puch AG den Neubau einer Lehrwerkstätte durch. Dies war deshalb erforderlich, da vordem die Ausbildung in der vorhandenen alten Lehrwerkstätte nur mehr aufgrund einer Sonderbewilligung des Arbeitsinspektorates ermöglicht wurde. Die Steyr-Werke beabsichtigten die Errichtung einer Werkstätte zur Ausbildung für den eigenen Bedarf mit einer Kapazität für 50 Lehrlinge, was gegenüber der vorherigen Ausbildung, die weit über den eigenen Bedarf hinausging, eine wesentliche Reduktion dargestellt hätte. Laut Angaben des Unternehmens war es aber nicht möglich, die hohen Investitionskosten für über den Eigenbedarf des Unternehmens hinausgehende Ausbildungs- bzw. Arbeitsplätze allein zu tragen. Das Unternehmen ist daher auch an die Stadt Steyr mit dem Ersuchen um finanzielle Beteiligung bei der Errichtung einer neuen Lehrwerkstätte herangetreten, um weiterhin über den eigenen Bedarf hinaus Lehrlinge ausbilden zu können.

Da die Stadt an der Schaffung geeigneter Ausbildungsplätze für die heranwachsende Jugend sehr interessiert ist und damit zweifellos auch ein Beitrag geschaffen wird, über die Region Steyr hinaus qualifizierte Ausbildungsplätze bereitzustellen, wurde die grundsätzliche Bereitschaft der Stadt, zu den Mehrkosten für den Neubau der Lehrwerkstätte der Steyr-Daimler-Puch AG finanziell beizutragen, wenn über den Eigenbedarf des Unternehmens hinausgehende Ausbildungs- bzw. Arbeitsplätze geschaffen werden, bereits mit Gemeinderatsbeschluß vom 12. Dezember 1985 kundgetan, mit dem gleichzeitig auch ein Subventionsbeitrag von S 1 Million für dieses Vorhaben freigegeben wurde.

Es geht nun darum, daß die 2. Etappe dieser Förderung heute beschlossen werden soll und ich darf Ihnen folgenden Antrag des Stadtsenates zur Verlesung bringen:

2) Ha-6811/84

Lehrwerkstätte der Steyr-Daimler-Puch AG;

2. Förderungsrate.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 19. Jänner 1987 wird der Steyr-Daimler-Puch AG für den Neubau einer Lehrwerkstätte in einer Größe, die ungefähr das Doppelte an über den Eigenbedarf des Unternehmens hinausgehenden Arbeitsplätzen geschaffen hat, ein Subventionsbetrag in Höhe von S 1 Million gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von
S 1.000.000,-- (eine Million)

werden bei VSt 5/7820/776030.2 freigegeben.

Ich bitte Sie um positive Beschlußfassung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Als Erster zu Wort gemeldet hat sich Stadtrat Schloßgangl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Die Einstellung meiner Fraktion zur Großlehrwerkstätte ist hinlänglich bekannt. Trotzdem möchte ich unsere Haltung nochmals erläutern und sachlich untermauern. Die Steyr-Werke benötigen für den Eigenbedarf rund 50 Lehrlinge pro Jahrgang, das ergibt über 3 1/2 Jahre lehrzeitverteilt rund 200 Lehrlinge. In den Jahren vor 1984, also vor dem Beschluß, diese Lehrwerkstätte zu bauen, wurden bis zu 600 Lehrlinge ausgebildet, wie Stadtrat Pimsl am 11. September 1984 in der Aktuellen Stunde selbst erklärt hat. Um für die Schulabgänger, die keine Lehrstelle finden und fanden, eine Berufsausbildung und zumindest eine Beschäftigung für 3 1/2 Jahre zu finden, strebte man eine überregionale Großlehrwerkstätte an. Obwohl schon damals die angespannte wirtschaftliche Situation des Werkes allen Verantwortlichen bekannt und bewußt war, hat sich insbesondere der Betriebsrat im Verein mit der Arbeiterkammer für eine überdimensionale überregionale Lehrwerkstätte eingesetzt und den Bau derselben mit Hilfe des Sozialministers auch durchgesetzt, obwohl sich die Kosten hierfür dadurch fast verdoppelten. Statt 25 Millionen auf 45 Millionen. Wir waren damals dagegen, weil wir die Auffassung vertraten, daß erstens der Bedarf für eine Großlehrwerkstätte nicht gegeben ist - die Lehrlingszahlen sind seit Jahren rückläufig - und im Jahr 2000 wird es schwierig sein, überhaupt Lehrlinge zu bekommen aufgrund der Geburtenstatistik. Auch der Eigenbedarf des Werkes an Lehrlingen ist zurückgegangen. Statt 600 bzw. mehr, um den vielen Schulabgängern Ausbildung und Beruf zu geben, also mehr als früher für das Werk allein, war ja die Begründung für die überdimensionale Lehrwerkstätte, werden insgesamt rund 380, genau 384 Lehrlinge, zur Zeit ausgebildet. Wobei in dieser Zahl noch die kaufmännischen Lehrlinge, die technischen Zeichner und 36 Lehrlinge von BMW enthalten sind. Das heißt, statt 600 Lehrlinge oder mehr wie früher, was wir auch verstehen würden, daß den Schulabgängern da wirklich eine Chance gegeben wird, werden jetzt nur etwas mehr als die Hälfte ausgebildet, was beweist, daß die Großlehrwerkstätte vom Bedarf und von der Auslastung bei weitem den Aussagen und Erwartungen der Befürworter widerspricht, und daher auch nicht gerechtfertigt war.

Aus diesem Grund wird die ÖVP-Fraktion auch einer weiteren Subvention für die Lehrwerkstätte ihre Zustimmung versagen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Nächster Sprecher ist Kollege Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich habe auch bereits bei der Beschlußfassung über die erste Förderungsmaßnahme seitens der Stadtgemeinde Steyr an die Steyr-Daimler-Puch AG zur Errichtung einer Lehrwerkstätte mit dem Ziel, vorweg mehr Lehrlinge auszubilden als tatsächlich gebraucht werden, meine Bedenken angemeldet. Nachdem es aber gerade erst vor kurzem, nämlich bei der letzten Finanz- und Rechtsausschußsitzung am vergangenen Donnerstag aufgrund meiner Wortmeldung eine Diskussion gegeben hat, möchte ich nochmals heute vor diesem Forum meine Bedenken näher erläutern und zum Ausdruck bringen.

Meine Damen und Herren, mir geht es jetzt wirklich nicht darum, in etwaiger mutwilliger oder böswilliger Absicht der Steyr-Daimler-Puch AG ein Subventionsbegehren absprechen zu wollen. Mir geht es auch nicht darum, abgesehen davon, daß es ja keine Existenzfrage der Steyr-Werke ist, sondern es ist sehr wohl eine Existenzfrage vieler junger Menschen in diesem Bereich. Mir geht es aber auch nicht darum, etwa in Abrede stellen zu wollen, daß die Lehrlinge in den Steyr-Werken eine gute Ausbildung bekommen, das steht für mich außer Zweifel. Außer Zweifel steht für mich aber auch, daß es bisher keinerlei Förderungsmaßnahmen seitens der Stadt gegeben hat an private Betriebe, wenn sie Lehrlinge ausbilden oder mehr Lehrlinge ausbilden, als diese dann tatsächlich Verwendung finden. Abgesehen davon veretrete ich nach wie vor die Auffassung, daß es doch nicht sinnvoll sein kann, vorerst einem jungen Menschen eine Ausbildung zu gewähren, ihm aber gleichzeitig sagen zu müssen, du wirst nicht weiterbeschäftigt und ob du überhaupt aufgrund deiner Ausbildung einen Arbeitsplatz bekommen wirst, das steht auch auf einem anderen Blatt. Alle miteinander wissen wir, daß gerade in der Metallbranche seit Jahrzehnten ein Überangebot an Fachkräften aus Steyr vorhanden ist. Ich veretrete daher nochmals die Auffassung, daß es notwendig gewesen wäre, eine Bedarfserhebung durchzuführen - das wäre ja relativ einfach in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt - um festzustellen, in welchen Berufszweigen man tatsächlich auch in den nächsten Jahren Arbeitsplätze brauchen wird. Dann hätte die Stadtgemeinde Steyr - es ist ja sehr erfreulich, daß sie fördern will - anderen Betrieben auch eine Förderung zukommen lassen können, wenn sie Lehrlinge ausbilden. Es gibt sicherlich einige Berufszweige, ich nenne beispielsweise nur einen hier, das sind die Drucker im Kartonagen-Erzeugungsbereich und Beschriftungsbereich. Das, meine Damen und Herren, sind die Gründe, warum ich auch heute diesem Antrag die Zustimmung nicht geben kann.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Nächster Debattenredner ist Kollege Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Die Debatte zeigt wieder, daß es in die gleiche Richtung geht, wie schon vor einem Jahr. Ich möchte vielleicht einleitend doch feststellen, daß Bürgermeister Schwarz dem Gemeinderat heute bereits die wirtschaftliche und Arbeitsmarktlage der Region Steyr ausführlich dargelegt hat, nämlich mit 3.108 gemeldeten Arbeitslosen im Bezirk Steyr, welchen nur 213 offenen Stellen gegenüber stehen und die Beschäftigungssituation im Jänner 1987 einen erschreckenden Zustand erreicht. Besonders die Jugend ist dabei extrem betroffen und es besteht zunehmend meiner Auffassung nach die Gefahr, daß bei Fortsetzung dieser Entwicklung wesentliche Teile einer ganzen Generation, soziologisch wie auch pädagogisch, ernsthaft bedroht sind. Wir kennen auch die Ursachen, die

dazu geführt haben, Versäumnisse usw. des Managements der Steyr-Werke. Aber es ist auch eine Tatsache, daß heute in unserem Bundesland über 10.000 Menschen arbeitslos sind und die hohe Arbeitslosenrate wurde auch besonders unterstrichen in unserer Region. Wenn ich mir das so anschau, in unserem Bundesland, sind allein unter diesen 10.000 Arbeitslosen ungefähr über 1.500 Jugendliche im Alter von 15 bis 19 Jahren ohne Beschäftigung. Daher bin ich der Auffassung, daß es gerade auch die Aufgabe eines Kommunalpolitikers ist, besonders sich in dieser Richtung zu verwenden, daß neue Ausbildungsstätten, Lehrplätze geschaffen werden. Für den Neubau der Lehrwerkstätte hat die Stadt Steyr bereits - das kann man ja im Nachtragsvoranschlag 1985 herauslesen - 1 Million zur Verfügung gestellt und im Budget 1986 waren auch wiederum 1,5 Millionen Schilling vorgesehen. Auch damals bei der Beschlußfassung dieser 1 Million sind meine beiden Kollegen, meine Vorredner, dagegen aufgetreten mit verschiedenen Argumenten aufgetreten. Bereits bei der Beschlußfassung des ersten Förderungsbetrages von 1 Million Schilling am 12. Dezember 1985 habe ich als Vertreter der kommunistischen Fraktion grundsätzlich mich für eine erweiterte Lehrwerkstätte ausgesprochen, weil zusätzliche Lehrstellen geschaffen werden. Dadurch werden auch gleichzeitig die Ausbildungschancen der Jugend erhöht und die Ausbildung in den Steyr-Werken einen ausgezeichneten Ruf besitzt, da die technischen und fachlichen Voraussetzungen gerade hier in einem besonderen Maß, insbesondere durch die hochqualifizierten Ausbilder, gewährleistet sind, wie kaum in einem kleinen spezialisierten Betrieb.

Die kommunistische Fraktion ist für die beantragte Gewährung der Subvention in der Höhe von 1 Million Schilling für den Neubau der Lehrwerkstätte, da die im Gemeinderat angeführten Förderungsbedingungen von den Steyr-Werken, im Gegensatz zu dem Vertrag, den ich zuerst erwähnt habe, wohl erfüllt wurden. Gleichzeitig ist jedoch die erhöhte Ausbildungszahl von 50 Lehrlingen pro Jahr auch für die Zukunft vertraglich zu sichern. Ich glaube, diesen Passus habe ich auch bei der ersten Förderungszusage meiner Partei besonders herausgestrichen. Ich hoffe, daß dies bei der Überweisung der restlichen Summe, wenn es bis jetzt nicht geschehen ist, nachgeholt wird. Aufgrund der hohen Jugendarbeitslosigkeit in Oberösterreich und insbesondere in der Region, wie ich ja einleitend hingewiesen habe, ist für die KPÖ-Fraktion unverständlich, daß seitens des Landes bisher kein Förderungsbetrag für den bereits erfolgten ~~Neubau~~ Neubau der Lehrwerkstätte gegeben wurde, obwohl im Vorjahr vom Land über 1.000 gewerbliche Lehrstellen eine Förderung erhielten. Vielleicht hat der Herr Landeshauptmann, er wird ja so oft genannt und zitiert als Landesvater, auf die finanzielle Unterstützung hier in Steyr vergessen. Der gesamte Gemeinderat müßte in aller Öffentlichkeit auch mit Hilfe der heute anwesenden Presse die Vergeßlichkeit des Landeshauptmannes zugunsten der Lehrwerkstätte nachdrücklich in Erinnerung bringen.

Meine Fraktion wird sicherlich diesem Antrag zustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Nächster Diskussionsredner ist Kollege Tatzreiter.

GEMEINDERAT LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Für die sozialistische Fraktion hier im Gemeinderat, aber vor allem für die Gewerkschaft und vor allem für die Belegschaftsvertreter habe ich mich zu Wort gemeldet und zwar deswegen, weil ich glaube, daß es gerade hier in dieser Region in Steyr und Umgebung äußerst notwendig ist, diese Lehrwerkstätte zu fördern, und zwar im vorhin erwähnten Antragsausmaß von 1 Million Schilling. Ich

bin sicher, daß diese mehr als 50 Lehrlinge, die zusätzlich aufgenommen wurden, es wert sind, diese Million hier einzubringen, und weil ich glaube, daß das dem Unternehmen sicher ein Opfer aufgelegt hat, hier mehr Lehrlinge auszubilden. Es war ja nicht einfach gerade für die Belegschaftsvertretung hier einzuwirken, damit mehr junge Menschen aufgenommen werden als es für den eigenen Bedarf bzw. die Situation des Unternehmens notwendig wäre. Ich weise nur einige Zahlen aus. In der alten Lehrwerkstätte war es nicht mehr möglich, mit dieser Anzahl an Lehrlingen durchzukommen und es war gefährlich, dort zu arbeiten. Es sind vom Arbeitsinspektorat her strenge Auflagen gegeben worden. Daher war es höchst an der Zeit, einen Neubau durchzuführen. Natürlich mit der Rückläufigkeit der Auftragsituation hat das Unternehmen überlegt, soll man größer bauen oder nicht. Es war ausschließlich die Fantasie des Unternehmens, eine kleine Lehrwerkstätte zu bauen, es war die Belegschaftsvertretung, die dafür eingetreten ist, doch größer zu bauen. 235 Lehrlinge sind ständig in der Lehrwerkstätte beschäftigt und ich verweise auf die neuen Maschinen, auf die hochtechnisierten Maschinen, die nirgends in dieser Umgebung vorhanden sind. Diese jungen Menschen dort erhalten eine Ausbildung wie kaum wo, weil eben bei uns viele Anlagen umgerüstet werden und diese Umstrukturierung macht es notwendig, die jungen Menschen auf diesen Anlagen einzuschulen bzw. sie auszubilden. Daß 235 Lehrlinge Platz brauchen ist klar, und auch die neuen Anlagen brauchen wesentlich mehr Platz als die alten und es ist notwendig, will dieses Unternehmen überleben bzw. die Ausbildung junger Menschen in dieser Region so bleiben, so sollte man doch bedenken, daß diese Förderung notwendig ist. 384 sind derzeit in den Steyr-Werken als Lehrlinge in Ausbildung. Diese Zahl ist nicht gerade vom Tisch zu wischen, weil ich sicher bin, daß nirgends in dieser Umgebung eine so große Zahl untergebracht werden könnte. Wenn die ÖVP, Stadtrat Schloßgangl, von der Tatsache ausgeht, daß es nicht notwendig wäre oder man hätte andere Gewerbetreibende fördern müssen, dann glaube ich, ist es in vielen Dingen geschehen allein aus der Förderung seitens der Gemeinde bei der Ansiedlung neuer Betriebe. Ich glaube aber, daß es gerade hier Betriebe sind, die nicht so sehr auf Ausbildung spezialisiert sind, sondern ausschließlich auf Produktion. Es ist erschreckend, wenn ich nur auf die Zahl der Lehrstellensuchenden hinweisen darf, daß es immerhin 112 junge Menschen gibt, die eine Lehrstelle suchen und dem nur 38 offene Stellen gegenüberstehen. Hätten wir nicht diese Zahl von 122 Aufgenommenen, dann würde sicher eine große Anzahl derer zur Diskussion stehen auf dem Arbeitsmarkt. Es gäbe sicher statt 112 Lehrstellensuchenden 200 oder mehr. Ich glaube auch, daß das allein aus diesem Grund wichtig ist für uns. Ich ersuche daher, daß wir alle gemeinsam, meine Damen und Herren des Gemeinderates, im Sinne der jungen Menschen in unserer Stadt und Region, daß sie einen Lehrplatz erhalten und daß sie vor allem in dieser großen neuen Lehrwerkstätte unterkommen können. Wir waren immer bemüht, ganz egal wer gekommen ist, wir haben versucht, jeden zu unterstützen, in dieser Lehrwerkstätte unterzukommen. Und - das wurde ja schon angesprochen - jeder hat bei uns eine wirklich gute Ausbildung erhalten. Unsere Devise, die Devise eines pflichtbewußten Politikers, muß sein, mehr Ausbildungsplätze statt Straßen- oder Gassenplätze.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke Kollegen Tatzreiter. Nächster ist Kollege Ramoser.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Wir sehen die Problematik in Steyr, daß es so viele Jugendliche gibt ohne Arbeit, genau so wie alle anderen Parteien. Ich glaube auch, daß diese 1 Mill.

Schilling sehr gut angelegt ist, denn immerhin 384 junge Menschen bekommen Arbeit. Es muß jedoch bedacht werden, daß diese 384 jungen Menschen nach 3 Jahren fertige Facharbeiter sind und dann eine Arbeitsstelle brauchen. Ich glaube eben, man sollte versuchen, hier neue Perspektiven zu schaffen. Zu dieser 1 Mill. Schilling könnte man auch andere Projektgruppen besser fördern als das bisher geschieht. Z. B. bemühen sich sehr tapfer und mutig die Leute der Arbeitslosenselbsthilfe, die mit enormen Schwierigkeiten kämpfen und auch die Barmittel nicht so bekommen, wie sie gerne ihre Projekte damit fördern könnten. Ich glaube, man sollte Zukunftsberufe auch fördern. Man sollte versuchen, Statistiken anzulegen und festzustellen, welche Berufe in Jahren gebraucht werden. Ich finde auch, wenn man hier nur Facharbeiter in der Metallbranche ausbildet, so heißt das auch, daß wahrscheinlich diese Leute die Arbeitslosen der Zukunft sind. Ich sehe, daß sehr einseitig hier Subventionen und Förderungen gegeben werden. Versuchen wir doch, diese Förderungen etwas besser aufzuteilen auf andere Berufssparten, auf andere Förderungsprogramme. Mir liegt es sehr am Herzen, denn es gibt noch andere Jugendliche, die eben schwer unterkommen, die aus sozial schwierigsten Verhältnissen kommen und momentan nur Zuflucht finden in der Arbeitslosenselbsthilfe. Ich habe mir vor kurzem diese Gruppen angeschaut und mußte mit Erstaunen feststellen, hier sind die Jugendlichen beschäftigt, die sonst nirgends Arbeit bekommen. Denn sie sind zum Teil aus unserer Gesellschaft schon hinausgeworfen worden. Wenn ich jetzt vernehmen muß von einem Teil der Gruppe, daß wahrscheinlich einige neue Förderungsprogramme gar nicht mehr durchgeführt werden können, weil kein Geld mehr vorhanden ist, dann sehe ich diese Förderung hin zu den Steyr-Werken als eine sehr einseitige. Obwohl ich hier nochmals sagen muß, besser diese 1 Million Schilling hin zu den Steyr-Werken und 384 bekommen Arbeit. Aber bitte überlegen wir, wie soll das in Zukunft weitergehen?

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Nächster Diskussionsredner ist Kollege Pimsl.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Selten, sehr selten sogar habe ich in diesem Forum so schwache Argumente gehört, um ein schlechtes Gewissen zu beruhigen, um eine gute Sache zu verhindern. Es wurden von beiden Debattenrednern Einwände vorgebracht, die einer sachlichen Überprüfung in keiner Weise standhalten und die auch nicht stimmen. Hier wird auf dem Rücken der jungen Menschen Politik gemacht, schlechte Politik, weil man sich sehr zwiespältig, ja doppelbödig, verhält. Wenn ich nur erinnere, daß erst in der vergangenen Woche der Klubobmann der Freiheitlichen im Parlament eine dringliche Anfrage an die Bundesregierung gerichtet hat, weil die Jugendarbeitslosigkeit in Österreich zu hoch erscheint und zurecht zu hoch erscheint, und vom Regierungschef wissen wollte, was dagegen unternommen wird. Unternommen wird das, daß ein Vertreter der gleichen Partei dort, wo es darum geht, den jungen Menschen zu helfen, seine Zustimmung verweigert.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Kollege Pimsl, das ist sehr polemisch.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Ich habe Dich auch ausreden lassen, bitte tu das auch, lerne auch das. Der Vertreter der Wirtschaft und der ÖVP, Kollege Schloßgangl, verwendet Argumente, die sicherlich auch sachlich zu entkräften sind und vergißt dabei, daß seine Fraktion auch zurecht gerade vor wenigen Tagen im Land und mit den

anderen Fraktionen eine Diskussion abgeführt hat, die die Arbeitslosigkeit in Oberösterreich, die hohe Arbeitslosigkeit in Oberösterreich betrifft und über Maßnahmen beraten hat, die diese Situation verbessern sollten. Das Ergebnis ist, daß heute der Vertreter dieser Fraktion dagegen stimmt, einen Ausbildungsplatz für junge Menschen zu fördern mit einem verschwindend geringen Betrag, wenn man die Möglichkeit über die Dauer von einem längeren Zeitraum der sehr guten Ausbildung junger Menschen in Betracht zieht. Ich möchte erst gar nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen, jene Argumente wiederholen, die schon mehrfach vorgebracht wurden. Wenn aber mein Vorredner mit Recht erwähnt, daß Arbeitslose zur Selbsthilfe greifen müssen, um wieder in einem Arbeitsprozeß integriert zu werden, dann sollte es doch unser gemeinsames Anliegen sein, Arbeitslosigkeit erst gar nicht aufkommen zu lassen. Ich bin der Meinung, daß wir Arbeitslosigkeit auch dadurch vermeiden, indem wir jungen Menschen eine Ausbildung geben, die es ihnen ermöglicht, Arbeit zu finden, die den Mann oder die Frau ernährt. Es darf nicht seiner Person ausschließlich überlassen werden, ob er in dieser Gesellschaft einen Platz findet oder nicht. Ich bin schon sehr betrübt, liebe Kollegen, daß man es sich hier so einfach macht. Ich bin fast überzeugt davon, hätte beim vorherigen Tagesordnungspunkt BMW-Förderung auch die Lehrwerkstätte eine Rolle gespielt, es wären Ihrerseits dagegen keine Argumente dagegen vorgebracht worden. Das heißt, wenn zwei das gleiche tun ist es nicht dasselbe. Man kann, glaube ich, wirklich nur polemisch auf diese Diskussionsbeiträge antworten. Hier geht es tatsächlich darum, - um nochmals auf die Beiträge einzugehen - daß diese Lehrwerkstätte nicht überdimensioniert ist, sondern es wurde mit Recht mein Beitrag aus der Vergangenheit zitiert, daß wir bis zu - nicht immer, ich habe richtigerweise gesagt - 600 Lehrlinge in Ausbildung hatten und daß diese Möglichkeit jetzt durch die verringerte Kapazität der Lehrwerkstätte auch entsprechend enger geworden ist, weil sehr wohl - hier sind in den Steyr-Werken, wenn auch unser Ruf in der letzten Zeit nicht der beste in der Öffentlichkeit ist, doch Menschen am Werk, die noch wissen was sich zumindest gegenwärtig auf diesem Gebiet und in der Zukunft ergeben wird. Es ist auch nicht richtig und ich würde mich freuen, lieber Freund Eichhübl, wenn nach Ende einer Lehrzeit der Arbeitgeber verpflichtet würde, jeden frei gewordenen Mitarbeiter zu behalten. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit, daher auch kein Argument, um gegen eine gute Sache zu stimmen. Wir haben über viele Jahre in den Steyr-Werken, da wiederhole ich etwas, was auch hier bekannt ist, jedem, der wollte, der bei uns eine Lehre beendet hat, einen guten Arbeitsplatz gewährleisten können. Daß das heute nicht mehr ist, ist nicht ausschließlich an den Steyr-Werken gelegen, sondern in den geänderten wirtschaftlichen Verhältnissen zu suchen. Ich glaube, daß ist die Frage der Beschäftigung junger Menschen und der Ausbildung junger Menschen viel zu ernst, um auf diese Weise sich einer Verneinung zu stellen, sondern ich kann nur appellieren bevor wir abstimmen, Ihre eigene Entscheidung einer Überprüfung zu unterziehen, um sich guten Gewissens diesem Antrag anzuschließen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Danke. Kollege Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Ich glaube daß es doch nützt, einige Worte noch dazu zu sagen, obwohl die Diskussion ja in Wahrheit ein Wiederaufleben der Argumente ist, die vor mehr als einem Jahr hier schon mehr als ausreichend ausgebreitet wurden. Vor mehr als einem Jahr war es allerdings nicht abzusehen oder zumindest noch nicht

deutlich zu erkennen, die Entwicklung der Anzahl der Lehrlinge, die tatsächlich in Ausbildung stehen und es war noch nicht so deutlich zu erkennen die Anzahl der Lehrlinge, die als eingekaufte Dienstleistung für BMW in der Lehrwerkstatt ausgebildet werden. Die Zahlen sind von Kollegen Schloßgangl korrekt dargestellt worden, sie runden auch das Bild ab. Es ist sicher das zu unterstreichen, was jetzt eigentlich durch mehrere Wortmeldungen herausgekommen ist, daß es fragwürdig ist - Kollege Ramoser hat das wörtlich genannt - die Arbeitslosen von Morgen auszubilden, weil wir ja anhand der Struktur der Arbeitslosenzahl ganz klar erkennen können, daß durch das weiß Gott große Unglück in den Steyr-Werken die Dominanz der Metallberufe bei den Erwerbslosen hier in Steyr eine jedenfalls sehr große ist. Es geht nicht darum, daß wir boshaft sein wollen gegen die Steyr-Werke. Es geht überhaupt nicht darum, daß wir jungen Menschen die Ausbildungsstätten vorenthalten wollen. So simpel sollte man das ja nicht darstellen. Ich bin auch fest überzeugt, daß kein Einziger hier im Raum ist, der das tatsächlich so simpel sieht. Es geht aber in Wahrheit darum, ob es gerechtfertigt ist, durch Zurverfügungstellung von zusätzlichen Subventionsmitteln die Verleitung dazu zu geben, daß man vergißt auf die Ausbildung in Berufe, die bessere Zukunftschancen haben. Es kann überhaupt keine Frage sein, das wurde auch nicht bezweifelt, daß das Ausbildungsniveau in der Lehrwerkstätte der Steyr-Daimler-Puch ein sehr gutes ist und daß die Arbeitskräfte aus der Steyr-Daimler-Puch AG gutes Ansehen genießen. Alle, die aus dieser Werkstätte herauskommen. Aber was hilft dem Metallarbeiter das gute Ansehen, wenn er dann keine Arbeit bekommt. Das ist das entscheidende Problem dabei und für uns einer der Hauptgründe, warum wir gegen die Überdimensionierung von Lehrwerkstätten sind in einem Arbeitsmarkt, der nicht die geringste Chance zum Optimismus über läßt. Nicht die geringste Chance zur Fantasie über läßt, daß diese Menschen tatsächlich ausbildungskonform beschäftigt werden. Das ist die eigentliche Problematik und das ist das Verteufelte an der Situation, in der wir jetzt diese Entscheidung zu treffen haben, daß nämlich ein Teil sagt, das machen die jetzt nur zu Fleiß. Genau dieser Teil ist auch überhaupt nicht bereit zu verstehen die sachlichen Argumente, und tut diese dann einfach als unsachlich ab. Unsachlicher geht es dann überhaupt nicht mehr, wie die Aussage des Vertreters der kommunistischen Partei, liebe Damen und Herren des Gemeinderates, der seine eigene Vergeßlichkeit sogar auf den Landeshauptmann überwälzen will. Wenn er nämlich so aufmerksam sich äußert, wie er als Politiker von mir respektiert wird, sich tatsächlich auch präsentiert, - ich glaube wir können alle miteinander dem Kollegen Tremml das Kompliment machen, daß er überdurchschnittlich gut informiert ist. In dem Fall ist es nicht sein Informationsmangel, sondern eine absichtliche Vergeßlichkeit, wenn er vergißt, daß das Land ohnehin schon in Vorlage getreten ist. Man soll das nicht so darstellen, als hätte das Land überhaupt nichts getan und der vergeßliche Landeshauptmann wird jetzt von Kollegen Tremml erinnert. Ich möchte das wirklich korrigieren. Ich weiß, daß eine zusätzliche Förderungsbegehrlichkeit vorhanden war, die bis dato nicht erledigt ist. Aber im Rahmen der üblichen Förderungen wurden bereits die entsprechenden Vorleistungen erbracht. Das wirklich nur zur korrekten Darstellung.

Noch einmal. Natürlich liegt uns die Ausbildung der jungen Menschen wirklich am Herzen, natürlich liegen uns die Probleme auch der Arbeitslosen am Herzen. Aber da möchte ich zu Kollegen Ramoser noch ein Wort sagen. Es ist richtig dargestellt worden, zweifellos sind im Bereich der Arbeitslosenselbsthilfegruppe auch Randschichten. - Sie haben es drastischer ausgedrückt, Herr Kollege, - drinnen, zur Zeit mitversorgt. Aber eine Frage an uns alle. Ist es richtig, in der Arbeitslosenselbsthilfegruppe Dauerbeschäftigung zu suchen? Eine Frage. Ist es richtig, dort eine Dauerbeschäftigung zu suchen, ist die Arbeitslosen-

selbsthilfegruppe überhaupt in der Lage, von der ursprünglichen, wenn ich es richtig verstanden habe, Absicht der Gründung her, Dauerarbeitsplätze zu bieten? Die Arbeitslosenselbsthilfegruppe wollte doch an sich nichts anderes, als im Rahmen von Umschulungslehrgängen bzw. Ausbildungslehrgängen den Weg in neue Berufe, in neue Arbeitsverhältnisse hinein zu ermöglichen. In diesem Sinn würdigen wir die Bemühung der Arbeitslosenselbsthilfegruppe auch durchaus und sehr. Wir haben auch den unterstützenden Maßnahmen, die auch die Gemeinde Stadt Steyr im großen Maß für die Arbeitslosenselbsthilfegruppe gewährt hat - es geht ja nicht nur um die Bezuschussung von Kursen, sondern auch um die Anmietung von Lokalen usw., auch um das Zurverfügungstellen von Gerätschaften und Hilfsmaterialien. Wir müssen uns darüber wirklich sehr diffizile Gedanken machen, ob es richtig ist, Scheinarbeitsplätze zu schaffen. Verstehen Sie mich nicht falsch, Herr Kollege, die Gefahr ist sehr groß, daß genau die Randschichten, von denen Sie gesprochen haben - man müßte jetzt die Begriffsabgrenzung finden - dort in die Versuchung kommen, den privilegierten Scheinarbeitsplatz zu finden. Ich habe gesagt, wenn Sie mich zitieren wollen, in die Versuchung kommen könnten - wenn Sie mich richtig zitieren wollen. Darüber muß man sicherlich nachdenken, ob das richtig ist oder ob das auch sozial richtig ist.

Ich bitte Sie von der Mehrheit zu verstehen, ich weiß, daß an der Beschlußfassung keine Änderung mehr vorzunehmen ist. Aber ich bitte die beschlußfassende Mehrheit in diesem Raum, doch auch dieses Argument zu verstehen, daß man Sorge trägt dafür, daß man nicht Menschen in Berufe überdimensioniert ausbilden sollte, wo die Fantasie und die Prognose überhaupt nicht positiv sein kann. Bitte verstehen Sie unsere Haltung in dieser Richtung. Wir werden dem Appell des Kollegen Stadtrat Pimsl, daß wir unsere Einstellung ändern sollten, aus den eben gesagten Gründen nicht folgen können.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Nächster Debattenredner ist Kollege Treml zum zweiten Mal.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe wirklich nicht vor, daß ich bei der heutigen Sitzung immer wieder mein Recht ausschöpfe und ein zweites Mal zum Rednerpult gehe. Aber wenn ich angesprochen werde von Kollegen Holub, dann muß ich das richtigstellen. Dabei hat er mich erst auf eine richtige Idee gebracht. Er weist auf meine Vergeßlichkeit hin und meint, ich mache das bewußt, daß ich nicht erwähne, daß der Landeshauptmann bis jetzt keinen Schilling - ich unterstreiche noch einmal - für den Neubau der Lehrwerkstätte geleistet hat. Ich verstehe daher auch nicht, daß er heute sagt, das Land oder der Landeshauptmann hätte bereits einen Schilling gegeben. Wäre dies so, wie er dies behauptet, so unverständlicher wäre es für mich als KPÖ-Mann zu hören, daß ausgerechnet die Gemeinderatsfraktion in Steyr gegen die Förderung der neuen Lehrwerkstätte sei. Dem ist leider nicht so. Ich möchte auch hier erinnern, daß bei einer Aufnahmefeier von 119 Lehrlingen Betriebsrat Leithenmayr besonders hingewiesen hat - das war vor einigen Jahren - daß dem Neubau nichts mehr im Wege steht, aber dieses Projekt, so meinte er damals, scheitert momentan noch an der Finanzierung. Obwohl damals schon die Stadt Steyr und der Bund bereit waren, die notwendigen Mittel zur erweiterten Lehrwerkstätte zu geben, fehlte allerdings noch die Zusage von Landeshauptmann Ratzenböck. Man hat damals angenommen, er läßt sich nur Zeit, aber er hat sich eine ziemlich lange Zeit genommen und hat bis heute

- das möchte ich unterstreichen - keinen Schilling für diese Neuerrichtung gegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Gibt es noch eine Wortmeldung? Kollege Schloßgangl bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:
Meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich möchte ganz kurz auf die polemischen Äußerungen des Kollegen Pimsl eingehen. Ich glaube, wir haben keineswegs ein schlechtes Gewissen zu beruhigen, noch haben wir eine zwiespältige Haltung gegenüber der Lehrlingsausbildung und deren Förderung. Unsere Ablehnung geht deswegen gegen dieses Großprojekt, weil in früheren Zeiten, wie er selber gesagt hat, in der kleinen, alten und schlecht eingerichteten Lehrwerkstätte bis zu 600 Lehrlinge ausgebildet wurden mit kleineren oder größeren Schwierigkeiten. Jetzt hat man die Lehrwerkstätte mehr als doppelt so groß gebaut - sie kostet auch doppelt so viel und vom Ausmaß her ist sie weit mehr als doppelt so groß. Ich kenne die Unterlagen und Pläne sehr gut. Jetzt müßte man wenigstens diese 600 Lehrlinge beschäftigen, dann könnte ich dem Ganzen noch Verständnis abgewinnen. Aber nicht sagen, in Wirklichkeit sind es ja nur 300, wenn man die kaufmännischen, die technischen Zeichner und die BMW-Lehrlinge wegzieht, dann sind es ja nur 300 Lehrlinge, die ausgebildet werden. Praktisch die Hälfte von den Lehrlingen, die in guten Jahren in der kleinen alten Lehrwerkstätte ausgebildet wurden. Da sehe ich nicht ein, daß man eine derartige Förderung gibt. Es ist kein Bedarf, der war auch damals nicht da, und ich darf auch erwähnen, das wurde heute schon angezogen, daß die Privatwirtschaft ohne Förderung weit mehr als 50 Prozent aller Lehrlinge ausbildet. Daher scheint unsere Ablehnung wirklich gerechtfertigt.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Kollege Ramoser bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:
Ich möchte nur kurz auf Vizebürgermeister Holub eingehen, der sagt, die Arbeitslosenselbsthilfe ist sozusagen eine Alibihandlung für einige arbeitslose Jugendliche.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Nein, so war es nicht gesagt.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:
Ich möchte klarstellen, daß im Bundesgebiet Österreich und auch im Bundesland Oberösterreich mehrere Betriebe bestehen über Jahre hinweg, wo Leute beschäftigt sind, die aus solchen Projektgruppen aufgestiegen sind und heute in einem Betrieb arbeiten und mitwirken, wo eine Art Selbstverwaltung vorgezeigt wird. Ein typisches Beispiel ist das in Linz genannte Projekt "Vehikel", wo eine Kraftfahrzeugwerkstätte eingerichtet wurde. Dort arbeiten solche Jugendliche weiter. Der Sinn und Zweck soll schon sein bei dieser Förderung, daß diese Leute auch später Arbeit haben und neue Richtlinien aufbauen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Kollege Pimsl bitte.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:
Geschätzte Herren Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Wenn hier ein nicht sehr griffiges Argument durch ein noch weniger griffiges ersetzt wird, dann wird die Sache nicht besser. Kollege Schloßgangl hat sich offenbar schon gewaltig geirrt in seiner Auffassung, er kenne das Projekt sehr genau, denn dann müßte er letztlich wissen, daß der Flächenbedarf für eine Lehrwerkstätte der heutigen und auch der zukünftigen Anforderungen ein ganz anderer ist. Nur ein Vergleich, um es für alle verständlich zu machen. Es ist mir bewußt, daß man das nicht immer wissen kann, wenn man nicht von der Branche oder vom Fach ist. Früher hat man Lehrlinge in der Grundausbildung sehr lange am Schraubstock ausgebildet. Der Schraubstock nimmt ja bekannterweise mit der Werkbank wenig Platz ein. Eine moderne CNC-Maschine, worauf heute die Ausbildung vielfach erfolgt, hat einen vielfach größeren Flächenbedarf als es bisher bei alten Maschinen der Fall war. Darüber hinaus darf ich Ihnen eines zur Richtigstellung noch sagen, daß viele Arbeiten und Aufgaben der Lehrwerkstätte verlagert werden mußten, weil das Platzangebot in der bisherigen Lehrwerkstätte den Erfordernissen schon lange nicht mehr ausgereicht hat. Ich möchte auch eines richtigstellen, weil immer wieder diese Ablehnung mit dem Argument begründet wird, die Gewerbebetriebe bekämen auch keine Subvention für ihre Lehrlingsausbildung. Ich bin in einem Gewerbebetrieb ausgebildet worden und Sie sind Gewerbetreibender, lieber Freund, Daß man hier die Trennung der Lehrlinge zwischen der Werkstätte und der Produktion aufgrund der Größe des Betriebes gar nicht erst durchführen kann, liegt auf der Hand. Der Lehrling oder die Lehrlinge werden in der Werkstätte neben den Mechanikern, neben den Schlossern, Installateuren ihre Ausbildung erfahren und es ist nirgends in der Wirtschaft eine eigene Lehrwerkstätte vorhanden, sondern sie sind in der Ausbildung voll integriert. Vergessen Sie aber nicht, meine Damen und Herren und auch die Presse, es wird hier immer unterschwellig behauptet, die Stadt Steyr wird bei der Wirtschaftsförderung nur die Industrie fördern. Wir vergeben ständig beträchtliche Mittel - Herr Finanzreferent, stimmt es? - an die übrige Wirtschaft, die sehr wohl auch dazu dienen, um Lehrlinge auszubilden. Ich gebe aber auch zu, daß hier ein gewisses Überangebot an metallverarbeitenden Berufen besteht, das ist die Historie der Entwicklung der Stadt Steyr und ihrer Wirtschaft. Es begann schon im Mittelalter und viel früher, denn die alten Römer haben hier schon Handel betrieben. Es gibt auch noch andere Zeitabschnitte, wo man das verfolgen kann bis in die Gegenwart. Aber eines steht auch fest, der Bürgermeister hat zu Beginn der heutigen Gemeinderatsitzung berichtet, wenn hier eine spezifische Ausbildung, eine spezifisch qualifizierte Bevölkerung ihren Wohnsitz hat, dann muß man sich auch bemühen, dafür geeignete Firmen anzusiedeln, die diesen Qualitäten entsprechend Rechnung tragen und sie verwerten. Es gibt eine Reihe von guten Beispielen, sowohl im Inland wie im Ausland, wenn man von den Glasbläsern bis zu den Uhrmachern seine Beispiele spannt, dann weiß man, daß hier eine solche Produktion und ein solches Produkt immer wieder nur in bestimmten Gegenden und Ländern seine spezifische Produktionsstätte hat. Auch Steyr ist aufgrund dieser jahrhundertelangen und alten Tradition kaum in der Lage, seine Struktur in dieser arbeitspolitischen Frage und Arbeitsmarktsituation entscheidend zu ändern. Zu unseren Aufgaben als Kommunalpolitiker zählt, die Firmen hier anzusiedeln, die für die Bevölkerung entsprechende Beschäftigung bieten. Gelingt es uns, eine breitere Palette von Betrieben hier anzusiedeln, dann wird es zweifellos auch in der Zukunft zu einer vielfältigeren Ausbildung in anderen Bereichen kommen können, ja kommen müssen. Aber umsonst ist diese Ausbildung nicht, denn ich weiß nach wie vor, daß die Mitarbeiter, die heute ihre Ausbildung in den Steyr-Werken erfahren haben und anderswo arbeiten, gesuchte und geschätzte Mitarbeiter sind. Letztlich war es - nicht unser, sondern BMW-Argument - ausschlaggebend, daß BMW sich hier angesiedelt hat, daß wir derartige Facharbeiter zur Hand haben, die anderswo nicht vorhanden sind.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Kollege Steinparzer bitte.

GEMEINDERAT FRANZ STEINPARZER:

Werte Damen und Herren des Gemeinderates, ich möchte eines zu bedenken geben, und Herrn Stadtrat Schloßgangl sagen, in den letzten Jahren trotz vieler Aufnahmen von Lehrlingen in den Steyr-Werken, konnten nicht alle Mädchen und Bur-schen untergebracht werden. Wo war da die Privatwirtschaft, warum hat sie nicht diese Jugendlichen aufgenommen, wenn sie jetzt behauptet, die Wirtschaft, daß sie untergebracht werden können? Davon redet man nicht mehr. Wenn jetzt gesagt wird, die Ausbildung ist einseitig in den Steyr- Werken, weil es hauptsächlich Metallberufe sind, so möchte ich trotzdem zu bedenken geben, daß wir in den Steyr-Werken vom Elektriker bis zum Lackierer über den Tapezierer alles ausbilden. Die Leute erfahren dort eine sehr gute Ausbildung, denn gerade durch die Ausbildung in den Steyr-Werken wurde für viele der Grundstein gelegt zur Weiterbildung. Ich bin gut beraten, wenn ich hier sage, daß viele Bürgermeister ihre Grundausbildung in den Steyr-Werken gemacht haben und sich dann weitergebildet haben....

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Bildet Ihr auch Bürgermeister aus?

GEMEINDERAT FRANZ STEINPARZER:

und durch die Grundausbildung in den Steyr- Werken es bis zum Direktor gebracht haben. Durch die gute Grundausbildung, die sie dort erhalten haben und durch Weiterbildung .

Ich möchte noch weiter zu bedenken geben, wir wären froh, wenn bei den Arbeitslosen in Steyr wirklich gute Facharbeiter dabei wären, denn solche werden auch heute noch gesucht, solche bekommen auch heute noch einen Arbeitsplatz. Obwohl wir immer wieder erfahren müssen, jene, die jetzt als Hilfsarbeiter beim Arbeitsamt erscheinen müssen und stempeln gehen, für die ist es aussichtslos, irgendwo eingestellt zu werden. Darum bin ich nach wie vor der Meinung, daß die Grundausbildung das Wichtigste für einen jungen Menschen ist. Wir haben die moralische Verpflichtung, nicht immer nur auf das Geld zu schauen, sondern wirklich auf unsere Jugend.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Danke. Nächster Redner ist noch einmal Kollege Tatzreiter.

GEMEINDERAT LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Nur ein paar Berichtigungen zum Zahlenwerk des Herrn Stadtrates Schloßgangl. Er ist der Meinung, daß nur etwa 300 Lehrlinge in den Steyr- Werken ausgebildet werden, wenn man abzieht die Lehrlinge von BMW usw. Ich muß hier berichtigen, das habe ich bei meinem Beitrag vorhin bereits eingebracht, daß es 122 Lehrlinge waren im Vorjahr bei der Aufnahme und dieses Unternehmen hat sich verpflichtet, 100 Lehrlinge jährlich - die Betonung liegt auf jährlich - auszubilden. 100 junge neue Lehrlinge jährlich, außer BMW, außer den kaufmännischen, außer den technischen Lehrlingen. Das heißt, es kommen hier etwa 25, jetzt ein neuer Beruf, 26 Berufsgruppen zur Diskussion und natürlich ist die Technisierung ein wesentlicher Faktor, um diese Lehrwerkstätte zu vergrößern. Es wäre in der alten Lehrwerkstätte nicht möglich gewesen, diese NC und CNC computergesteuerten Maschinen zur Ausbildung bereitzustellen. Das finde ich sehr wesentlich und ich glaube, daß es höchst an der Zeit ist, rein von den

Sicherheitsmaßnahmen her, diese Lehrwerkstätte mit Subventionen zu fördern, weil es aus eigener Situation leider nicht möglich ist. Ich glaube, daß wir gerade als verantwortungsbewußte Politiker es notwendig haben, diese jungen Menschen zu unterstützen, damit sie diese gute Ausbildung bekommen. Es ist ja schon mehrfach angesprochen worden, daß sie eine gute Ausbildung erhalten und vor allem jene jungen Menschen, die gerade von der Schule herauskommen, sind die gefährdetsten, wie man von anderen Ländern weiß. Wir haben eben doch die Verpflichtung, für diese jungen Menschen Sorge zu tragen. Daher noch einmal mein Ersuchen, unterstützen Sie alle diesen Antrag und überdenken Sie Ihre Entscheidung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Zu Wort gemeldet hat sich noch Kollege Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätzte Herren Bürgermeister! Nicht um unbedingt ein zweites Mal zu diesem Antrag sprechen zu können, habe ich mich nochmals zu Wort gemeldet, sondern weil es einfach aufgrund einiger Aussagen wichtig ist, etwas darauf zu erwidern. Kollege Pimsl, ich habe ja befürchtet, das hat sich bereits vor der letzten Diskussion herausgestellt - darauf habe ich ja schon hingewiesen - daß Du mich bewußt nicht verstehen möchtest. Es ist ja gar nicht meine Aufgabe, Haider hier zu verteidigen, der kann das sicher selber besser wie ich. Aber ich sehe da einfach keinen Widerspruch zwischen dem Verhalten Haiders im Parlament und meinem Auftreten hier. Denn auch Haider hat sicher in Sorge um die Jugendarbeitslosigkeit diese Anfrage im Parlament gestellt und ebenso agiere ich hier, und zwar in Sorge um die jungen Menschen. Ich habe da ja bereits in meiner ersten Wortmeldung deutlich zum Ausdruck gebracht. Ich glaube, daß es sehr wichtig ist, junge Menschen zu fördern und ich anerkenne die Bereitschaft der Stadtgemeinde. Aber ich kann das nicht verstehen, daß das in eine Richtung geht, in dem man Menschen ausbildet, die dann keinen Arbeitsplatz bekommen. Nicht nur in dem Betrieb, Kollege Pimsl. Das ist sicher so, daß nicht jeder Betrieb eine Garantie dafür abgeben kann, daß er den Lehrling tatsächlich weiterbeschäftigen kann. Nur sagt man ihm das nicht gleich vorweg. Aber ich glaube, daß ein Überhang in diesem Bereich der Metallbranche besteht und daß man hier eine Bedarfserhebung durchführen soll, wo man Arbeitskräfte braucht und da wiederhole ich mich. Daher meine Meinung, diese 2 Millionen Schilling insgesamt wären wesentlich besser angelegt, wenn man eine Bedarfserhebung durchführt und dann jene Betriebe fördert, die Lehrlinge ausbilden, wo tatsächlich Arbeitskräfte benötigt werden. Herr Kollege Pimsl, Sie agieren wirklich sehr polemisch, wenn Sie sagen Würstlstand. Ich glaube, das Thema ist so ernst, daß man das nicht mit dem Wort Würstlstand abtun kann. Das erlaube ich mir schon hier zu sagen. Ich werde meine Meinung sicher nicht ändern aufgrund Ihrer Einwände.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, daher bitte ich unseren Bürgermeister um sein Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Zunächst möchte ich Kollegen Ramoser kurz antworten und darf ihm mitteilen, daß wir ständig in Kontakt sind mit der Arbeitslosenselbsthilfegruppe in Steyr und daß die Gemeinde Steyr diese Gruppe nach besten Kräften, das darf ich auch

sagen, unterstützt, Wir haben sogar unsere vermittlerischen Dienste angeboten, weil wir zu wenig Objekte für eine Verwendung haben. Es zeichnet sich hier die Möglichkeit ab, daß Unternehmungen auch auf diese Gruppe zurückkommen, so daß die Beschäftigung dieser Ausbildung doch gewährleistet sein dürfte im heurigen Jahr.

Grundsätzlich aber zum heutigen Problem, zur Förderung der Lehrwerkstätte der Ster-Daimler-Puch-AG. Ich persönlich finde auch die Haltung der österr. Volkspartei und der Freiheitlichen Partei unverständlich. Wir haben heuer, das wurde groß proklamiert, das Jahr der Familie durch den Herrn Landeshauptmann. Zur Familie gehören auch die Jugendlichen und Kinder. Und jeder, der Kinder hat weiß, daß es die größte Sorge bei Kindern ist, daß sie gesund sind. Die zweitgrößte Sorge ist, daß sie eine ordentliche Ausbildung bekommen, damit sie sich im Leben entsprechend behaupten können. Jeder, der Vater oder Mutter ist weiß, daß das die zwei Sorgen sind, mit denen man sich als Eltern am meisten beschäftigt. Wir bieten jetzt die Möglichkeit, durch eine Förderung einer Lehrwerkstätte, die 50 zusätzliche Ausbildungsplätze bereitstellt. Wir sollten als Gemeinde diese Schritte unterstützen. Kollege Tatzreiter hat angeführt, trotzdem die Steyr-Werke eine größere Zahl ausbilden, als sie benötigen, derzeit schon benötigen, sind 112 Lehrstellensuchende beim Arbeitsamt in Steyr vorgemerkt. Dafür gibt es aber nur 38 Lehrstellen. Das heißt, daß immer noch ein gewaltiger Überhang an Lehrstellensuchenden vorhanden ist. Es mag sein, daß sich im Laufe der nächsten Jahrzehnte eine Veränderung, wie Kollege Schloßgangl angedeutet hat, abzeichnet. Das ist aber derzeit noch nicht. Ich möchte eines sagen, ich sehe keine Möglichkeit einer anderweitigen Unterbringung. Es wird hier von Alternativlehrplätzen gesprochen in Berufe, die zukunftssträftig sind. Keiner hat ein Beispiel oder sonst etwas vorgebracht. Ich komme selbst aus der Arbeitsmarktverwaltung und ich darf darauf hinweisen, daß wir sehr wohl die Erfahrung gemacht haben, daß gelernte Kräfte wesentlich leichter Arbeit finden. Da ist es ganz egal, welchen Beruf jemand erlernt hat, aber eine gelernte Kraft hat es auf jeden Fall leichter, irgendwo in der Wirtschaft unterzukommen als jemand ungelerner.

Wenn wir den Vorstellungen der österr. Volkspartei und der Freiheitlichen nahe treten, dann würden wir sagen, die 50 sollen lieber nichts lernen, das ist gescheiter, weil man dann, wenn sie ausgelernt sind, unter Umständen gar nicht weiß, ob sie untergebracht werden. Ich finde, daß diese Argumentation nicht richtig ist. Das ist meine Meinung dazu.

Ich darf bitten, daß der Gemeinderat dieser Forderung die Zustimmung gibt. Das ist ja letztlich auch eine Förderung der Familien im Jahr der Familie.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke Herrn Bürgermeister für sein Schlußwort. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Wer ist dagegen? Gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist mit 7 Gegenstimmen (ÖVP-Fraktion) und 1 Stimmenthaltung (FPÖ) angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag darf ich Sie bitten, der Verlängerung des am 12. 1. 1978 abgeschlossenen Vertrages über das Nominierungsrecht der Heimplätze der WIST in Wien zu befinden. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

3) Ha-7627/86

Wirtschaftshilfe der Studenten Oberösterreichs; Nominierungsrecht für Heimplätze; Vertragsverlängerung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Referates für Schule und Sport vom 27. Jänner 1987 wird dem Abschluß des in der Anlage beigefügten Vertrages zwischen der Stadt Steyr und der WIST Oberösterreich zugestimmt. In einem werden die Mittel für die Subvention für das Jahr 1987 im Ausmaß von S 250.000,- freigegeben. Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von S 250.000,- (zweihundertfünfzigtausend) werden bei der VA-St. 1/2890/757000.5 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Kollege Ramoser bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich habe vor kurzem erst erlebt, was es heißt, für ein Kind einen Heimplatz in einer Universitätsstadt zu suchen. Meine Tochter studiert seit einem Jahr in Wien. Mein erster Schritt war hin zu diesen Heimen, unter anderem auch zum WIST-Heim. Es ist äußerst schwierig, in einem solchen Heim als Nicht-SPöler einen Heimplatz zu bekommen. Wir haben alles unternommen, was vorgesehen ist, damit man einen Heimplatz bekommen kann. Ausfüllen von Formularen, hintragen, nachfragen, sämtliche Unterlagen beschaffen und an die richtige Stelle bringen. Wie ich dann zum Erstaunen hören mußte, braucht man da noch einige Unterschriften. Eine Kollegin meiner Tochter teilte mir das mit, man braucht da z. B. eine Unterschrift des Herrn Bürgermeisters der Stadt Steyr, um einen dieser Heimplätze zu bekommen. Es ist für mich sehr fraglich, wenn man ein WIST-Heim, das Schärf-Heim hier fördert mit einem Betrag von S 250.000,-, dann kommen nur Leute unter, die entweder ein SP-Parteibuch haben oder ein SPÖ-Parteibuch und die Unterschrift des Bürgermeisters. Ich glaube, wenn man Subventionen hier dem WIST-Heim zuteil werden läßt, so müßte dies zumindest der Allgemeinheit zugute kommen. Ich tu mir halt sehr schwer, wenn meine Tochter, die wirklich nicht unbedingt das denkt, was ihr Vater denkt, keinen Platz bekommt, nur weil der Vater kein SPöler ist. Ich frage mich, warum wird das hier so praktiziert? Meine Frage an den Herrn Bürgermeister lautet, stimmt es, daß man die Unterschrift, Ihre Unterschrift benötigt, um in diesem Heim einen Platz zu bekommen?

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich habe mich schon im Finanz- und Rechtsausschuß genauestens informiert über den vorliegenden Antrag, weil wir bisher schon seit 10 Jahren einen Vertrag abgeschlossen haben. Für mich war interessant, wenn man in den Jahren 1977 bis 1986 Heimplätze beansprucht, wir in diesem Zeitraum ja über 1,8 Millionen dafür gewährt haben, dann habe ich auch zumindest erwartet, daß man neben dem Einweisungsrecht - das erkaufte man sich ja damit - gleichzeitig auch eine bestimmte Einflußnahme ausübt, daß eben solche Dinge nicht passieren, wie sie jetzt Kollege Ramoser geschildert hat. Ich habe natürlich sehr aufmerksam in der ganzen Vertragszeit der letzten 10 Jahre verfolgt, ob es hier Parteilichkeiten gibt. Aber der Bürgermeister wird ja darauf antworten können. Ich kann mir schon vorstellen, daß der Betreffende, der in einem solchen WIST-Heim ein Ansuchen stellt, daß der dort von der Verwaltung aufgefordert wird, wenn er von der Stadt Steyr kommt, daß das natürlich bestätigt sein muß, weil in diesem Vertrag auch eine Verpflichtung besteht, daß man Steyrer Studenten bevorzugt. Ich habe in diesem Zusammenhang im Finanz- und Rechtsausschuß

auch hingewiesen, es gibt hier Lücken, aber das können wir halt wenig beeinflussen. Ich möchte das, daß wir zumindest mit Abschluß dieses Vertrages die hohen Heimkosten in den WIST-Heimen nicht dirigieren können oder Einfluß nehmen können. Es ist eine Tatsache, das steht so im Vertrag, den wir auch jetzt abschließen für weitere 10 Jahre. Es geht ja nicht nur um die jährlichen Kosten, die heute beantragt werden, sondern gleichzeitig auch zum Abschluß des neuen Vertrages für 40 Heimplätze für Steyrer Studenten, die dort einen gesicherten Heimplatz bekommen und darum, daß wir insgesamt pro Heimplatz und Jahr 6.250 Schilling für jeden Studenten als Förderung geben. Ich glaube, das ist eine Sozialleistung, für die man nur eintreten kann. Mir wäre es natürlich auch lieb und das habe ich auch im Finanz- und Rechtsausschuß gesagt, man müßte zumindest auch absichern, derzeit ist es nicht so, daß in Zukunft diese Heimplätze ausgenützt werden von der Stadt Steyr und auf keinen Fall parteiliche Weisungen gegeben werden oder daß das Parteibuch ausschlaggebend wäre für einen WIST-Platz.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es zu diesem Tagesordnungspunkt noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, ich bitte daher den Bürgermeister um sein Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, ich möchte in dem Zusammenhang darauf hinweisen, daß wir mit diesem Beschluß, so wie bei den vorhergehenden Beschlüssen auch, uns als Stadt gewisse Rechte sichern. Wir haben in Steyr keine Hochschule, seit vielen Jahren wird aber praktiziert, daß wir Steyrer Studentinnen und Studenten fördern, ihre Unterbringung fördern in Studentenheimen. Ob das in Wien, Salzburg oder in Linz ist. Hier ist natürlich selbstverständlich, daß sich die Stadt bei der Einweisung ein gewisses Mitspracherecht einräumt. Ich darf als zuständiger Referent sagen, selbstverständlich muß ich ja sagen, wenn dort jemand hinkommt, das bestreite ich gar nicht. Nur geht es darum dieses Ja-Sagen, ob es ein Steyrer ist oder kein Steyrer. Es geht aber nicht darum, ob er irgend einer parteilichen Richtung angehört, das wird dabei nicht überprüft. Ich glaube, damit ist diese Frage beantwortet. Ich darf bitten, die Abstimmung vorzunehmen.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Bitte eine Zusatzfrage.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der Bürgermeister hatte bereits das Schlußwort, Herr Kollege Ramoser, ich verweise auf die Geschäftsordnung.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Eine Zusatzfrage ist laut Geschäftsordnung möglich.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Nach dem Schlußwort ist es nicht mehr möglich.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich möchte nur fragen, im Formular geht eindeutig hervor, daß der Bewerber aus der Stadt Steyr kommt. Warum dann die Unterschrift vom Bürgermeister?

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Irgend jemand muß ja das für die Stadt bestätigen. Ich vertrete ja die Stadt als Bürgermeister und als Bürgermeister darf ich unterschreiben, weil ich ja die Stadt Steyr vertrete. Ich dokumentiere mit meiner Unterschrift, daß das tatsächlich ein Steyrer ist. So ist die Situation.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Kollege Holub bitte ganz kurz zur Klarstellung.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Nur ein Wort zu Kollegen Ramoser zum besseren Verständnis. Es ist den Studenten unbenommen, sich bei der WIST selbst zu bewerben. Ich bin der Letzte, der in Verdacht kommt, für die WIST unbedingt Reklame machen zu müssen. Es kann sich jeder um eine Unterbringung bewerben. Darüber hinaus hat aber die Stadt ein Einweisungsrecht. Die Stadt kann für sich einen Vorschlag machen und bei einer Bewerbung fragt die WIST nach, ist das einer, der auf Euer Kontingent gehen soll oder ist das Ersatz. Das ist der Hintergrund.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich weiß, daß bei den ÖVP-Heimen das gleiche passiert.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer gegen den vorliegenden Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Gibt es Enthaltungen? 1 Enthaltung (GAL). Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag darf ich Sie bitten, einem Ansuchen des Sportklubs Amateure Steyr stattzugeben, und zwar der Gewährung einer außerordentlichen Subvention zum Ausbau ihrer Sportanlage. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

4) Ha-7996/86

SK Amateure Steyr; Ausbau der Sportanlage;
Gewährung einer außerordentlichen Subvention.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Referates für Schule und Sport vom 15. 1. 1987 wird dem SK Amateure Steyr für den Ausbau der Sportanlage eine außerordentliche Subvention in der Höhe von S 210.000,- gewährt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 100.000,-- (einhunderttausend)

bei der VA-St. 1/2690/777000.5 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung in Höhe von

S 110.000,-- (einhundertzehntausend)

bei der gleichen Voranschlagsstelle bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Beides nicht der Fall, der Antrag ist so beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Der nächste Antrag betrifft eine Subvention an den ASKÖ Wehrgraben bzw. die Forelle Steyr zur Errichtung von 2 Tennisplätzen. Der Antrag lautet:

5) Ha-5880/86

ASKÖ Wehrgraben Steyr; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Referates für Schule und Sport vom 16. 1. 1987 wird dem ASKÖ Wehrgraben Steyr mit der Forelle Steyr zur Errichtung von zwei Tennisplätzen und eines gemeinsamen Klubhauses eine außerordentliche Subvention in der Höhe von S 600.000,- gegen Vorlage von Rechnungen gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 600.000,-- (sechshunderttausend)

werden bei der VA-St. 5/2623/777000.7 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Kollege Ramoser bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Meine Damen und Herren, dieses Projekt ist nicht unumstritten. Bereits bei der Gründung des Wehrgrabenvereines der Tennis-Freaks, wenn ich das so nennen darf, gab es eine Gründungsversammlung von den Schrebergärtnern. Hier kamen bereits 60 Personen, um ihren Protest gegen diese Tennisplätze anzumelden. 60 Teilnehmer, davon mußten 5 ihren Schrebergarten lassen. Diese 5 waren natürlich maßgebend. Die Stadtgemeinde Steyr ist nun so vorgegangen, diese 5 Schrebergärten wurden zu einem Preis von ca. 200.000 Schilling abgelöst. Ein für mich korrekter Vorgang. Nur es passiert eben dann, daß genau mit der gleichen Begründung noch einmal um eine Subvention angesucht wird um S 600.000. Also 1 Million Schilling für Herrn Leithenmayr seinen Tennisplatz mit seinen Freunden. Wie wir schon in unserer Zeitung berichteten, sagte ein Schrebergartenbesitzer folgendes, und zwar für mich sehr treffend: Brauchst ja nur etwas sagen, bist schnell draußen aus den Steyr-Werken. Meine Herren, das sind schon Aussagen, wo mir ein bißchen mulmig wird. Wenn Leute draußen, wohlgemerkt draußen, noch sagen, ich kann ja nicht, ich darf nicht, weil wenn ich etwas sage, dann bin ich draußen aus den Steyr-Werken. Diese Schrebergärten werden hauptsächlich von Steyr-Werke-Angehörigen betrieben und verwaltet. Das Problem ist, daß im Tennis-Verein Leute sitzen, die auch in den Steyr-Werken sind, nur in der gehobeneren Schicht. Da kann natürlich der kleine Arbeiter nicht aufbegehren und kann sagen, ich will meinen Schrebergarten behalten, sondern er muß es hinnehmen, wenn die Herren dort unten Tennis spielen wollen, daß ihr Schrebergarten geopfert wird. Gemeinderat Sturmberger sagte noch bei dieser Veranstaltung, wo die Gründung dieses Bürgerprotestes stattgefunden hat, es besteht ein Riesenbedarf an derartigen Kleingärten in breiten Schichten der Steyrer Bevölkerung. Hier wird ganz klar ausgesagt, daß der Bedarf an Schrebergärten vorhanden ist und daß natürlich der Schrebergarten in unmittelbarer Nähe des Wohnsitzes sein muß. Es hat keinen Sinn, wenn der Schrebergartenbesitzer 5 km mit dem Auto fahren muß, damit er zu seinem Schrebergarten kommen kann. Das Angebot, daß z. B. in Gleink draußen neue Schrebergärten gemacht werden und dort die Leute hinfahren sollen, finde ich absurd. Außerdem ist es eine neue Umweltbelastung und ein neues Verkehrsproblem. Je mehr wir die Leute mit dem Auto auf die Straße hinzerren, desto größer wird das Verkehrsaufkommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Nur ein Zwischenruf, damit Sie sich nicht zu viel verrennen, Herr Ramoser. Die Schrebergärten wurden alle abgesiedelt und sie haben in unmittelbarer Nähe wieder einen Platz bekommen.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Herr Bürgermeister, darauf wollte ich noch zurückkommen. Herr Bürgermeister, ich muß dazu sagen, bei den S 300.000,-, die die 5 Schrebergartenbesitzer bekommen haben, ist natürlich zusätzlich das Recht dabei, daß sie 100 Meter weiter südlich neue Schrebergärten bekommen konnten. Man muß natürlich auch dazusagen, daß der Herr Leithenmayr mit seinen Freaks, mit seinen Tennis-Freaks durchaus die Möglichkeit gehabt hätte, diese 100 m weiter einen Tennisplatz hinzubauen. Bei der Gründungsversammlung war außerdem noch die Rede, daß nur Tennisplätze dort gebaut werden sollen. Von einem Buffet und vom Ausbau des Buffets war nie die Rede. Man versuchte, diesen Schrebergartenbesitzern klarzumachen, man braucht die Gärten, um Tennis spielen zu können. Wir brauchen nur die 5 und werden nicht größer werden. Das Gegenteil tritt ein, man braucht immer mehr Platz. Es wird sehr bald zu Konfrontationen kommen zwischen den Tennisspielern und den Kleingärtnern. Wenn der Tennis-Freak in Ruhe Tennis spielen will und der Kleingärtner mit seinem Rasenmäher durch die Gegend fährt, dann wird es Schwierigkeiten geben. Es wird dann sicher Schwierigkeiten geben. Man kann das jetzt leicht abstreiten, weil es noch nicht der Fall war. Außerdem ist es für mich sehr fraglich, daß gerade ein neugegründeter ASKÖ-Tennisverein gleich S 600.000,- bekommt. S 600.000,- sind ja wirklich kein Pappenstil. So viele andere Vereine, die auch zwei Tennisplätze haben, werden nicht so großartig gesponsert wie gerade dieser. Ich frage mich, warum ist das? Vielleicht weil der Herr Leithenmayr der Präsident ist? Ich hätte auch noch andere Fragen. Bleibt es bei der Eliminierung von nur 5 Gärten? Was inzwischen dort unten gesprochen wird ist, die werden wahrscheinlich noch Parkplätze dazu brauchen, die werden eine breitere Straße brauchen, damit sie mit ihren Autos zufahren können. Hier werden neuerlich Schrebergärten daraufgehen, da bin ich vollkommen sicher.

Aus der Umweltsicht ist hier anstatt ökologisches wertvolles Biotop vorhanden. Es stehen dort 5 alte, gewachsene Nußbäume, die wahrscheinlich auch bald den Tennis-Freaks weichen müssen. Außerdem glaube ich, daß der Erholungswert der Schrebergärten stark abnehmen wird, wenn sämtliche Tennisbesucher mit den Autos vorfahren und ihre Autos in unmittelbarer Nähe abstellen. Denn soviel mir bekannt ist, ist ein Aktivsportler nicht bereit, 5 Schritte zu Fuß zu gehen, sondern er muß mit seinem Auto bis zu seinem Aktivsportplatz anfahren können.

Aus den angeführten Gründen werden wir hier keine Zustimmung geben.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Kollege Tatzreiter bitte.

GEMEINDERAT LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Kollege Ramoser hat sich hier ausgesprochen in einer Art, wo eigentlich viele Bewohner des Wehrgrabens verärgert sein müßten, die seit vielen Jahren dieses Anliegen herangetragen haben. Kollege Leithenmayr hat sich dann dafür sehr stark engagiert, daß dem einmal Rechnung getragen wird.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Verschiedene unverständliche Zwischenrufe.

GEMEINDERAT LEOPOLD TATZREITER:

Lasse mich bitte ausreden, ich habe Dich auch ausreden lassen.

Ich glaube, daß Kollege Leithenmayr es damals wirklich so empfunden hat, daß es ein Anliegen der Wehrgrabenbewohner ist, in dieser Region auch eine Sportstätte zu errichten. Die Mehrzahl der Wehrgrabenbewohner hatte diesen Wunsch. Ich möchte noch sagen, daß die Kleingärtner dort unten nicht nur lauter Wehrgrabenbewohner sind, es bekamen auch aus anderen Stadtteilen Leute hier einen Garten bzw. eine Erholungsstätte. Dennoch war es möglich, in vielen vielen Gesprächen, einmal mit dem Besitzer, den Steyr-Werken, die ja dort Liegenschaftsverwalter sind, die Verhandlungen aufzunehmen. Es war möglich, die Steyr-Werke als Besitzer davon zu überzeugen, daß sie diese Flächen für eine solche Sportstätte überlassen.

Zweitens war es möglich, in vielen Gesprächen mit den Kleingärtnern ein Arrangement zu finden, das tragbar ist. Die 5 - das wurde vorhin schon erwähnt - sind übersiedelt, und man ist Ihnen behilflich gewesen, die haben jetzt einen ruhigeren Platz wie vorher. Zur Ergänzung, die 5 Nußbäume haben sicher ihre Berechtigung und bleiben dort bestehen. Daher diese Rücksichtnahme, daß diese Nußbäume bestehen bleiben, daß die Kleingärtner ihre Ruhestätte behalten und daß die sportbegeisterten Eisschützen und Tennisspieler ihrer Freizeitbeschäftigung nachgehen können. Ich glaube, das ist die einzig richtige Aussage dazu.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Nein. Ich bitte Herrn Bürgermeister um sein Schlußwort...

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, ich kann mich verhältnismäßig kurz halten. Herr Gemeinderat Tatzreiter hat im wesentlichen die Argumente bereits vorgebracht. Daß im Wehrgraben so wie in anderen Stadtteilen auch, eine Kleinsportanlage - um eine solche handelt es sich - errichtet werden soll, liegt im gemeinsamen Beschluß des Entwicklungskonzeptes unserer Stadt. Wir haben beschlossen, daß in den einzelnen Stadtteilen für die jungen Menschen, für die sportbegeisterten Menschen, auch kleinere Sportanlagen errichtet werden sollen. Wir haben viele Verhandlungen im Wehrgraben führen müssen. Es wurden, das ist richtig, einige Schrebergärten abgesiedelt, aus Rücksichtnahme, um die Bäume, die heute zitiert wurden, zu erhalten, war das erforderlich. Diese Schrebergartenbesitzer wurden in unmittelbarer Nähe neu angesiedelt. Dafür wurden entsprechende Subventionen gewährt. Das darf ich sagen. Es handelt sich nicht um eine Subvention für den ASKÖ Wehrgraben, das darf ich deutlich zum Ausdruck bringen, sondern ich möchte nochmals sagen - das habe ich ja im Antrag berichtet - sondern um eine Subvention für ASKÖ und Forelle Steyr für eine gemeinsam zu benützende Anlage. Die Forelle Steyr hat dort bereits die Asphaltbahnen im vergangenen Jahr errichtet und eröffnet. Es war sogar der Herr Landesportreferent, Landesrat Possart, da und bei den Gesprächen damals wurde auch die Zusicherung von Landesrat Possart gegeben, auch für die Tennisplätze entsprechende Förderung zu erteilen. Daß Vereine und Organisationen ansuchen um Subventionen liegt darin, weil sie mehr Möglichkeit haben, einerseits über die Dachverbände aber auch beim Landessportreferat entsprechend anzusuchen, und sie mehr Unterstützungsmöglichkeit haben als wenn wir als Gemeinde das

machen. Ich darf darauf hinweisen, daß die gesamte Anlage 2,3 Mill. S kostet. So groß sind also die Gesamtausgaben.
Ich darf Sie nun nochmals bitten um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist mit 1 Gegenstimme (GAL) angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag darf ich Sie bitten um Beschlußfassung über die Vergabe von Lieferungen und Arbeiten bei unserer Sportanlage Rennbahn. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

- 6) Bau5-3360/86
Sportanlage Rennbahn; Vergabe von Lieferungen und Arbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 16. 2. 1987 werden im Zusammenhang mit weiteren Maßnahmen zur Errichtung des Umkleidegebäudes sowie der dazugehörigen Außenanlagen nachstehende Aufträge vergeben:

A. Estrich- und Bodenbelagsarbeiten an die Fa. Steiner, Linz, zum Preis von S 371.125,-

B. Abgehängte Decken an die Fa. Schobesberger, Linz, zum Preis von S 305.260,-

C. Schließenanlage an die Fa. Weichselbaumer, Steyr, zum Preis von S 45.146,-

D. Bauendreinigung an die Fa. Müller, Steyr, zum Preis von S 17.786,-

Unter einem werden die im Voranschlag 1987 für das gegenständliche Bauvorhaben vorgesehenen Mittel in Höhe von

S 5.000.000,- (fünf Millionen)

bei VSt 5/2621/010220.2 freigegeben.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer ist für den Antrag? Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

Ich danke Herrn Bürgermeister für seine Berichte und bitte ihn gleichzeitig, den Vorsitz wieder zu übernehmen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte gleichzeitig Kollegen Wippersberger um seine Berichte.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich habe Ihnen 4 Anträge zur Beschlußfassung zu unterbreiten

Der erste Antrag beschäftigt sich mit dem Rechnungsabschluß 1986, Ausgleich des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltes. Das vorläufige Ergebnis des Rechnungsabschlusses, den Rechnungsabschluß 1986 betreffend, zeigt uns ein doch etwas erfreulicheres Bild als es aus dem Nachtragsvoranschlag 1986 zum Ausdruck kam. Erfreulich vor allem die Tatsache, daß es nicht notwendig wurde, eine weitere Kreditaufnahme durchzuführen. Bekanntlich war im Nachtragsvoranschlag eine weitere Kreditaufnahme von 5 Millionen auf insgesamt 45

Millionen vorgesehen. Bei der letzten Gemeinderatsitzung wurde der Beschluß gefaßt, als Vorsichtsmaßnahme weitere 10 Millionen Kreditaufnahme zu beschließen für das Jahr 1986. Es war nicht notwendig, wir haben mit den 40 Millionen, die im Budget 1986 ursprünglich beschlossen wurden, das Auslangen gefunden. Das ist irgendwie doch erfreulich. Nicht erfreulich, aber nicht ganz so schockierend ist die Tatsache, daß zur Abdeckung des ordentlichen Haushaltes nur 12,3 Millionen und nicht 20,3 Millionen, wie es aus dem Nachtragsvoranschlag hervorging, an Rücklagen entnommen werden mußten.

Beim außerordentlichen Haushalt stehen bei den Ausgaben lediglich etwas über 79 Millionen zu Buche, um 11,8 Millionen weniger als im Nachtragsvoranschlag vorgesehen war. Die Ursache dieser Reduzierung der Ausgaben beim außerordentlichen Haushalt liegt vor allem in den verspäteten Rechnungslegungen für 1986 durchgeführte Maßnahmen und Arbeiten und nicht so sehr im Umstand von echten Einsparungen bei den Ausgaben des aOH. Alles in allem gesehen zeigt der vorläufige Rechnungsabschluß für 1986 zwar ein etwas erfreulicheres Bild im Vergleich zum Nachtragsvoranschlag 1986, dennoch aber alarmierend genug, das möchte ich ganz besonders hervorheben, aufgrund der Tatsache, daß wir nicht in der Lage waren, den ordentlichen Haushalt aus den Einnahmen des ordentlichen Haushaltes abzudecken und wir zur Deckung des oH Rücklagen im Ausmaß von 12,3 Millionen entnehmen mußten.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

7) Ha-7500/86

Rechnungsabschluß 1986; Ausgleich des ordentlichen und des außerordentlichen Haushaltes.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zum Ausgleich des ordentlichen Haushaltes ist aus der Allgemeinen und Betriebsmittelrücklage ein Betrag von S 12.350.353,24 zu entnehmen.

Zum Ausgleich des außerordentlichen Haushaltes ist aus der Rücklage für die Reinhaltung des Grund- und Quellwassers ein Betrag von S 714.280,53

zu entnehmen und an die Allgemeine- und Betriebsmittelrücklage ein Betrag von S 11.822.146,42

zuzuführen.

Hiezu werden Einnahmen in Höhe von S 12.350.353,24 bei der VA-Stelle 2/981000/298000 und von S 714.280,53 bei der VA-Stelle 6/811000/298000 sowie eine Ausgabe in Höhe von S 11.822.146,42 bei der VA-Stelle 5/912000/298000 in Form einer Kreditübertragung bewilligt.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht dazu jemand zu sprechen? Kollege Tremml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Das vorliegende vorläufige Ergebnis, wie Vizebürgermeister Wippersberger hingewiesen hat, der Jahresrechnung 1986 zeigt bzw. bestätigt auch die Auffassung der KPÖ-Fraktion, daß auf die Stadt immer mehr und unerläßliche Aufgaben fallen, die der Bevölkerung in der heutigen Zeit entsprechen und auch unbedingt notwendig sind. Gleichzeitig zeigen aber die Zahlen der Jahresrechnung, daß weder der Bund noch die Landesregierung bereit sind, die dazu erforderlichen Mittel bereitzustellen. Es ist sogar so, daß das Land die Stadt durch die Ein-

hebung der Landesumlage und des Krankenanstaltenbeitrages in Millionenhöhe, möchte ich sagen, rupft. Dafür mußten bereits laut Rechnung 42,3 Millionen, also um 3,3 Millionen Schilling mehr an das Land abgeliefert werden. Vergleicht man nun die Jahresrechnung 1986 mit dem Jahresabschluß 1985, dann sieht das ein bißchen anders aus, als dies jetzt Vizebürgermeister Wippersberger brachte in Vergleichszahlen immer wieder zum Nachtragsvoranschlag. Ich glaube, um einen Vergleich anzustellen über die Finanzstärke, ist maßgebend die Rechnung des Vorjahres 1985. So haben wir im oH 1985 eine Rechnung rund 564,2 Millionen Schilling Ein- und Ausgaben. Verglichen nun zum vorläufigen Ergebnis, wie Kollege Wippersberger das jetzt getan hat, also im Jahr 1986 sind es 583,4 Millionen Schilling. Das ergibt ein Ansteigen von nur 19,2 Millionen Schilling. Der außerordentliche Haushalt ist im Vergleich weiter rückläufig. 1985 ergab die Jahresrechnung noch 103,6 Millionen Schilling Ein- und Ausgaben und sank, wie Sie ja sehen in der Jahresrechnung 1986, um 12,6 Millionen ab, nämlich auf 91 Millionen Schilling. Und insgesamt wieder die Haushaltsgebarung 1986 nach der bereits erfolgten Rücklagenentnahme, wie auch angeführt wurde und auch der zunehmenden Verschuldung ergab 674,4 Mill. Schilling Ein- und Ausgaben. Der Stadthaushalt ist daher gegenüber 1985 um nur 6,6 Millionen Schilling angestiegen. Diese Zahl, meine Damen und Herren, zeigt die Tendenz, daß die Stadtfinanzen trotz Inflation stagnieren bzw. auch die Finanzkraft der Stadt Steyr weiter rückläufig ist. Die Ursache der Schwächung der Finanzkraft der Stadt liegt vor allem im Finanzausgleich, der in keiner Weise geeignet ist, die zunehmenden Finanzschwierigkeiten, wie sie in der vorläufigen Jahresrechnung 1986 zum Ausdruck kommen, zu mindern, geschweige die notwendige Investitionstätigkeit anzukurbeln. Durch eine solche Kommunalpolitik, wie sie vor allem durch die Kommunalpolitiker der sozialistischen Partei und der Österr. Volkspartei im Städtebund erfolgt und auch in der Budgetpolitik der alten sowie in der neuen Koalitionsregierung, Bundesregierung, zum Ausdruck kommt, wird es auch für unsere Stadt immer schwerer, die Pflichtaufgaben zu erfüllen.

Es darf bei der Betrachtung der Jahresrechnung 1986 auch nicht unerwähnt bleiben, daß die Stadtensatsparteien die unerfreuliche Einnahmenentwicklung, wie es der Finanzreferent auch aufgezeigt hat, dadurch auszugleichen versuchte, daß sie die Steyrer Bevölkerung mit einer enormen Teuerungswelle überschwemmten. So holte man sich die fehlenden Millionen über den einfacheren Weg der Gebühren- und Tarifierhöhungen im Ausmaß, wie Sie sich sicher noch erinnern können, ab 1. Juli 1986, vor einigen Monaten also nach den Landtags- und Gemeinderatswahlen, im Ausmaß von 10 - 30 Prozent. Das ist die Tatsache. Ich möchte abschließend sagen, die KPÖ-Fraktion wird natürlich dem Ziffern- und Zahlenwerk, der Rechnung, wie sie nun vorgetragen wurde, die Zustimmung geben. Natürlich eingeschränkt mit allen den Beschlüssen, die wir abgelehnt haben und der scharfen Kritik, die ich immer wieder in diesem Zusammenhang zum Ausdruck bringe.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Tremml. Kollege Ramoser ist der Nächste.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Die GAL Steyr hat dem oH und dem aoH 1986 die Zustimmung nicht gegeben. Beim jetzigen Rechnungsabschluß 1986 werden wir auch diesmal nicht die Zustimmung geben. Für uns ist es immer eine Möglichkeit, bei den Budgetdebatten sich zuerst zu informieren. Nur leider ist das nicht mehr möglich, denn dort, wo wirklich entschieden werden könnte, ob die Gelder zurecht oder nicht zurecht verwendet werden, dort verweigert man uns bzw. mir die Einsicht.

Es ist für mich ganz klar, daß solche Verträge sehr problematisch sein können, daß die GAL Steyr, vertreten durch mich, vielleicht eine kleine Möglichkeit hätte, hier ein klein wenig festzustellen. Ich glaube ja gar nicht, daß wir so viel festgestellt hätten. Doch daß uns die sozialistische Fraktion die Möglichkeit gibt, hier nicht einmal nachschauen zu können, das hat mich sehr stark verblüfft. Für mich ist auch noch immer die Frage offen, warum werden dann Beamte so aggressiv und verhalten sich meines Erachtens nach total falsch. Uns wird immer vorgeworfen, wir kennen uns nicht aus oder ich kenne mich nicht aus bei den Budgetdebatten und Rechnungsabschlüssen. Ich wollte mich gründlichst vorbereiten bei der letzten Budgetdebatte, doch mir wurde die Möglichkeit nicht gegeben. Es ist für eine Einmannfraktion sehr schwierig, diese Zahlenkombinationen zum Teil aufzulösen und dort Fehler zu finden, wo welche versteckt sein könnten. Ich sage sehr bewußt sein könnten. Aber wenn man von vornherein versucht, die Opposition so tot zu machen bzw. so tot zu schweigen, damit man für mich ganz klare Richtlinien verweigert, das ist eine Möglichkeit, wie man Leute, die unbequem sind, zum Schweigen bringt. Für die GAL Steyr wird sich auch für die Zukunft dieses Problem stellen, wie weit ist es möglich, hier wahre Oppositionspolitik betreiben zu können. Wir sind ganz klar angetreten mit einer Oppositionspolitik und wir wollen die Opposition ausüben. Wir versuchen hier nicht, demagogisch vorzugehen, sondern wir wollen klare Richtlinien sehen und uns danach verhalten. Nur wenn uns die Möglichkeit nicht gegeben wird, können wir nicht.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Nächster Redner ist Kollege Pimsl.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Ich möchte mich namens der sozialistischen Fraktion und namens des Finanzreferenten gegen die hier vorgebrachten Unterstellungen, daß bei unseren Ausgaben und Einnahmen Unzukömmlichkeiten passieren können, es der GAL bedarf, um diese angeblichen Unzukömmlichkeiten aufzuzeigen, auf das Energischste verwehren. Wir haben hier nicht nur entsprechend den Beschlüssen des Gemeinderates zu handeln und der Finanzreferent in erster Linie und äußerst gewissenhaft - und er tut es so. Wir werden nicht nur von unseren eigenen Kontrollorganen laufend geprüft und überprüft, sondern auch vom Rechnungshof. Es bedarf nicht erst einer GAL, um uns auf die Rechtmäßigkeit unseres Handelns hinzuweisen.

Ich bitte daher nochmals um Kenntnisnahme und bitte auch um entsprechenden Vermerk, daß dieser Beitrag eher den Eindruck erweckt, daß hier die Stadtpolitiker, vor allem die aus der Mehrheitsfraktion, die auch mehrheitlich die Verantwortung selbstverständlich für die Kommunalpolitik tragen, auch nur im geringsten in den Verdacht kommen, dabei unrechtmäßig vorgegangen zu sein. Es ist sicherlich für uns alle nicht uninteressant zu wissen, daß die GAL sich heute und auch in der Zukunft nicht nur als konstruktives Element innerhalb der Parteienlandschaft betrachtet, sondern ausschließlich sich als Opposition sieht, die gegen alles und jedes auftritt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Pimsl. Wünscht noch jemand zu sprechen? Kollege Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich kann mich in meiner Wortmeldung kurz halten und zwar deshalb, weil heute das vorläufige Ergebnis des Jahresabschlusses bzw. der Jahresrechnung für 1986 vorliegt und es bei einer der nächsten GR-Sitzungen die Möglichkeit geben wird, ausführlicher über die erfreulichen aber auch über die unerfreulichen Positionen Stellung zu beziehen.
Diesem Antrag gebe ich nicht vorbehaltlos die Zustimmung, sondern diese Zustimmung bezieht sich auf jene Positionen, die ich im Jahre 1986 gutgeheißen habe. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Kollege Wippersberger bitte das Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Zu Kollegen Tremml darf ich sagen, es ist bedauerlich, daß die Aufgaben und die damit verbundenen Ausgaben der Gemeinde ständig steigen, ständig gestiegen sind in den letzten Jahren und daß die Einnahmen der Gemeinde mit diesen ständig steigenden Aufgaben und damit verbundenen Ausgaben nicht Schritt halten können. Der Finanzausgleich hat uns ein bißchen etwas gebracht, aber zu wenig, wir bräuchten mehr. Wir in Steyr spüren insbesondere die schwierige Wirtschaftslage, ich glaube, ich habe das letztes Mal schon erwähnt, daß eben die Steyr-Werke derzeit aufgrund der schlechten Ertragslage, das heißt der Minuszahlen, keine Gewerbesteuer bezahlen und daß die Lohnsummensteuer rückläufig ist aufgrund der schlechteren Beschäftigungslage und aufgrund der Tatsache, daß jetzt in den Steyr-Werken kurz gearbeitet wird. Das spiegelt sich natürlich alles bei unseren Finanzen sehr negativ wider. Was ich nicht verstehe ist, daß Kollege Ramoser seine Mitarbeit als Opposition sieht. Ich habe das Gefühl, daß doch die Steyrerinnen und Steyrer, die ihn gewählt haben, meinen, daß er hier Kommunalpolitik betreibt - so glaube ich zumindest - und nicht destruktiv, sondern daß er mitarbeitet zum Wohle der Einwohner unserer Stadt. Aber das, was er da betreibt, ist offensichtlich destruktiv, das ist reine Oppositionspolitik. Ich habe nichts zu verbergen, vielleicht steht er da auch wieder einmal daneben, wie schon so oft. Der Rechnungsabschluß 1986, das ist nicht der endgültige. Wir werden den Rechnungsabschluß, das ist ein großes dickes Werk mit Zahlen und Ziffern, in einigen Monaten präsentieren und dann kann man auch über Einzelheiten, den Rechnungsabschluß 1986 betreffend, sprechen. Das sind jetzt nur die vorläufigen Ziffern. Ich bitte, über den Antrag abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist mit 1 Gegenstimme (GAL) angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Beim nächsten Antrag geht es um den Kreditvertrag mit der Sparkasse Steyr, der Haftungsübernahme durch die Stadt Steyr. Der Forderung des Landeskontrollamtes Rechnung tragend, mußte für den Reinhaltverband Steyr und Umgebung eine eigene Kontierung geschaffen werden. Das spiegelt sich im folgenden Antrag, den ich Ihnen jetzt zur Verlesung bringe, wider.
Der Antrag des Stadtsenates lautet:

8) Wa-5450/75

Reinholdungsverband Steyr und Umgebung; Aufnahme eines Darlehens bei der Sparkasse Steyr; Haftungsübernahme.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Übernahme einer Bürge- und Zahlerhaftung gemäß § 1357 ABGB durch die Stadt Steyr für den vom Reinholdungsverband Steyr und Umgebung bei der Sparkasse Steyr aufgenommenen Kredit bis zum Betrag von S 50,000.000,- wird vorbehaltlich der nach § 71 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr hierfür erforderlichen Genehmigung durch die Oö. Landesregierung zugestimmt.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wer wünscht dazu zu sprechen? Kollege Ramoser bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Gerade bei diesem Antrag fällt es mir sehr schwer, hier eine kritische Stellung einzunehmen. Ich bin mir vollkommen bewußt und ganz klar darüber, daß wir eine Kanalisation, so wie sie gebaut wird in Steyr, unbedingt brauchen. Keine Kritik dazu, daß wir diese Kanalprojekte bauen und in Betrieb nehmen. Doch die Kritik dazu, wie das Ganze vor sich geht. Ich habe schon letztes Mal im Finanz- und Rechtsausschuß, im Kontrollausschuß, beantragt, daß auch die GAL Steyr die gleichen Unterlagen erhält wie die ÖVP und die SPÖ. Es ist uns nicht möglich, und auch den anderen kleinen Oppositionsparteien, sofern sie Opposition betreiben, zu prüfen, wie die Gelder hier verwendet werden. Ich muß hier sagen, es gab beim letzten Kontrollausschuß heftige Diskussionen darüber, warum ein Bauunternehmer plötzlich eine wesentliche Erhöhung einer Zahlung der Stadt Steyr fordert. So lange uns die Möglichkeit nicht gegeben wird, hier mitzureden, mitzubestimmen, sofern eine Mitbestimmung überhaupt von der SPÖ und der ÖVP gewünscht wird, so lange können wir hier nicht einfach sagen, wir bestimmen mit, was wir im Prinzip gar nicht wissen. Darum auch 50 Millionen Schilling finde ich sind sehr viel Geld ..

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ja, das finde ich auch.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Herr Kollege Holub, Sie haben ja die Unterlagen, für Sie ist es leicht, Sie können ja Kontrollfunktionen übernehmen. Aber wir können im Kontrollausschuß nicht die Kontrollfunktion ausüben, wie sie Ihre Partei und die SPÖ haben. Das muß einmal gesagt werden. Den kleinen Parteien wird nicht die Möglichkeit gegeben, daß sie sich gleich informieren wie die großen Parteien. Mich ärgert das, Herr Kollege Holub. Wenn man uns nicht die Möglichkeit gibt, die gleichen Unterlagen zu besitzen wie die Großparteien, dann können diese Parteien von uns nicht verlangen, daß wir hier einfach unser Ja-Wort geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich muß zunächst einmal eines zugeben, daß ich die Wortmeldung des Kollegen

Spöck als Obmann des Prüfungsausschusses unterbunden habe, und zwar mit der Begründung, daß wir jetzt nicht über den Prüfungsausschuß reden. Wenn ein Tagesordnungspunkt kommt, wo diese Wortmeldung auch antragsrelevant ist, werde ich Kollegen Spöck sicherlich nicht daran hindern, weil er Ihnen darauf sicher die richtige Antwort geben wird.

Was die Haftungsübernahme für ein Darlehen, das ausreichend motiviert ist, nämlich durch den Reinhaltverband und durch die Mittel, die für diesen notwendig sind - noch dazu, wo im Amtsbericht sehr deutlich drinnen steht, daß das zur Verbesserung der Transparenz auch im Budget dient diese Kontokorrentkreditaufnahme. So kann ich überhaupt nicht verstehen, wie es einem gelingt, den Bogen zu spannen bis zum Prüfungsausschuß, und daß es einem überhaupt gelingt zu behaupten, man entbehrt hier eine Unterlage. Herr Ramoser, um auf Ihre Zwischenrufe einzugehen hieße, Sie so überzubewerten, daß es ganz aus ist.

Die Vorlage des Antrages, daß die Stadt haftet als Ausfallsbürge für einen Kredit, den der Reinhaltverband übernimmt, ist eine reine logische Sache. Der Reinhaltverband hat die Kreditaufnahme beschlossen über Anregung - das können Sie nachlesen - der Kontrollorgane, die im Reinhaltverband sind und über die Initiative der Haftungsgemeinden. Und auch über die Initiative des Stadtrechnungsamtes. Wenn man die letzten Sitzungen verfolgt hat hier im Plenum, da ist kein Wort dabei, was außerhalb des Plenums im Gemeinderat gesprochen worden ist. Wenn man die Angelegenheit aufmerksam verfolgt, kommt man einfach nicht in die Verleitung, so wie Sie Demagogie zu diesem an sich selbstverständlichen Punkt zu betreiben. Sie haben schon recht, 50 Millionen Schilling sind sehr viel Geld und diese 50 Millionen Schilling sind exakt für die Umweltmaßnahmen Mülldeponie, sind exakt für die Umweltmaßnahme Klärschlamm- presse und und und. Ich begreife Sie beim besten Willen nicht, was Ihnen egal sein kann und mich bewegt es auch nicht allzusehr, aber ich begreife Sie beim besten Willen nicht, was Sie zu dieser Wortmeldung veranlaßt hat. Selbstverständlich seitens meiner Fraktion die Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke Kollegen Holub. Gibt es noch Wortmeldungen dazu? Keine. Ich bitte um das Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich kann mich kurz fassen und kann das, was Kollege Holub gesagt hat, unterstreichen. Das kommt vom Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung. Es tut mir leid, aber da sind Sie nicht dabei, das ist ein anderes Gremium. Beim Landeskontrollamt sind Sie auch nicht dabei und das Dritte ist unser Rechnungsamt, hier ist das gemacht worden, was die vorgesetzte Behörde will. Wir unterliegen, das möchte ich hier ganz deutlich sagen, Kollege Ramoser, nicht nur dem Kontrollamt, sondern wir unterliegen dem Rechnungshof, der alles prüft. Das sind unabhängige Beamte. Das ist ein Kinderspiel, das Sie hier betreiben, Sie arbeiten einfach nur destruktiv, Sie wollen gar nicht richtig mitarbeiten.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Dann müßt Ihr der GAL die Möglichkeit geben, sich zu informieren.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich bitte um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Gegenstimmen? Enthaltungen?

Der Antrag ist mit 1 Enthaltung (GAL) angenommen.
Ich bitte um den nächsten Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Beim dritten Antrag geht es um eine Akontozahlung an den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung. Gemäß einem Beschluß der Mitgliederversammlung des Reinhaltverbandes Steyr und Umgebung vom 28. Jänner d. J. hat die Stadt Steyr eine Akontozahlung an den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung im Ausmaß von 9, 226.500,- zu leisten.

Ich darf den Antrag zur Verlesung bringen:

9) Wa-5450/75

Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Akontozahlung der Stadt Steyr für den Kostenanteil 1986.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Anweisung einer a-conto-Zahlung für den Kostenanteil 1986 an den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung in Höhe von S 9,226.500,- wird zugestimmt. Zu diesem Zweck wird dieser Betrag bei der VA-Stelle 1/6210/774000.1 freigegeben.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Kollege Ramoser bitte!

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, aus den gleichen Gründen muß ich auch diesen Antrag ablehnen, auch wenn hier die Meinung entsteht, er lehnt ab, weil er, wie Kollege Holub lächelnd gesagt hat, sich nicht auskennt, so in dieser Richtung. Oder einfach den Antrag falsch ...

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich habe weder gelächelt, noch das gesagt. Zitieren Sie mich wenigstens richtig innerhalb von zwei Minuten, mehr verlange ich ohnehin nicht.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich bin nach wie vor der Auffassung, daß die GAL Steyr das gleiche Recht hat wie die ÖVP.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es noch eine Wortmeldung dazu? Keine. Der Referent verzichtet auf das Schlußwort. Wir kommen daher zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Der Antrag ist mit 1 Stimmenthaltung (GAL) angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der letzte Antrag, den ich zu unterbreiten habe, betrifft eine Subvention an den Verein Lehrlingsheim Ennsleite. Dem Verein Lehrlingsheim soll zur Erneuerung der Fenster und Jalousien ein Zuschuß im Ausmaß von S 120.000,- gewährt werden. Wie Sie aus dem Amtsbericht entnehmen können, ist darin die Fenstererneuerung der städtischen Jugendherberge mit eingeschlossen. Es ergibt sich daher für uns als Gemeinde eine kostengünstige Regelung.

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

10) Ha-7042/86

Verein Lehrlingsheim Ennsleite; Gewährung
einer außerordentlichen Subvention.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 22. 1. 1987 wird dem Verein Lehrlingsheim Ennsleite zur Erneuerung der Fenster und Jalousien im Lehrlingsheim Ennsleite, Hafnerstraße 14., eine außerordentliche Subvention in der Höhe von S 120.000,- gewährt.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von
S 120.000,-- (einhundertzwanzigtausend)

bei der VA-St. 1/2510/777000.5 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich bitte auch hier um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer ist für den Antrag? Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

Ich danke Kollegen Wippersberger für seine Berichte.

Bevor ich Kollegen Holub das Wort erteile unterbreche ich die Sitzung für ca. 10 Minuten.

Pause von 16.45 - 16.55 Uhr.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Bitte Kollege Holub.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich habe dem fast vollständigen Plenum einen Antrag vorzulegen, der die Subventionierung des Fremdenverkehrsverbandes Steyr zum Gegenstand hat.

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

11) Ha-545/87

Fremdenverkehrsverband Steyr; Jahressubvention 1987.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 10. 2. 1987 wird dem Fremdenverkehrsverband Steyr über Ansuchen für das Jahr 1987 eine Subvention in der Höhe von S 950.000,- gewährt, von der die Personalkosten in der Höhe von S 400.000,- sofort umzubuchen sind und der nur sodann verbleibende Subventionsbetrag in der Höhe von S 550.000,- an den Fremdenverkehrsverband zur Auszahlung gelangt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 650.000,-- (sechshundertfünfzigtausend)

bei der VA-St. 1/7710/757000.0 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 300.000,-- (Schilling dreihunderttausend)

bei der gleichen Voranschlagsstelle bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Es sollen zur Verbesserung der Transparenz in der Subventionierung nunmehr

die Personalkosten der städtischen Bediensteten Göls dem Fremdenverkehrsverband als Subvention gegeben werden. Diese zusätzlichen Mittel sollen aber nicht nur Maßgabe der Gehaltskosten tatsächlich zur Auszahlung gelangen.

Zur Tätigkeit des Fremdenverkehrsverbandes selbst kann ich nur die ergänzende Bemerkung machen, daß ich als Mitglied des Fremdenverkehrsverbands-Vorstandes den Eindruck gewinnen konnte, daß der Verband sich sehr bemüht, seine Tätigkeit erstens zu intensivieren und 2. zu optimieren, wozu er sich dank der Zusage der Stadt auch einer wissenschaftlichen Arbeit bedient hat, die dieser Tage erstmals im Ergebnis vorgelegt wurde. Eine breitere Präsentation ist noch in Aussicht genommen. Ich kann Ihnen nur sagen, daß die Arbeit außerordentlich umfassend ist, und daß sie einiges an Ableitungen für die zukünftige Tätigkeit des Fremdenverkehrsverbandes, der ja doch ein erheblicher Wirtschaftsfaktor in der Stadt ist und auch eine sehr bedeutende Funktion in der Stadt ausübt, mit sich bringen wird.

Ich bitte Sie, diesen Antrag zu bewilligen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu sprechen zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn jemand dagegen ist? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich danke Kollegen Holub. Ich darf die Tagesordnung umstellen und bitte als nächsten Redner Kollegen Zöchling um seine Anträge. Kollege Zöchling hat eine wichtige Verpflichtung und muß früher weggehen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Sehr verehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf Ihnen drei Anträge des Stadtsenates vortragen. Der erste lautet:

25) ÖAG-3791/85

ÖAG-4399/85

Bauplatzschaffung und Grundverkauf an die Firmen Kraml und Almauer; Änderung der Grundstücksgrenzen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

In Abänderung des Gemeinderatsbeschlusses vom 28. November 1985 wird dem Verkauf eines weiteren 576 m² großen Grundstückes aus der städtischen Parzelle 1760/2 samt Straßenanteil von 23 m² zum Preise von S 400,-/m² an Herrn Ewald Kraml, Fabrikant, Dorf/Enns 179, Haidershofen bzw. Steyr, Ennsener Straße, zugestimmt. Der Kaufpreis ist in vier gleichen Jahresraten, unverzinslich, gegen Vereinbarung einer Wertsicherung zu bezahlen, wobei die erste Rate bei Vertragsabschluß zu entrichten und der Restkaufpreis auf der Liegenschaft EZ 2517 pfandrechtlich sicherzustellen ist. Die Vermessungskosten trägt die Stadtgemeinde Steyr. Das im Gemeinderatsbeschuß ausgewiesene Flächenausmaß der an die Ehegatten Dr. Carola und Reinfried Almauer vergrößerten Grundparzelle 1760/2 samt Straßenanteil ermäßigt sich im gleichen Ausmaß.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer ist für den Antrag? Wer ist dagegen? Gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT RUDOLF ZÖCHLING:

Der zweite Antrag hat folgenden Wortlaut:

26) FW-1270/86

Ankauf eines Tanklöschfahrzeuges für
die Freiw. Feuerwehr der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Gemeinderatsbeschluß vom 26. 6. 1986 wurde der Ankauf eines Tanklöschfahrzeuges für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr bei der Fa. Schmid, Steyr, und der Fa. Rosenbauer, Linz, zum Gesamtpreis von S 2,226.536,40 inkl. MWSt genehmigt.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 2. 2. 1987 werden nunmehr zur Ent-
richtung des noch offenen Restbetrages Mittel in der Höhe von

S 1,018.800,- (eine Million achtzehntausendachthundert)

bei der VA-St. 5/1630/040010.3 freigegeben.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Nein. Wer ist für den Antrag, den bitte ich
um ein Zeichen mit der Hand? Danke. . Wer ist dagegen? Gibt es Enthaltungen?
Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Mein letzter Antrag betrifft:

27) FW-1975/86

Ankauf bzw. Errichtung einer Personenrufanlage für die
Freiw. Feuerwehr der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Gemeinderatsbeschluß vom 26. 6. 1986 wurde der Ankauf einer Personenruf-
anlage für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr bei der Fa. Elin, Linz,
zum Preise von S 2,623.798,40 genehmigt und die erste Teilrate in der Höhe
von S 699.978,- im Rechnungsjahr 1986 freigegeben.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 5. 2. 1987 werden nunmehr zur Ent-
richtung der zweiten Teilrate Mittel in der Höhe von

S 1,000.000,-- (Schilling eine Million)

bei der VA-St. 1/1630/050070.4 freigegeben.

Ich bitte auch hier um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Auch das ist nicht der Fall. Wer
ist gegen den Antrag? Gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig ange-
nommen.

Ich danke Kollegen Zöchling für seinen Vortrag. Nächster Berichterstatter ist
Kollegin Ehrenhuber.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich habe Ihnen einen Antrag zur Beschlußfassung vorzulegen, der folgenden
Wortlaut hat:

12) Bau5-4999/86

Einbau von zwei Hortgruppen im Untergeschoß des Sparkassengebäudes,
Resthof; Vergabe der Arbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 5. 2. 1987 werden im Zusammenhang mit dem Einbau von zwei Hortgruppen im Untergeschoß des Sparkassengebäudes Resthof folgende Aufträge vergeben:

1. Baumeisterarbeiten an die Fa. Zwettler, Steyr, zum Preise von
S 318.609,16 exkl. MWSt.
2. Zimmermannsarbeiten an die Fa. Freyenschlag, St. Georgen am Walde, zum
Preise von S 38.012,54 exkl. MWSt.
3. Gewichtsschlosserarbeiten an die Fa. Tuma, Steyr, zum Preise von
S 7.200,-- exkl. MWSt.
4. Sanitäre Installation an die Fa. Kriszan, Steyr, zum Preise von
S 84.257,25 exkl. MWSt.
5. Lüftungsinstallation an die Fa. Kriszan, Steyr, zum Preise von
S 38.643,79 exkl. MWSt.
6. Heizungsinstallation an die Fa. Kriszan, Steyr, zum Preise von
S 73.478,80 exkl. MWSt.
7. Elektroinstallation an die Fa. Elektrobau-AG, Steyr, zum Preise von
S 89.649,89 exkl. MWSt.
8. Fliesenlegerarbeiten an die Fa. Kittinger, Steyr, zum Preise von
S 46.793,52 exkl. MWSt.
9. Bautischlerarbeiten an die Fa. Hackl, Steyr, zum Preise von
S 120.840,31 exkl. MWSt.
10. Glaserarbeiten an die Fa. Eckelt, Steyr, zum Preise von
S 16.300,-- Exkl. MWSt.
11. Fußboden- und textile Wandbeläge: an die Fa. Speigner, Linz, zum Preise
von S 51.659,12 exkl. MWSt.
12. Malerarbeiten an die Fa. Böhm, Steyr, zum Preise von
S 29.317,20 exkl. MWSt.
13. Anstreicherarbeiten an die Fa. Seywaltner, Steyr, zum Preise von
S 7.992,33 exkl. MWSt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von
S 923.000,-- (neunhundertdreiundzwanzigtausend)
werden bei der VA-St. 5/2500/010320.6 freigegeben.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht jemand dazu zu sprechen? Niemand. Wer ist für den Antrag? Wer ist dagegen? Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen. Ich danke Kollegin Ehrenhuber für ihren Beitrag. Nächster ist Kollege Pimsl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich habe Ihnen 2 Anträge vorzulegen und bitte Sie schon vorweg um Ihre Zustimmung.

Der erste Antrag betrifft eine Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 36. Zum Zwecke des Ausbaues des österreichischen Fernmeldenetzes, insbesondere für die Richtfunkverbindung Linz - Kremstaler Bundesstraße - Steyr-Tabor, ist die Errichtung einer Richtfunkrelaisstation erforderlich, die in der Nähe unserer Stadt zu errichten ist. Als einziges Grundstück für diesen Zweck ist das Grundstück Nr. 369/1 in der KG Stein erforderlich und geeignet. Der Präsidialausschuß hat für die Probleme der Stadtplanung in seiner Sitzung vom 12. Mai 1986 die Einleitung des Flächenwidmungsplanänderungsverfahrens aufgrund des gegebenen öffentlichen Interesses gem. § 23 Abs. 2 Oö. Raumordnungsgesetz, LGBl. Nr. 18/1972 idgF., beschlossen.

Dieses Gebiet liegt nördlich der Weinzierlstraße im Waldstück zwischen dem Weinzierl-Hof und der Stadtgrenze.

Ich bitte Sie daher, dem Antrag, der wie folgt lautet, Ihre Zustimmung zu geben:

- 13) Bau2-2439/86
ÖPTV-Richtfunkrelaisstation Steyr-Weinzierl;
Flächenwidmungsplanänderung Nr. 36.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 36 für die Stadt Steyr entsprechend den Plänen des Stadtbauamtes vom 11. März 1986 wird nach Maßgabe des Amtsberichtes der MA XI vom 8. Jänner 1987 beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand zu sprechen? Ist jemand dagegen? Gibt es Enthaltungen? Es liegt Einstimmigkeit vor.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Die Stadt Steyr besitzt einen rechtskräftigen Bebauungsplan für die KG Hinterberg, welcher in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 25. November 1985 beschlossen und in der Fassung der 1. Änderung, beschlossen vom Gemeinderat am 17. Oktober 1961, rechtskräftig wurde.

Die BMW-Motoren-GesmbH beabsichtigt nunmehr nach Erwerb der erforderlichen Grundflächen, ein 7stöckiges Verwaltungsgebäude in gegenständlichem Bebauungsplanbereich zu errichten und hat daher per 17. November 1986 um Änderung des Bebauungsplanes angesucht. Der gemeinderätliche Bauausschuß hat in seiner Sitzung vom 15. Jänner 1987 die Einleitung des Änderungsverfahrens mit der Einschränkung, daß im vorgesehenen Bereich maximal 6geschossige Bauten errichtet werden dürfen, beschlossen. Das Stadtbauamt hat hiezu einen Bebauungsplanentwurf, datiert mit 15. Jänner 1987, erstellt. Im Zuge des Verfahrens gem. § 21 Abs. 1 Oö. Raumordnungsgesetz, LGBL. Nr. 18/1972 idgF - Anhörung des Amtes der Oö. Landesregierung und betroffener Körperschaften öffentlichen Rechtes - wurden keine Einwände gegen die Bebauungsplanänderung erhoben.

Im Verfahren gem. § 21 Abs. 4 leg. cit. wurde seitens der Nachbarin Friederike Grillenberger eingewendet, daß bei Ausführung des Gebäudes entsprechend dem Bebauungsplan die in der Oö. Bauordnung, LGBL. Nr. 35/1976 idgF., normierten Abstandbestimmungen nicht eingehalten werden. Um allfällige Schwierigkeiten und somit eine Verzögerung im Zuge dieses Verfahrens zu vermeiden, hat die BMW-Motoren-GesmbH mit Schreiben vom 6. Februar 1987 um nochmalige Änderung des Bebauungsplanentwurfes, d. h. Berücksichtigung lediglich des nördlichen Baukörpers, ersucht.

Zur Illustration darf ich auf dieses Modell hier am Vorsitzendentisch verweisen, welches die letztgültige Bebauung vorsieht. Es ist vor allem der Einwand des Bauausschusses berücksichtigt, das Bauwerk selbst und die weiter vorgesehenen um je eine Etage zu verkürzen. Dem wurde Rechnung getragen und ich bitte Sie daher um Zustimmung.

- 14) Bau2-6290/86
BMW-Motoren-GesmbH - Verwaltungsgebäude; Flächenwidmungsplan
Nr. 15 "Hinterberg" - Änderungsplan Nr. 2.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 15 "Hinterberg" - Änderungsplan Nr. 2 - entsprechend den Plänen des Stadtbauamtes vom 9. Februar 1987, wird nach Maßgabe des Amtsberichtes der MA XI vom 11. Februar 1987 beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand das Wort? Kollege Treml bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

In den letzten Wochen, so kann man sagen, kam es zu einer Hektik und vor allem zu einer großen Bewegung im Stadtsenat und auch im Planungsausschuß. Die BMW-Motorengesellschaft, das beherrschende Unternehmen, wie es zum Ausdruck gekommen ist im Finanz- und Rechtsausschuß, hat die Absicht, so wie Kollege Pimschl vorgetragen hat, ein 7stöckiges Verwaltungsgebäude in Hinterberg zu errichten und wünscht eine Änderung des bestehenden Bebauungsplanes. Aber sofort wurden Stadtsenat und auch der Planungsausschuß aktiv. Das Stadtbauamt wurde sofort beauftragt, einen Bebauungsplanentwurf zu erstellen. Am 15. Jänner - das wurde ja bestätigt - war er bereits erstellt. Der gemeinderätliche Bauausschuß wurde ebenfalls für 15. Jänner einberufen. Es wurde dort - darauf gehe ich heute nicht näher ein - heftig darüber debattiert und die Einleitung des Änderungsverfahrens mit der Einschränkung beschlossen, daß im vorgesehenen Bereich maximal 6geschossige Bauten errichtet werden dürfen. Als Entscheidungshilfe beantragte ich im Bauausschuß für so ein nach meiner Auffassung großes Bauvorhaben und der Abänderung des Bebauungsplanes einen Lokalaugenschein, eine Besichtigung durch den Bauausschuß. Dies wurde von den Mehrheitsparteien, die im Bauausschuß vertreten sind, kaltschnäuzig abgelehnt. Sie waren ja, wie schon meine bisherige Aussage zeigt, sehr in Eile. Das Amt der Oö. Landesregierung mußte auch noch angehört werden. Aber zum Vergleich möchte ich doch anführen, wenn ein einfacher Eigenheimbauer eine Aufstockung beantragt, dann bemühte sich in den letzten Jahren des öfteren der gesamte Bauausschuß, da hat man sogar einen Autobus zur Verfügung gestellt, zu einem Lokalaugenschein, bevor man dazu die Bewilligung gab. Das ist der Unterschied. Die KPÖ-Fraktion ist der Auffassung, daß auch die Bevölkerung im angrenzenden Gebiet ein Recht hat auf ausreichende Information bei einem so gewaltigen Vorhaben. In Zukunft soll daher darauf Bedacht genommen werden. Der beantragten Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 15 Hinterberg, Änderungsplan 2 gebe ich namens meiner Fraktion die Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Nächster ist Kollege Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Selbst auf die Gefahr hin, daß Kollege Pimschl sagt, es ist klar, es geht um die BMW-Werke, die FPÖ-Fraktion ist dafür, möchte ich doch einige Worte dazu sagen. Ich möchte vor allem auch auf die Wortmeldung des Kollegen Treml eingehen. Es ist richtig, daß es eine Diskussion größeren Ausmaßes gegeben hat im Bauausschuß über die Errichtung vor allem über die geplante vorerst 7stöckige Errichtung eines Bürogebäudetraktes der BMW-Motorenwerke. Ich selbst war auch der Meinung, daß man bei einem derart großen Projekt die Möglichkeit schaffen sollte, eine Ortsbesichtigung durchzuführen, habe aber dann zur Kenntnis genommen, daß es offenbar aus Zeitmangel nicht möglich war - die wollen ja mit diesem Projekt ehest zu bauen beginnen. Das war auch der Grund, daß ich mich hier, obwohl ich im Bauausschuß nicht stimmberechtigt bin, so wie auch Kollege Treml und Kollege Ramoser, dazu bereit erklärt habe, dem auch im Gemeinderat zuzustimmen. Das tue ich hiemit. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Kollege Ramoser.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Für mich war auch verblüffend, wie schnell hier Baubewilligungen durchgeführt und bewilligt werden. Da ich im Bauausschuß kein Stimmrecht habe, werde ich hier noch einmal die Möglichkeit nützen, meine Einwände gegen dieses Bauwerk vorzubringen. In Hinterberg ist ein bestehender Flächenwidmungsplan vorhanden, der eine zweistöckige Bauweise vorsieht. Dieser Flächenwidmungsplan wurde jetzt innerhalb von einigen Monaten geändert, weil doch eine große Firma, nämlich die BMW-GesmbH, ein Verwaltungsgebäude errichten will, das zumindest 6 Stockwerke besitzt. Jeder Bürger, der dort in Hinterberg wohnt, muß sich fragen, wenn eine große Firma kommt, gehen Flächenwidmungsänderungen sehr schnell über die Bühne. Ich kenne Leute dort, die auch versucht haben, anders zu bauen, der Flächenwidmungsplan aber aufrecht erhalten wurde - oder der Bebauungsplan. Ich frage mich nur, warum muß man hier nicht die Information weitergeben an die Bewohner, warum passiert das alles so schnell? Ich glaube, die Leute wären nicht so verärgert, wenn man sie zuerst informiert. Ich glaube, es wäre keine Schwierigkeit gewesen, eine Bebauung vorzuzeichnen, die in einem Gebäude am Stadtplatz ausgestellt wird und dies im Amtsblatt bekanntgibt, so daß jeder Bürger weiß, daß das hier ausgestellt ist. Es ist schon möglich, daß BMW unbedingt so große Bauwerke benötigt, doch man sollte Rücksicht nehmen auf die Bürger in Hinterberg. Das sind lauter Hausbesitzer, die sich dort zweitrangig vorkommen müssen wenn sie das erfahren.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Keine. Kollege Pimsl bitte das Schlußwort.

GEMEINDERAT MANETSGRUBER VERLÄSST UM 17.15 UHR DIE SITZUNG.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Es ist sicherlich richtig, daß in den letzten Jahren bei Errichtung von Bauwerken privater oder öffentlicher Natur die Bevölkerung mehr als in der Vergangenheit auf die Art des Gebäudes und auch auf alle anderen Bedingungen, die bei der Errichtung eines Bauwerkes mit zum Tragen kommen, achtet. Das ist gut so, weil damit eines vermieden wird, daß Baubewilligungen erteilt werden, die wir gemeinsam zum Schluß bereuen könnten.

Ich glaube auch, daß es unrichtig ist, zumindest aus meiner bescheidenen Erfahrung auf diesem Sektor, daß private Bauwerber, ich zitiere wörtlich Häuslbauer, schlechter behandelt werden als andere, die aus ganz anderen Möglichkeiten schöpfen können. Ich kann nur feststellen, daß hier Bauverhandlungen sehr rasch und korrekt abgewickelt werden. Es ist aber unbestritten, daß BMW sehr handfeste wirtschaftliche Gründe für die rasche Erledigung dieses Bauwerkes ins Treffen führt, daß seitens der Stadt keine gravierenden Einwände gegen die grundsätzliche Errichtung des Bauwerkes bestehen, weil es auch logisch ist, wenn ich einem Produktionsbetrieb die Zustimmung gebe, dort zu bauen, daß auch verschiedene Verwaltungsagenden - das geht über das hinaus, wir müßten uns eher von der Sicherung der Arbeitsplätze bei BMW darüber freuen, daß man dort zusätzliche Bauwerke errichtet werden. Es werden dort ja auch Entwicklungsabteilungen und anderes mehr hineinkommen, das ist ja vorgesehen. Man muß klarerweise einem Betrieb alles andere mit dazugeben, im Rahmen der gesetzlichen Auflagen selbstverständlich, um seinen Bestand zu sichern. Wir sollten auch einen anderen Aspekt dabei nicht übersehen, das wird in der Debatte überhaupt nicht berücksichtigt. Wir reden heute bereits über längere Zeit über die derzeitige Arbeitslosigkeit und die Beschäftigungssituation

in Steyr und insbesondere auch in der Bauwirtschaft. Ich glaube, wenn es gelingt, hier möglichst rasch einen Baubeginn durchaus gerechtfertigt und korrekt abgehandelt zu ermöglichen, dann werden wir auch einigen und vermutlich nicht wenigen helfen, daß sie wieder in ein Beschäftigungsverhältnis kommen, weil eben die Bausaison nicht ganzjährig in Österreich bisher gepflegt werden kann aufgrund der klimatischen Verhältnisse, vor allem technisch. Es ist durchaus möglich, aber sehr kostenaufwendig und daß wir uns durchaus in dieser Richtung anstrengen müssen und wenn eine bejahende Antwort auf diese Sache zu geben ist, diese auch möglichst bald durchzubringen, wenn es dabei gelingt, Arbeitsplätze zu schaffen und die Wirtschaft in Steyr zu beleben. Ich darf um die Abstimmung bitten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke Kollegen Pimsl für seine Berichte. Nächster Berichterstatter ist Stadtrat Erich Sablik.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen drei Anträge vorzulegen. Der erste behandelt:

15) SH-784/87

Außerordentliche Brennstoffaktion der Stadt Steyr für
Mindestpensionisten und Sozialhilfeempfänger.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Bürgermeisterverordnung, womit wegen Dringlichkeit folgendes angeordnet wurde, wird genehmigt:

"Aufgrund des Amtsberichtes der Mag. Abt. V vom 10. 2. 1987 und in Anwendung des § 46 Abs. 7 des Statutes für die Stadt Steyr wird ab sofort Pensionisten, die zu ihrer Pension eine Ausgleichszulage beziehen, sowie Beziehern einer laufenden Sozialhilfe eine außerordentliche Heizkostenbeihilfe im Betrag von S 500,- pro Person bzw. Haushalt gewährt.

Zu diesem Zweck wird bei der VSt 1/4291/403000.2 ein Betrag von
S 445.500,- (vierhundertfünfundvierzigtausendfünfhundert)

freigegeben.

Aufgrund des strengen und anhaltenden Winters hat es der Bürgermeister für notwendig befunden, diesen Personenkreis - er umfaßt 870 Haushalte - mit einer Brennstoffaktion mittels Bürgermeisterverordnung in Form eines Gutscheines zu beteiligen.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Keine. Ist jemand dagegen? Gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Der nächste Antrag behandelt die normale Brennstoffaktion für einkommensschwache Personen im Jahr 1987. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

16) SH-609/87
Einkommensschwache Personengruppen;
Brennstoffaktion 1987.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zur Durchführung der Brennstoffaktion 1987 wird der Betrag von
S 654.500,-- (sechshundertvierundfünfzigtausendfünfhundert)
aus den bei der VSt 1/4291/403000.2 präliminierten Mitteln freigegeben und
bei derselben VSt eine Kreditüberschreitung in Höhe von
S 75.500,-- (fünfundsiebzigtausendfünfhundert)
bewilligt.

Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Die Brennstoffaktion ist nach Maßgabe des Amtsberichtes der Magistratsabteilung V vom 10. 2. 1987 durchzuführen. Dem gemeinderätlichen Wohlfahrtsreferenten wird die Ermächtigung erteilt, wie in den Vorjahren in besonders berücksichtigungswürdigen Fällen bei geringfügigen Richtsatzüberschreitungen Sondergenehmigungen zu erteilen.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer ist für den Antrag? Wer ist dagegen? Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT ERICH SABLİK:

Mein dritter und letzter Antrag betrifft:

17) Bau3-1445/84

Ausbau der Friedhofstraße und Aufschließung
der Siedlungspartellen Gleink.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Gemeinderatsbeschluß vom 4. 6. 1985 wurden der Arge Zwertler-Hamberger die Baumeisterarbeiten für den Straßenbau, den Brückenbau und die Straßenbeleuchtung für den Ausbau der Friedhofstraße und die Aufschließung der Siedlungspartellen Gleink zu einem Betrag von S 3.595.178,40 inkl. USt übertragen. Mit Stadtsenatsbeschluß vom 22. 8. 1985 wurde der Auftrag um weitere S 200.000,- erweitert.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 20. 1. 1987 wird der Auftragserweiterung um S 91.103,28 inkl. USt. nachträglich zugestimmt. In einem werden zur Begleichung des noch offenen Betrages Mittel im Ausmaß von S 806.508,86 inkl. USt. freigegeben.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von
S 100.000,-- (einhunderttausend)

bei der VA- St. 5/6120/002410.8 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung in Höhe von

S 707.000,-- (siebenhundertsiebentausend)

bei der gleichen Voranschlagsstelle bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Auch hier darf ich um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist auch nicht der Fall. Wer ist für den Antrag? Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen. Ich danke Kollegen Sablik für seine Berichte. Nächster ist Kollege Schloßgangl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

In der Haratzmüllerstraße findet derzeit der Ausbau des Straßenbauloses B 122 Bad I statt. Anlässlich des Baubeginnes des Bundesstraßenbauloses wurden von der Stadt Steyr im Oktober 1986 Beweissicherungsmaßnahmen für den dort befindlichen Kanal Haratzmüllerstraße mit einer Kanalkamera veranlaßt. Hierbei kamen gravierende Kanalschäden in Form von Sohl- und Scheitelrissen zutage, die zu einem früheren Zeitpunkt aufgrund üblicher Kanalinspektionen nicht aufgefallen waren, zumal bisher auch der Abwassertransport reibungslos funktionierte. Die Schäden, die in einem Teilstück von ca. 185 m Länge auftreten, machen einen Austausch des betreffenden Kanalabschnittes erforderlich. Insbesondere auch da wegen des Bundesstraßenneubaues durch Erschütterungen etc. Kanalbrüche zu befürchten sind.

Der Antrag des Stadtsenates lautet:

18) Bau6-6755/86

Bundesstraßenbaulos "Bad I" - Ausbau
der Haratzmüllerstraße; Kanalisierung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III namens der städtischen Kanalverwaltung vom 16. 1. 1987 wird der Auftrag zur Durchführung der Sanierung der Kanalisation Haratzmüllerstraße in Steyr, Ennsdorf, an die Fa. Beer & Janischofsky, Steyr, zum Preise von S 1,190.549,76 exkl. MWSt. übertragen.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditübertragung im Ausmaß von

S 1,190.500,-- (eine Million einhundertneunzigtausendfünfhundert)

bei der VA-St. 5/8110/050580.8 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditübertragung hat durch die VA-St. 5/8110/050390.2 zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand zu sprechen? Herr Ramoser bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich nehme die Gelegenheit wahr, noch einmal zur Haratzmüllerstraße zu sprechen.

Die Haratzmüllerstraße - ich weiß, daß es hier rein um die Kanalisation geht, doch auch die Kanalisation ist ein Teil der Haratzmüllerstraße. Verbunden mit der Verbreiterung ergibt sich für mich die Möglichkeit, dieses Bauwerk Bad I noch einmal aus der Sicht der GAL aufzuzeigen. Es ist sicher keine große Schwierigkeit, die Straßen immer breiter zu machen. Wir müssen jedoch bedenken, daß wir den Verkehr so sicher nicht in die richtigen Bahnen leiten können, so daß das Problem, das wir z. B. am Dienstag gehabt haben, sich nicht mehr ergibt. Die Verbreiterung der Haratzmüllerstraße auf 4 Spuren ist eine

zeitweilige Erleichterung des örtlichen Verkehrs. Der Stau, der sich am Dienstag ergeben hat, bedingt durch die Baustelle, hat für mich neuerlich aufgezeigt, daß man hier den Verkehr nur von zwei auf vier Spuren verlagert. Das Nadelöhr Kreisverkehr wird jedoch nicht so bereinigt, daß man sagen könnte, der Verkehr könnte hier ausfließen, der Verkehr würde dadurch eine Erleichterung bekommen. Dieser vierspurige Ausbau der Haratzmüllerstraße bewirkt, daß das Problem am Kreisverkehr größer wird. Dieses kleine Teilstück wird zum Problemstück. Der Dienstag hat wieder bewiesen, daß ein Umsteigen auf die öffentlichen Verkehrsmittel der einzig richtige Weg wäre, den Verkehr in einer besser organisierten Linie hinzuleiten.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Das war aber auch witterungsbedingt.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Doch das Umsteigen, so wie es z. B. in Wien vorgezeigt wurde, daß mehrere Leute ganz aus eigenen Stücken auf den öffentlichen Verkehr umgestiegen sind, hat ein wesentliches Verkehrschaos verhindert. Das gleiche Problem wird auch für mich in Steyr sichtbar, wo man z. B. die Haratzmüllerstraße jetzt vierspurig baut und keine Busspur vorsieht. Wenn der Bus schneller von Münchenholz nach Steyr kommen könnte, würden sich viele Fahrzeuglenker davon überzeugen und verleiten lassen, daß sie auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen. Darum mein Appell noch einmal an die Gemeinde, an die hier Regierenden, doch noch Verkehrsmaßnahmen zu setzen, damit der öffentliche Verkehr begünstigt wird und der Individualverkehr in einem Maß zurückgedrängt wird, das er verträgt. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte Kollegen Schloßgangl um das Schlußwort.

GEMEINDERAT DKFM. ZAGLER VERLÄSST UM 17.30 UHR DIE SITZUNG.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

An und für sich geht es um den Kanal. Ich möchte aber trotzdem ganz kurz Stellung nehmen zu den Ausführungen von Kollegen Ramoser. Daß dieses Verkehrschaos eingetreten ist, weil das dort gebaut wird und außerdem die Witterungsverhältnisse äußerst schlecht waren, so daß es überall Behinderungen gegeben hat, kann man ja nicht zum Anlaß nehmen, daß man deswegen nicht eine Straße um- oder ausbauen kann. Punkt 1. Punkt 2, daß diese Lösung mit der vierspurigen Haratzmüllerstraße für den Verkehr nachträglich sein wird, glaube ich nicht, weil man trotzdem eine Auflösung in verschiedene Fahrspuren rund um den Kreisverkehr bzw. Ausfahrt über die Brücke und das Ankommen von der Pachergasse - Klotzstraße herunter sicherlich reibungslos gehen wird. Außerdem wird wahrscheinlich der Schwerverkehr und der langsame Verkehr auf der rechten Spur fahren und die linke Spur für den schnelleren Durchzugsverkehr sein. Wenn man Ihrer Anregung Folge leisten würde, den Busverkehr bzw. die öffentlichen Verkehrsmittel noch schneller nach Steyr zu bringen, dann müßten wir eine fünfte Spur bauen. Das ist leider aus den örtlichen Gegebenheiten nur sehr schwer bzw. überhaupt nicht möglich. Darf ich bitten, darüber abzustimmen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diese Aufklärung. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein

Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenprobe? Gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Beim nächsten Antrag geht es um die Kanalisation Krenn-Gründe, NS 2 Steyrecker-Straße. Der Antrag lautet:

19) Bau6-972/86

Kanalisation "Krenn-Gründe" - NS 2 Steyrecker-Straße, Steyr-Weinzierl; Restabwicklung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 18. 9. 1986 wurde der Auftrag zur Errichtung der Kanalisation "Krenn-Gründe", und zwar NS 2 an die Fa. Lumetsberger, Perg, zum Preise von S 2,341.070,- exkl. USt. übertragen. Infolge Schlechtwetters und unvorhersehbarer Schwierigkeiten im Baugrund konnte der Baufortschritt nicht planmäßig erfolgen, so daß von den bereits im Rechnungsjahr 1986 freigegebenen Mitteln lediglich S 775.000,- ausbezahlt wurden.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 19. 2. 1987 wird nunmehr der noch offene Restbetrag in der Höhe von S 1,575.000,- neuerlich freigegeben. Gleichzeitig wird der Freigabe folgender Mittel zugestimmt:

Kanaldienstbarkeit und Ernteverlust S 8.655,--

Ablösung der Obstbäume S 13.367,20

Grundablösen für Straßenverbreiterung S 105.900,--

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 900.000,-- (neunhunderttausend)

bei der VA-St. 5/8110/050520.4 und

S 105.900,-- (einhundertfünftausendneunhundert)

bei der VA-St. 5/6120/002020.5 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung in Höhe von

S 698.000,-- (sechshundertachtundneunzigtausend)

bei der VA-St. 5/8110/050520.4 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer ist für den Antrag? Wer ist dagegen? Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

Ich danke Kollegen Schloßgangl für seine Berichte. Nächster ist Stadtrat Steinmaßl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Meine sehr geehrten Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen heute 5 Anträge des Stadtsenates zur Beschlußfassung vorzulegen. Der erste Antrag lautet:

20) ÖAG-4002/86

Stadtwerke

Verkehrsbetrieb der Stadtwerke; Grundleistung 1987.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 2. Februar 1987 wird als Grundleistung für den Verkehrsbetrieb der Stadtwerke Steyr für das laufende Rechnungsjahr ein Betrag von S 1,050.000,- bewilligt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von
S 1,050.000,-- (eine Million fünfzigtausend)
werden bei VSt 1/8790/759200.5 freigegeben.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Kollege Ramoser bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich bemühe mich sehr, liebe Gemeinderatsmitglieder, hier an der Meinungsbildung mitzuwirken. Den Vorwurf, den mir Vizebürgermeister Holub erst gemacht hat, hier reine Oppositionspolitik zu machen und immer dagegen zu sein ..

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben das selber heute gesagt, Herr Kollege, Sie sind da, um Oppositionspolitik zu machen.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich habe gesagt reine Oppositionspolitik. Es ist so, daß hier sehr wohl von der GAL durch mich bei einigen Anträgen mitgestimmt wurde. Die kleine Anzahl der Anträge, wo ich dagegen gestimmt habe, waren sicher nur Subventionen, die sich die eigenen Parteien immer selbst geben.

ZWISCHENRUF VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich verwehre mich gegen diesen Ausdruck, Herr Kollege Ramoser, sicher auch namens der anderen Fraktionen! Ich bitte, das zu vermerken.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Darum meine Wortmeldung zu den Verkehrsbetrieben zur Förderung der Stadt Steyr an die Stadtwerke. Die Verkehrsbetriebe sind ein wesentlicher Faktor der Stadt Steyr und meines Erachtens führt es auch dazu, daß die öffentlichen Verkehrsbetriebe zu wenig benützt werden von der Bevölkerung. Diese Zuwendungen an die Stadtwerke sind ein wesentlicher Faktor auch im Budget. Ich glaube, wenn man nicht versucht, diese Zuwendungen durch ein besseres Netz, durch bessere öffentliche Verkehrsmittel zu senken, so wird der Verkehr und das Budget gleichmäßig belastet. Der Verkehr der Stadt Steyr quillt über, das Budget quillt über an Schulden. Darum mein Vorschlag, doch hier konsequente Maßnahmen zu setzen und die Bevölkerung anzuregen, mehr an den öffentlichen Verkehrsmitteln teilzunehmen. Das Umsteigen vom Auto zum Bus ist für viele Autofahrer sehr sehr schwierig. Die Versuche der Stadtgemeinde, hier die Bevölkerung durch Werbung aufmerksam zu machen, daß man hier Umweltschutz betreibt, daß man hier versucht, die Bevölkerung an dem Verkehrschaos durch Teilnahme an den öffentlichen Verkehrsmitteln hintanzuhalten. Mein Appell an die Stadtwerke wäre, ein neues, langfristiges Konzept zu erstellen. Hier bin ich sehr bereit, mitzuarbeiten. Nicht destruktiv, sondern für mich in einer Form, wo man jederzeit mit anderen Parteien zusammenarbeiten kann. Darum möchte ich hier noch einmal betonen, daß die GAL keineswegs alles ablehnt, was hier beschlossen wird, sondern wir unterscheiden sehr wohl, wo wir mitstimmen und wo wir dagegen stimmen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand zu sprechen? Nein. Ich bitte den Referenten um das Schlußwort.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe eigentlich nicht die Absicht, Kollegen Ramoser zu antworten. Und zwar deswegen, weil ja seine Wortmeldung in keinem Bezug zu meinem Antrag stand.

Ich kann aber trotz alledem sagen, Kollege Ramoser, vor einiger Zeit haben Sie den Vorschlag gebracht, daß Sie gerne bereit wären, in einem Arbeitskreis mitzuwirken und dort ein Konzept vorzulegen. Dieser Arbeitskreis, der von mir einberufen wird, war schon einberufen, aus zeitlichen Gründen hat sich das leider verschoben. Das wird aber in der nächsten Zeit nachgeholt und ich bin schon sehr neugierig, wie ihr Konzept aussieht.

Bezüglich der Zuerkennung dieser 1,050.000 Schilling muß ich sagen, wenn Sie den Amtsbericht genau durchlesen, dann brauchen Sie da heraußen nicht Bla-Bla machen.

Ich bitte um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für das Schlußwort. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gengeprobe? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Mein nächster Antrag betrifft:

21) ÖAG-2086/84

Stadtwerke

Stadtwerke Steyr - Brunnenschutzgebiet;

Refundierung von Ausgaben für 1986.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Stadtwerke Steyr vom 26. 1. 1987 wird zur Refundierung von Ausgaben für das Brunnenschutzgebiet der Betrag von S 525.843,50 bewilligt.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag in Höhe von

S 525,800,- (fünfhundertfünfundzwanzigtausendachthundert)

bei der VA-St. 1/8790/728000.7 freigegeben.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Mein nächster Antrag hat folgenden Wortlaut:

ÖAG-963/87

Stadtwerke

Städt. Gas- und Wasserwerk; Rohrverlegungen 1987;

Ankauf der Sphärogußrohre und Formstücke.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 6. 2. 1987 wird der Auftrag zur Lieferung der für die Rohrverlegung des Gas- und Wasserwerkes im Geschäftsjahr 1987 erforderlichen Sphärogußrohre und Formstücke an die Fa. VÖEST- Alpine-Rohstoffhandels-GesmbH zum Preise von S 2,959.572,- exkl. MWSt. übertragen.

Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer ist dafür? Dagegen? Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Bei meinem nächsten Antrag betrifft eine Höchstattarifverordnung für das Bestattergewerbe gemäß § 239 der Gewerbeordnung 1973. Der Antrag lautet:

23) ÖAG-1076/87

Stadtwerke

Höchstattarifverordnung für das Bestattergewerbe gem. § 239 der Gewerbeordnung 1973; Neufestsetzung der Tarife für die städtische Bestattung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 13. 2. 1987 werden die Bestattungstarife (Tarifgruppe A bis C, Tarifgruppe Kinder, Gebühren im Hoheitsbereich) entsprechend der diesem Beschluß als wesentlichen Bestandteil angeschlossenen Beilage neu festgesetzt. (BEILAGE)

Ich darf um Annahme bitten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Kollege Tremml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Kollege Steinmaßl beantragt die Neufestsetzung der Tarife für die städtische Bestattung aufgrund von Verlusten der städtischen Bestattung in den Jahren 1984 und 1985. Ich möchte das ausdrücklich festhalten, daß in der Stadt Steyr hier nicht die Kostendeckung gegeben ist. Das heißt, nach 4 Jahren wird auch das Sterben wieder teurer, und zwar ab 15. März 1987. Ich habe mir das ein bißchen genauer angeschaut diese 3 Tarifgruppen. Die Geschäftsführung führt hier Beispiele an und zeigt darauf hin, daß es sich hier um eine 12 %ige Erhöhung handelt bei der Erdbestattung. Das heißt, ich habe mir das durchgerechnet auf meine Art, ich gehe nicht nur danach, was mir die Geschäftsführung vorlegt, und bin darauf gekommen, daß z. B. die Erdbestattungserhöhung bei der Tarifklasse A, das ist die erste Klasse, auf S 11.506,- kommt und nicht, wie es hier im Antrag heißt, S 9.796,-. Am ersten Blick schaut das eigentlich so aus, daß das Sterben bei uns trotz Teuerung billig ist. Aber in Wirklichkeit, meine Damen und Herren, kommt noch einiges dazu, daß gleichzeitig alle anderen Leistungen erhöht werden, wie z. B. für Kühlung des Verstorbenen, Trauerzeremonie etc. Ersparen Sie mir, daß ich Ihnen das alles aufzähle. Zusätzlich kommt auch noch die Mehrwertsteuer bei einem Begräbnis dazu. Diese Berechnung, die Ihnen zur Beschlußfassung vorliegt, ist ohne Handelsware, z. B. auch den Sarg, der wesentlich zu Buche steht.

Nun, meine Damen und Herren, man erwartet natürlich wiederum, daß der KPÖ-Tremml jede Tarif- und Gebührenerhöhung ablehnt. Dem ist nicht so, und zwar aus folgenden Gründen. 1. daß die Stadtwerke aufgrund dessen, daß sie innerhalb der letzten 4 Jahre keine Gebühren- oder Tarifregelung vorgenommen haben, Verluste haben und wir doch bestrebt sein müssen, auch beim Bestattungsgewerbe zumindest die Kosten abzudecken. Auf jeden Fall Gewinn zu vermeiden und das ist positiv in der Stadt Steyr, das ist nicht überall so. Es gibt natürlich auch, das weiß ich, bestimmte Preisabsprachen zwischen den 2 Firmen, dem Privaten und der städtischen Firma. Aber im wesentlichen zeigt es sich, daß die Geschäftsführung solche Verhandlungen geführt hat, daß immerhin noch aufgrund dieser neuen Tarifvorschläge und der Erhöhung, wir bei diesen Tarifen

um ein Drittel oder genauer gesagt um 35 Prozent unter dem zulässigen Höchstarif liegen, der wiederum vom Land vorgeschrieben wird. Ich glaube, das muß man hier positiv herausstreichen.

Allerdings möchte ich dabei eine Kritik anbringen, daß man bei Angleichungen oder auch der Tarifierhöhungen, die notwendig werden, nicht so lange zuwartet wie diesmal. Daß man vier Jahre zuwartet und dann eben diese Erhöhung von 12 Prozent herauskommt bzw. in der Kremation von 7 Prozent.

Ich glaube auch, daß die großen Parteien, es wurde ja heute schon so viel von Verantwortung gesprochen, denn die Kleinen haben ja keine Verantwortung. Dem ist natürlich nicht so, wenn Sie unsere Tätigkeit genauer anschauen in den letzten Jahren. Dann müßten Sie auch den Mut haben, zu unangenehmen Zeiten diese Regulierungen und Erhöhungen durchzuführen. Das ist nämlich ein Grund, daß man vier Jahre diese Tarife zurückgehalten hat, ausgehend von der Landesregierung, fortgesetzt hier in diesem Rathaus, daß man die normale Erhöhung aufgrund der Inflationsrate aus Gründen, da die Landtagswahlen stattgefunden haben, daß Bundespräsidentenwahlen, daß Nationalratswahlen stattgefunden haben. Daher kommt heute erst der Antrag, heute kurz vor Inkrafttreten mit 15. März. Das ist der Grund, denn normalerweise hätten Sie dies rechtzeitig tun sollen, damit die Erhöhung nicht auf einmal in diesem Ausmaß auf die Betroffenen fällt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte den Referenten um das Schlußwort.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Ich glaube, ich kann mir das Schlußwort ersparen. Die Aussagen von Kollegen Tremml waren zum größten Teil sehr positiv. Was die Tarifierfassung bezüglich der stattgefundenen Wahlen anbelangt, möchte ich vielleicht dazusagen, es ist nicht so, daß die Stadtwerke von heute auf morgen den Tarif erhöhen, denn dazu sind Verhandlungen notwendig mit der Handelskammer und den zuständigen Gremien. Das bitte ich zu bedenken.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist angenommen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Mein letzter Antrag ist hoffentlich, so glaube ich, ein erfreulicher. Er beinhaltet die Arbeitspreissenkung für Erdgas durch die Oö. Ferngas-GesmbH für unsere Haushalte, Gewerbebetriebe und Großabnehmer. Der Antrag lautet:

24) ÖAG-4925/81

Stadtwerke

Arbeitspreissenkung für Erdgas durch die Oö. Ferngas GesmbH zum 1. 1. 1987;

Senkung des Erdgasabgabepreises für Tarifabnehmer in Steyr.

Der gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 9. 2. 1987 wird der Gasabgabepreis mit Wirkung ab 1. 1. 1987 wie folgt neu festgesetzt:

1. Haushalt	S/kWh
a) Kochzwecke	0,448
b) a) und Raumheizöfen	0,406
c) a) und Zentralheizung	0,391
2. Gewerbe	
0 - 11.000 kWh	0,458
11.001 - 27.600	0,428

27.601 - 66.300 kWh	0,421
66.301 - 132.600	0,406
132.601 - 276.200	0,391
276.201 - 552.400	0,385
3. Großabnehmer	
552.401 - 1,100.000 kWh	0,371
1,100.001 - 6.630.000	0,357
6,630.001 - 16,600.000	0,325
16,600.001 und darüber kWh	0,264

Zu den obigen Preisen je kWh ist die gesetzliche Umsatzsteuer gemäß Umsatzsteuergesetz 1972 hinzuzurechnen. Zählergebühren bleiben unverändert.

Um das vielleicht auf deutsch zu sagen, die Gaspreissenkung beträgt 6 Prozent. Ich ersuche um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es zu diesem Antrag Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Darf ich annehmen, daß Sie alle diesem erfreulichen Antrag die Zustimmung geben? Ist jemand dagegen? Das ist nicht der Fall, daher Einstimmigkeit.

Ich danke für die Berichte.

Wir sind damit am Ende der Tagesordnung und kommen damit zur Aktuellen Stunde.

Ich frage die sozialistischen Fraktion ob ein Beitrag gewünscht wird?

Kollege Pimsl bitte.

Beginn der Aktuellen Stunde: 17.55 Uhr

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Die kürzlich erfolgte Präsentation der von der Wirtschaftsuniversität Wien ausgearbeiteten Fremdenverkehrsstudie veranlaßt mich, im Namen der sozialistischen Fraktion zu diesem Thema näher Stellung zu nehmen. Die Studie beleuchtet die gegenwärtige Situation in unserem Fremdenverkehrsverband und zeigt nicht wenig Mängel auf. Ich möchte hier nur auf jene Punkte näher eingehen, die schon immer einer Kritik unterzogen wurden, ohne daß es möglich gewesen wäre, Verbesserungen zu erzielen. Demonstrativ handelt es sich um mangelnde Mitwirkung bei der Zimmervermittlung, die überdies oft einen Mangel an Objektivität erkennen ließ; einen viel zu geringen Organisationskoeffizienten - es ist viel zu wenig vermittelnde Tätigkeit bezüglich Freizeit- und Kulturveranstaltungen festzustellen; das Fehlen der Ausformulierung von Zielinhalten der Werbetätigkeit - es ist keine zielgruppengerichtete Werbetätigkeit erfolgt. Besonders auffällig erscheint mir die Beanstandung, daß das Führen einer Adressenkartei sowie deren Bearbeitung (z. B. der Busveranstalter, der Nachfragenden von Stadtführungen usw.) für gewichtig erachtet wurde.

Der Bericht bezeichnet es als seltsame Schwerpunktsetzung, daß die Ferienmesse in Wien nur einmal vor fünf Jahren besucht wurde, während der gesamte deutsche Markt alle zwei Jahre in Regensburg (in einem Kaufhaus) bearbeitet wird. Dieser Feststellung kann nur vorbehaltlos beigespflichtet werden. Unverständlich ist auch, daß es wegen zu wenig intensiver Kontakte zur Verbändegemeinschaft Pyhrn-Eisenwurzen zu einer Kritik kommen mußte, zumal aus diesem Bereich die meisten Tagesausflügler zu erwarten sind. Ein vermeidbarer Kritikpunkt wäre auch die Frage der Kooperation gewesen. Diese wird im Bericht als heikles Thema für die Steyrer Fremdenverkehrsträger bezeichnet. Es bestünde zwar eine Zusammenarbeit zwischen gewissen Betrieben, aber es wurde auch noch nie eine Veranstaltung oder Aktion gemeinsam von allen durchgeführt. Die kritischen Feststellungen im vorliegenden Bericht bezüglich der Werbung wurden im übrigen durch eine Befragung bestätigt. Bezüglich der Werbung äußerten sich die Befragten eher negativ. Auch wurde die Meinung vertreten, daß das Werbebudget effizienter verwendet werden müßte. Alle Betriebsinhaber wünschten sich für die Zukunft einen besseren Informationsfluß seitens des Fremdenverkehrsamtes. Allgemein herrschte die Meinung vor, daß zu wenig Veranstaltungen bzw. Aktionen organisiert werden.

Ganz besonders auffällig ist der Umstand, daß unter der Marginalrubrik "Schwächen von Steyr" neben den Parkmöglichkeiten sofort die Öffnungszeiten der Gaststätten angeführt werden und es ist erfreulich und betrüblich zugleich, daß sich dadurch der Obmann des Fremdenverkehrsverbandes Steyr, Herr Mader, nunmehr endlich bereitfindet, in seinem Betrieb von der Sonntagssperre Abstand zu nehmen. Erfreulich ist es, weil dadurch ein bisheriger Mangel behoben wird, betrüblich ist es, weil sich Herr Mader in seiner Eigenschaft als Obmann des Fremdenverkehrsverbandes offenbar erst unter dem Druck der vorliegenden Studie zu einer Äußerung seiner Auffassung bereitfindet.

Ich bin daher zusammenfassend der Meinung, daß der wissenschaftlichen Untersuchung eine gewisse Bedeutung nicht abzuspochen ist, daß aber verschiedene Punkte für uns durchaus nicht neu sind und deswegen auch ohne weitere Behandlung in den einschlägigen Arbeitskreisen sofort in Angriff genommen werden können. Ich meine dabei die Öffnungszeiten, die Intensivierung der Kontakte mit der Verbändegemeinschaft Pyhrn-Eisenwurzen, eine Änderung der Öffnungszeiten des Fremdenverkehrsamtes und dgl. mehr.

Schließlich muß darauf hingewiesen werden, daß es nach dem Bericht über die Gestion des Fremdenverkehrsamtes unvermeidbar sein wird, in der nächsten Zeit auch eine personelle Veränderung in der Geschäftsführung vorzunehmen.

Was die vorgeschlagenen Arbeitskreise betrifft, so muß verlangt werden, daß

diese sorgfältig unter Beteiligung aller Interessenten am Fremdenverkehr zusammengesetzt werden. Einer Bestimmung der Zusammensetzung durch eine Person - im Protokoll des Fremdenverkehrsverbandes über die Präsentation der Studie heißt es diesbezüglich: "Vizebürgermeister Holub stellt den Personenkreis für die einzelnen Arbeitskreise auf" - kann meinerseits nicht beige-pflichtet werden. Ich bin gerne bereit, mich zu berichtigen, aber das steht wörtlich drinnen.

Ich bitte Herrn Bürgermeister, diesen Punkt zu behandeln.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Pimsl für seinen Beitrag. Namens der ÖVP? Kollege Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Grundsätzlich ist bis auf das Mißverständnis beim letzten Satz im Protokoll jedes einzelne Wort voll zu unterstreichen, was du, Kollege Pimsl, gesagt hast. Es ist mir selten so aus der Seele gesprochen worden und beinahe so formulierungsgleich Sachen gesagt worden, um die ich mich seit der Zeit bemühe, seit ich Referent für das Fremdenverkehrswesen in der Stadt bin. Ich habe erkannt, daß am Gesprächsweg eine Änderung nicht herbeiführbar ist, weil die Positionen dermaßen - vorsichtig ausgedrückt - stabil sind, daß an eine Flexibilität überhaupt nicht zu denken war. So habe ich mir erlaubt, die Anregung zu geben, diese studentische Arbeit einmal zur Herstellung und zur Klarstellung des Ist-Zustandes zu liefern, wobei dieser Ist-Zustand mir zu wenig gewesen wäre und auch ein Soll-Zustand herausgearbeitet werden mußte. Ich glaube, das ist in der Arbeit recht gut gelungen. Es wird ja eine umfassende Präsentation über diese Arbeit noch geben. Über die Zusammensetzung der Arbeitskreise möchte ich, weil ich persönlich betroffen bin, eine Stellungnahme abgeben. In der Präsentation waren nicht nur die Vorstandsmitglieder und die Mitglieder der Fremdenverkehrskommission geladen, sondern einige Meinungsbildner aus den verschiedensten Gruppierungen. Es war der Aufruf durch den Obmann des Fremdenverkehrsverbandes, gefolgt vom Aufruf durch die präsentierenden Studenten, eher ohne Echo und ich habe den Eindruck gewonnen, daß ohne die ordnende Hand ein System überhaupt nicht entstehen könnte. So habe ich meine Berufserfahrung ausgenützt und habe versucht, ein System hineinzubringen in die ersten Versuche, Namen aufzulisten aus dem anwesenden Kreis bzw. aus denkbar möglichen Teilnehmern. Sonst wären wir nämlich auseinandergelassen mit der grundsätzlichen Feststellung, wir gründen einen Arbeitskreis und weiter wäre dann in einer alten Tradition nichts passiert. Die Auflistung habe ich an einer Flip-Chart mit Hilfe eines Filzschreibers gemacht und das hat die protokollführende Frau Göls zur Aussage veranlaßt, daß ich die Namen festgestellt habe. Das ist schon richtig, irgend einer hat sie halt niedergeschrieben. Das ist aber nur ein kleiner Aufbruch zur Aktivierung der Bevölkerung, zur Aktivierung von interessierten Kreisen. So werde ich auch im nächsten Amtsblatt, da habe ich die Gelegenheit, einen Beitrag zu leisten, einen Aufruf an alle Bürger machen, sich im Interessefall an diesen Arbeitskreisen, die taxativ aufgezählt sind, zu beteiligen und habe empfohlen, das Fremdenverkehrsamt als Kontaktadresse zu verwenden. So weit zu diesem einen Punkt.

Es widerspräche ja jeder Sinnhaftigkeit, wenn einer sagt, der, der oder der ist im Arbeitskreis, so und ab, jetzt machen wir es. Wenn es so gewesen wäre, hättest Du recht, daß Du das kritisierst. So war es aber nicht und ich glau-

be, daß es richtig war, eine Organisation zu ergreifen. Ich unterstreiche vollkommen, was du gesagt hast, ohne eine personelle Änderung im Fremdenverkehrsbüro selbst werden wir noch Jahre beinander sitzen und immer wieder die gleichen Zustände feststellen. Die Anregung an den Fremdenverkehrsverband, die der Gemeinderat wirklich einstimmig machen sollte oder einhellig machen sollte - es ist ja kein Beschluß jetzt zu fassen - wäre, eine eher dringliche Suche nach einer geeigneten Person zu starten durch Ausschreibung in den dafür geeigneten Medien. Es wäre mein aufrichtiges Ersuchen, weil ich meine, daß die Zieldefinition und die Effektivität der Werbemaßnahmen unbedingt Hand in Hand gehen müssen mit einer personellen Bereicherung und einer organisatorischen Stärkung.

Es ist wirklich alles zu unterstreichen, was gesagt worden ist. Es ist so bedauerlich, daß die Zieldefinition bisher sehr unklar erfolgt ist. Jedenfalls in einem Ausmaß das in einem Wirtschaftskörper, wie ja der Fremdenverkehrsverband auch einer ist, zumindest als unzulänglich, wenn nicht gar dilletantenhaft zu bezeichnen ist.

So präsentiert sich die Situation in der Tat. Meine Damen und Herren, Sie können versichert sein, daß ich versuchen werde als Referent für das Fremdenverkehrswesen in der Stadt, ziemlich Energie dreinzustecken, daß sich die Dinge ändern werden. Ich möchte aber doch eines hier anfügen, daß es nicht so leicht ist Einfluß zu nehmen, denn wie heikel jetzt die Aussage ist, ich sage sie aber trotzdem in vollem Bewußtsein dessen. Wenn man versucht, Anregungen zu geben oder dringende Empfehlungen zu geben als Referent und der Geschäftsführer des Fremdenverkehrsverbandes gibt einem dann zur Antwort, Sie haben mir gar nichts zu bestimmen, dann ist das jedenfalls sehr betrüblich. Es ist ein ziemlich dorniger Weg, wenn man als städtischer Referent zum Obmann des Fremdenverkehrsverbandes gehen muß mit der Bitte, dem Geschäftsführer die und die Anweisung zu geben und wenn man dann feststellt, daß die Anweisung Wochen später noch immer nicht vollzogen ist. Dann wundern wir uns über Statements, wie wir sie von der Universität her bekommen haben.

Meine Bitte, helfen wir alle zusammen, daß das nicht in eine persönliche Animosität zwischen dem Geschäftsführer und mir zu interpretieren sein soll, sondern in den ehrlichen Wunsch, daß die Effektivität der Mittel der Stadt und auch der Steyrer Wirtschaft, die ja am Weg der Interessentenbeiträge daherkommen, sinnvoll eingesetzt werden in ein 2., 3. oder 4. Standbein der Steyrer Gemeinwirtschaft, nämlich dem Dienstleistungswesen Fremdenverkehr. Helfen wir alle zusammen, daß unsere Mitbürger das Fremdenverkehrswesen nicht als notwendiges Übel, weil es durch ein Landesgesetz so verordnet ist, empfinden, sondern daß unsere Mitbürger den Gast in unserer Stadt als Bereicherung nicht nur im Stadtbild empfinden, sondern auch als Einnahmequelle, damit die Betriebe ihre Steuerleistungen machen können. Helfen wir als Gemeinderat zusammen, daß das kulturelle Angebot, insbesondere in der Ferienzeit, verbessert wird. Das ist nämlich auch einer der Kritikpunkte, die durchaus zutreffend sind, daß dann, wenn der Sommergast kommt, wir genau das Kulturloch haben. Da wird es sicherlich notwendig sein, noch vieles zu tun.

Ich danke Dir, Kollege Pimsl, daß Du das hier angezogen hast und ich hoffe, daß sich möglichst umfangreiche Beteiligungen aus den Arbeitskreisen ergeben werden, die noch im Laufe des nächsten Monats installiert werden und auch zu arbeiten beginnen werden. Ich wünsche unserer Stadt sehr, daß dieses Vorhaben gelingt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Holub.

Ich darf als Bürgermeister kurz dazu sagen, ich habe auch diese Präsentation angeschaut. Ich bin ja nicht im Verband und war also auch nachher bei der Sitzung nicht mehr dabei. Ich würde aber doch großen Wert darauf legen, Kollege Pimsl hat das angeschnitten, daß in jedem dieser Arbeitskreise ein offizieller Vertreter der Stadt verankert ist, damit es da keine Probleme gibt. Die Stadt hat ja das größte Interesse an einer gedeihlichen Arbeit dieser Arbeitskreise. Ich werde meinen Einfluß in dieser Richtung geltend machen, daß sie mitwirken. Im übrigen glaube ich, daß Kollege Pimsl sehr viel gesagt hat - wie auch Du - über die Problematik des Fremdenverkehrs. Wenn wir alle zusammenhelfen, müßte es uns gelingen, ein positiveres Ergebnis als diese Untersuchung gezeigt hat, in den nächsten Jahren zu erreichen. Namens der GAL Kollege Ramoser.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Die GAL Steyr wünscht sich nichts Schöneres, als in einem größeren Rahmen, z. B. in einem Arbeitskreis, mitzuwirken, wenn neue Zielsetzungen in Sachen Fremdenverkehr für Steyr vorgelegt werden. Wir sind selbstverständlich bereit, hier mitzuarbeiten. Ich glaube, ich habe das richtig verstanden, Kollege Holub, es war ein Anspruch auf eine Mitarbeit, und die wird erfüllt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Seitens der KPÖ Kollege Tremel bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich kenne natürlich nicht die Studie der Wirtschaftsuniversität Wien, weil sie ja nicht präsentiert wurde. Ich kenne nur die Aussagen - wahrscheinlich nur Bruchteile - die im Zusammenhang mit der Aktuellen Stunde als Thema der sozialistischen Partei von Kollegen Pimsl vorgetragen wurden. Erzeugte hier besonders die Schwächen des Fremdenverkehrs in der Stadt auf, die eben in dieser Studie offenbar deutlich aufgezeigt werden. Ich habe nur einige Dinge herausgehört, die meiner Meinung nach keiner Studie einer Universität bedurften. Erstens einmal glaube ich, daß auch die Stadtsenatsmitglieder und Gemeinderäte, wenn sie zu einer Sitzung kommen, wenn sie jahrelang hier in diesem Saal sitzen, doch das eine oder andere auch von einer - ich schäme mich nicht - kleinen Oppositionspartei Alternativen vorgesetzt bekommen, Anregungen gemacht werden, die genau auf die Punkte hinauszielen, die Du, lieber Freund, gebracht hast. Z. B. a) das Fehlen am Stadtplatz einer Fußgängerzone. Jahrelang hat sich vor allem die Steyrer Wirtschaft gewehrt, als wir verlangten, - das war auch ein jahrelanger Vorschlag von uns - Enge, Pfarrberg usw. zu Fußgängerzonen zu machen. Ich habe das hier schon erzählt, seit dieser Zeit grüßen mich ja sehr viele Gewerbetreibende und Geschäftsleute nicht mehr. In unserem Alternativprogramm, das ist ja auch nicht neu, schlagen wir seit langem schon die Umwandlung des schönen Stadtplatzes zur Fußgängerzone vor. Mittlerweile hat sich das herumgesprochen, daß mehr oder weniger bei der letzten Budgetdebatte nach den Aussagen aller anderen Parteien hier im Rathaus die gleiche Meinung vertreten ist. Ja, meine Damen und Herren, warum machen wir das dann nicht? Dazu, glaube ich, ist es nicht notwendig - ich bin natürlich für solche Arbeitskreise - wenn wir ohnehin einheitlich dieser Auffassung sind. Aber Lippenbekenntnisse, glaube ich, genügen hier nicht. Hier muß endlich einmal eine Tat gesetzt werden. Oder Sie werden sich sicher erinnern, daß ich sehr oft und ich bin ein Mann, der auch manchmal Beispiele bringt, stark kritisiert habe, daß viele Menschen nach Steyr kommen, nicht in erster Linie - das hat auch diese Studie festgestellt, daß sie Christkindl besuchen,

sondern hauptsächlich hierherkommen auf den Stadtplatz. Von mir wurde das Fehlen aufgezeigt, daß kein einziges Gasthaus am Sonntag geöffnet hat. Ich habe dann vehement immer wieder diese Frage gestellt. Es hat positive Reaktionen gegeben, allerdings nicht initiiert vom gesamten Gemeinderat, sondern die Kaffeehäuser und Konditoreien hier am Stadtplatz sind überein gekommen, daß sie zumindest abwechselnd am Sonntag offen haben. Es hat sich einiges geändert durch das neue Kaffee am Pfarrberg, die überhaupt geöffnet haben und sicherlich nicht zum Unnutzen ihres Geschäftes. Aber das ist natürlich Voraussetzung, wenn Menschen hierherkommen. Dazu kommt natürlich auch die Frage, daß man auch, wenn man hier längere Zeit mit Autobussen unterwegs ist, daß man wohin gehen muß. Auch hier das Problem. Ich glaube, ich habe das einmal bildlich dargestellt, wo ich 100 Personen aus 3 Autobussen in die Schwachater begleiten mußte, daß sie dort dies erfüllen konnten. Es war das einzige Gasthaus im näheren Bereich, das am Sonntag geöffnet hatte. Wenn hier festgestellt wird, der Fremdenverkehrsobmann hat sich bereiterklärt, daß er beginnt beispielgebend, wie z. B. die Freunde aus der DDR vor kurzem hier waren in der Stadt, war ich dort und dort hat er schon ganz klar und deutlich zu verstehen gegeben, daß es unbedingt notwendig ist, eine Belebung in der Stadt Steyr besonders im Fremdenverkehr zu erreichen. Aber, meine Damen und Herren, vielleicht doch eine Frage. Es ist ja auch immer wieder vor allem im Kulturausschuß diskutiert worden, daß besonders in der Ferienzeit, also der Sommerzeit, im Kulturprogramm, Kulturleben, auch von unserer Stadt her gesehen und von anderen Kulturträgern in unserer Stadt eine gähnende Leere ist. Ich habe auch im Kulturausschuß schon einmal einen Vorschlag unterbreitet, man möge doch einmal prüfen, ob es nicht möglich wäre, in unserem schönen Stadtgraben im Schloß Lamberg ein Sommertheater im Freien zu installieren. Dort muß ja nicht unbedingt das Landestheater gastieren, sondern verschiedene Kulturgruppen dort kulturelle Veranstaltungen dort durchführen. Es ist ja jetzt schon belebend, wenn dort Rotwild usw. Herberge finden, daß die Menschen dort bei den Ausnehmungen das anschauen können. Das wäre aber sicher eine Möglichkeit, eine Belebung des kulturellen Lebens zu erreichen. Das sind nur ad hoc einige Beispiele. Ich habe nichts Neues gesagt, weil das ist ja allgemein bekannt und wurde von mir schon öfter erwähnt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke auch Kollegen Tremml für seine Stellungnahme. Nächster ist namens der FPÖ Kollege Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Der Bericht, den Kollege Pimsl hier uns dargelegt hat über die Aktivität oder besser gesagt über die Inaktivität des Fremdenverkehrsverbandes ist sicherlich kein erfreulicher. Aber ich darf feststellen, daß das nicht erst so ist, seitdem Kollege Holub als verantwortlicher Politiker hier tätig ist, sondern die Situation im Fremdenverkehr ist seit Jahren nicht sehr gut gewesen. Das hat man ja von verschiedenen Seiten immer wieder gehört, von Seiten der Bevölkerung, aber auch von Seiten jener, die Beherbergungsbetriebe leiten. Ich denke daran, daß es immer wieder sehr große Diskussionen darüber gegeben hat, wenn Zuweisungen erfolgt sind seitens des Fremdenverkehrsverbandes bei Veranstaltungen, wenn eine größere Anzahl von Leuten nach Steyr gekommen ist, diese in Beherbergungsbetrieben unterzubringen. Das war auch der Grund, daß wir seitens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion schon seit Jahren immer wieder Vorschläge gemacht haben, die in dieses Gebiet zie-

len. Ich darf nur daran erinnern, wir haben im Rahmen einer Budgetsitzung auch vor Jahren bereits den Vorschlag gemacht, die Stadt Steyr näher an Christkindl zu binden. Das ist ja inzwischen geschehen. Es war auch unser Bestreben, eine Verkehrsberuhigung und eine Veränderung am Stadtplatz herbeizuführen. Ich meine Bestrebungen seitens der Stadt, die sind ja in die Richtung gegangen, daß man die Stadt Steyr mehr in die Nähe des Christkindlortes bringt, nämlich reklamemäßig und aussendungsmäßig. Aber vom Fremdenverkehrsverband ist das eigentlich weniger aufgegriffen worden. Ich wollte nur hinweisen, die Stadt Steyr hat sicherlich ein Interesse daran, aber seitens des Fremdenverkehrsverbandes ist es offenbar nicht wahrgenommen worden. Das ist vollkommen richtig, was du sagst.

Ich darf dann weiter fortfahren. Es war daher auch unser Anliegen, eine Beruhigung in verkehrsmäßiger Hinsicht am Stadtplatz herbeizuführen. Auch die Einführung eines Citybusses haben wir verlangt. Das zielt auch in diese Richtung. Ebenso haben wir uns Gedanken darüber gemacht und hier vorgeschlagen, daß man in der ruhigeren Zeit, nämlich in der Ferienzeit, Veranstaltungen am Stadtplatz durchführen sollte. Kollege Tremel hat das bereits gesagt, sei es in kultureller Hinsicht bzw. haben wir uns auch dahingehend ausgesprochen, daß beispielsweise Musikkapellen auftreten sollten oder dergleichen mehr.

Kollege Holub hat bereits darauf hingewiesen, daß es nur dann geht, eine Verbesserung herbeizuführen, wenn alle Verantwortlichen mitarbeiten. Ich glaube, unter diesem Aspekt wird es uns sicherlich gelingen, in absehbarer Zeit eine Verbesserung tatsächlich herbeizuführen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Damit ist die erste Runde beendet. Ich frage die ÖVP, ob ein Thema vorhanden ist? Kollege Spöck bitte.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

In der Budgetsitzung bzw. im Resthofer Monatsblatt der SPÖ-Sektion Resthof hat Kollege Rohrauer, wenn er schreibt bzw. gesagt hat, daß es den ÖVP-Gemeinderäten, insbesondere meiner Person, an entsprechender Sorgfalt bei den Ermittlungen mangelt, den kläglichen Versuch unternommen, den Bedarf nach einer Mutterberatungsstelle im Resthof parteipolitisch demagogisch auszunutzen mit Halbwahrheiten. Ich bin sicherlich nicht beleidigt, wenn Sie mir, sehr geehrter Herr Kollege Rohrauer, mangelnde Sorgfalt vorwerfen. Jeder drückt sich halt in der Sprache aus, die ihm liegt. Weil aber die Sache zu ernst ist, möchte ich den Sachverhalt kurz darlegen. Durch die geplante Errichtung der Mutterberatungsstelle Resthof würden dem Land Kosten für Adaptierungen von rund 200.000 Schilling bzw. jährliche Folgekosten von S 130.000,- für zwei Beratungsstunden pro Woche entstehen. Der Landeskrolldienst stellte ferner fest, daß die Aufwendungen für die Mutterberatungsstelle als derzeit im Vergleich mit den bereits bestehenden Stellen der Statutarstädte Linz, Wels und Steyr als über dem Durchschnitt liegend angesprochen werden müssen. Die Ansicht der Finanzabteilung ist leider nicht ganz von der Hand zu weisen. Man müßte daher versuchen, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, eine Kostensenkung vorzunehmen. Es wäre sicherlich bei einer nur zweistündigen Ausnutzung pro Woche möglich, diese Räumlichkeiten anderen Organisationen, wie z. B. dem Verein Multiple Sklerose, dem Psychologischen Beratungsdienst, der Elternberatung oder einem sonstigen Sozialdienst zur Verfügung zu stellen. Man müßte nur eine Kostenbeteiligung anstreben. Bei einer Vorsprache bei Lan-

deshauptmann Dr. Ratzenböck diese Woche, an der auch Kollege Holub teilgenommen hat, hat uns Landeshauptmann Dr. Ratzenböck bei Erstellung eines realistischen Vorschlages seitens der Stadt im Sinne des vorher Gesagten eine wohlwollende Bearbeitung bzw. Prüfung zugesichert.

Apropos Familienfreundlichkeit. Wenn ich mir den neu herausgekommenen Fahrplan der städtischen Verkehrsbetriebe anschau, worin es in einem Absatz heißt, zur Hilfestellung beim Ein- und Aussteigen der behinderten Personen, sowie zum Ein- und Ausladen von Kinderwagen oder Krankenfahrstühlen sind Bedienstete der Stadtwerke Steyr nicht verpflichtet. Das hat meiner Ansicht nach mit Familienfreundlichkeit sehr wenig zu tun. Meiner Ansicht nach ist es eine Ungeheuerlichkeit seitens der Direktion der Verkehrsbetriebe, diesen Passus in den Fahrplan hineinzunehmen. Da Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat Steinmaßl, so nehme ich an, sicherlich nichts gewußt haben, geht meine Bitte an Sie, bei der Erstellung des nächsten Fahrplanes diesen Passus entweder wegzulassen oder dahingehend abzuändern, daß Sie schreiben: Zur Hilfestellung beim Ein- und Aussteigen behinderter Personen sowie zum Ein- und Ausladen der Kinderwagen oder Krankenfahrstühle stehen die Bediensteten der Stadtwerke nach Möglichkeit gerne zur Verfügung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Spöck. Namens der SPÖ wird Kollege Wippersberger antworten.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich werde versuchen, mich sehr kurz zu fassen. Kollege Spöck, hinsichtlich der Mutterberatung - Kollege Rabl ist da, mit ihm habe ich erst heute vormittag ein Gespräch in dieser Richtung geführt. Es scheint sich jetzt eine Lösung insoferne abzuzeichnen, als wir mit der Volkshochschule mit hineingehen in diese Mutterberatung. Vorgesehen sind jetzt die Räumlichkeiten, die wir ursprünglich für eine Zahnarztpraxis bereitgestellt haben. Es hat sich aber erwiesen, diese Räumlichkeiten sind nicht geeignet, sie sind zu klein. Wir haben also jetzt beschlossen, einen Vorbeschuß zu fassen, daß diese Räumlichkeiten für diese Mutterberatung genützt werden. Wegen der hohen Kosten glauben wir, daß wir doch eine Lösung in der Form finden, daß jetzt von der VHS Kurse hineinkommen. Gesprochen wurde z. B. von einem Baby-Pflegekurs, von einem Baby-Massagekurs und vielleicht ähnlichem. Es ist richtig, daß dem Land für 2 Stunden pro Woche die Kosten zu hoch sind. Aber da ist ja bereits ein Schreiben nach Linz unterwegs, es ist schon vor einiger Zeit von uns weggegangen. Wir glauben, daß wir diese Sache in Kürze positiv einer Erledigung zuführen können. Ich habe auch noch mit dem Bürgermeister gesprochen, ob wir nicht unter Mitteilungen des Bürgermeisters das bringen sollen. Der Bürgermeister hat gemeint, warten wir noch, bis alles abgeschlossen ist. Aber eine Lösung zeichnet sich jetzt ab.

Was diesen Passus beim Fahrplan der Verkehrsbetriebe betrifft, kann ich sagen, daß damit ja nicht gesagt ist, daß der Lenker nicht helfen darf. Es ist nur eines, der Lenker kann nicht verpflichtet werden. Man muß sich ja vorstellen, früher haben die Autobusse einen Lenker gehabt - das ist ja klar, denn ohne Lenker kann man nicht fahren - und einen Schaffner dazu. So lange ein Schaffner da war, gab es immer die Möglichkeit, den Leuten beim Ein- und Aussteigen zu helfen. Jetzt, wo nur der Lenker da ist, wie soll er das machen? Zum Teil wird es möglich sein, wenn z. B. eine kleine Pause eintritt, es steht z. B. der Autobus in der Pachergasse oft 10 Minuten, dann kann der Lenker sicher helfen, was er auch tun wird. Aber wenn der zur Haltestelle fährt und dort mit laufendem Motor stehen bleibt, damit die Leute geschwind nur Aus- bzw. einsteigen können, dann wird es nicht so leicht möglich sein. In diesem Fall müssen die Fahrgäste gebeten werden, daß sie mithelfen. Das

geschieht ja normalerweise, wenn einer sieht, es will eine Frau mit einem Kinderwagen einsteigen, daß man da mithilft, ist fast eine Selbstverständlichkeit. Der Passus ist hineingekommen, aber es ist damit nicht gesagt, daß er nicht helfen darf. Es ist nur darauf aufmerksam gemacht - das war der Sinn und Zweck - daß der Fahrer nicht gezwungen werden kann. Es gibt halt bei einem schaffnerlosen Fahrzeug große Schwierigkeiten. Der ist ja auch für die Fahrgäste verantwortlich.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Namens der GAL zu diesem Thema? KPÖ? Kollege Tremml bitte.

GEMEINDERAT EICHHÜBL VERLÄSST UM 18.30 UHR DIE SITZUNG

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich mische mich nicht gerne ein bei parteipolitischen Auseinandersetzungen zwischen Schwarz und Rot, wie das jetzt Kollege Spöck gebracht hat. Ich beziehe mich nur rein sachlich darauf in der Richtung, daß wir uns einige Male, so weit ich mich erinnern kann, im Wohlfahrtsausschuß mit der Frage der Schaffung der Mutterberatungsstelle auseinandergesetzt haben. Dort hat es verschiedene Meinungen gegeben, aber nach längerer Debatte und Diskussion sind wir alle gemeinsam, alle im Ausschuß vertretenen Parteien, überein gekommen, daß man für das große Gebiet Resthof mit dem großen Einzugsgebiet für viele junge Familien eine Mutterberatungsstelle schafft. Man hat nun Räumlichkeiten gefunden und kommt dann sofort darauf auf die Kostenfrage, das ist ja ganz natürlich. Hätten wir ein günstigeres Angebot, von mir aus bei den Kinderfreunden in der Baracke, wäre es vielleicht billiger gewesen. Aber wir haben gesagt, nicht dorthin, sondern einen anderen Raum, der kostet etwas. Daher glaube ich, sollte es nicht eine Auseinandersetzung sein, wir sollten hier im Gemeinderat gemeinsam das durchsetzen, denn das ist ja die Aufgabe der Stadtverwaltung. In erster Linie auch dann, wenn der übergeordneten Körperschaft die Kosten zu hoch sind, daß auch die Stadtverwaltung verhandelt mit dem Land. Ich glaube, es ist auch nicht zielführend und ich betrachte es auch als parteipolitisch gesehen, wenn der Vizebürgermeister einer Partei zu seinem Freund fährt und sagt, so und so ist es, unterstütze uns in dieser Richtung. Dann gibt man das in die Presse und sagt, der Landeshauptmann hat die Zusage gemacht. Da wird es politisiert, das brauchen wir nicht im Jahr der Familie. Wir sind für den Frieden, wir wollen etwas Besseres machen in der Familie. Daher sollen wir auch diese Frage weglassen.

ZWISCHENRUF VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
unverständlich.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ich glaube, ich komme zum Ratzenböck aufgrund meiner Funktion manchmal, wo ich Dich dabei auch nicht gesehen habe. Das ist nur so eine Nebenbemerkung. Trotzdem glaube ich, daß Du eine sehr wichtige Funktion hast in der Wirtschaft in Steyr und hier sehr viel zu tun hast. Aber was die Gemeinde betrifft, glaube ich, soll die Stadtverwaltung aktiv werden und muß sie auch aktiv werden. Dann kann man auch die politischen Probleme ein bißchen hintanstellen.

Zur zweiten Frage, die Du angezogen hast, bezüglich der Neuherausgabe des Fahrplanes der städtischen Unternehmungen. Da kann man eines ganz offen sagen, die Geschäftsführung wird diese Bestimmung, die vielleicht gesetzlich richtig ist - sie ist sicher richtig - beim neuen Fahrplan, den man druckt, weglassen.

Normalerweise sind wir interessiert daran, daß viele Menschen unsere Einrichtung, die städtischen Verkehrsbetriebe, die Autobusse, benützen. Dazu gehört einmal eine werbende Wirkung. Wenn wir halt keine Schaffner mehr haben, nur mehr Fahrscheinentwerfer, die können eben nicht helfen, sondern das können nur diejenigen, die eine schwere Aufgabe zu erfüllen haben, besonders in dieser Jahreszeit wie jetzt, nämlich die Fahrer. Aber es besteht die Möglichkeit, Behinderten oder jenen mit Kinderwägen beim Einsteigen zu helfen. Weil zu dem Zeitpunkt, wo sie ein- und aussteigen, ist der Fahrer nicht beschäftigt, außer er erfüllt seine persönlichen Bedürfnisse - aber das steht ihm auch zu, wenn er z. B. Raucher ist. Er könnte sicher beim Ein- und Aussteigen behilflich sein. Ich bin kein Angestellter und Fahrer der Autobusse, aber wenn ich Menschen sehe, die behindert sind oder eine Frau mit Kindern, so ist das selbstverständlich daß man hilft. Das macht man schon aus Höflichkeit, nicht nur daß man Eindruck auf die Menschen macht.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Treml. Ich frage nun Kollegen Ramoser, ob er ein Thema hat? Bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Mein Thema ist leider nicht so erfreulich. Es gibt in Münichholz eine Straße, die Derflingerstraße. Kollege Steinparzer und Kollege Bachner und Vizebürgermeister Wippersberger werden diese Straße sicher gut kennen. In dieser Straße wurde vor kurzem ein Baumschnitt vorgenommen. Ein Baumschnitt, wobei nur mehr der Hauptstamm mit einigen Stümmeln zurückgeblieben ist. Eine Frau, das ist für mich der besondere Bezug zur Natur, zum Baum, setzte sich für diesen einen Baum in der Allee, den letzten Baum, ein - übrigens keine Grüne. Sie ging hinaus zu den Arbeitern, sprach mit diesen mit folgendem Wortlaut: Das ist mein Lieblingsbaum, das ist der Baum vor meinem Fenster, der mir Schatten spendet. Der gehört mir. Mir, weil ich ihn jeden Tag sehe. Es dauerte eine Stunde, bis die Frau erreichte, daß die Arbeiter aufhörten, dort zu schneiden. Man ließ diesen Baum so stehen, wie er war. Sogar der Vorarbeiter von der WAG kam vorbei und gestattete dieser Frau, daß dieser Baum so erhalten bleibt, wie er war. Eine Stunde später war der Baum kahlgeschnitten. Das Drängen der Frau wurde ignoriert, einfach weggeschoben. Zuerst wurde sie vertröstet, damit sie den Baum verläßt, dann wurde er zusammengeschnitten. Wenn man sich die Bäume anschaut, so kommt mir vor, das ist eine aufgestellte Soldatenreihe, wo keiner aus der Reihe tanzen darf. Eine Frau zeigt Courage, geht auf die Straße und setzt sich für einen Baum ein. Das ist lächerlich, Kollege Schloßgangl, ich glaube es Ihnen. Für mich aber nicht. Das sind Gefühle, die entwickelt werden zur Natur, zu einem Baum, die die Menschen untereinander nicht mehr zustande bringen. Das sind für mich Momente, die man zumindest ernst nehmen müßte. Für mich ist es sehr bedauerlich, daß der wirtschaftliche Faktor des Baumschneidens hier in Betracht kommt. Ich erkundigte mich bei der WAG und da gab es die Meinung, die Bäume müssen alle drei Jahre geschnitten werden. Das ist wirtschaftlich besser, als wenn man sie jedes Jahr schneidet und nur einen Teil davon. Ich sehe diese Wirtschaftlichkeit überhaupt nicht. Wenn man den Baum jährlich beschneidet, so kann man einen Kahlschnitt, eine Zerstückelung dieses Baumes hintanhaltend. Wenn man sich die Allee anschaut, wie sie aussieht, dann fürchtet man sich vor diesen stehengebliebenen Stümpfen. Ich frage Sie, darf es nicht anders sein, gibt es hier einen Zwang zur Gleichheit, muß alles gerade ausgerichtet sein? Gibt es kein Gefühl mehr zur Natur? Prof. Ringel sagte beim Vortrag in Steyr, der Baum wird

zur Bedrohung, wenn er sich nicht dem Wind beugt. Das gleiche passiert hier. Wir brauchen nur mehr Gärten, nur mehr Sträucher. Einen starken Stamm halten wir nicht mehr aus, er bedroht uns. Genau so sehe ich die Derflingerstraße jetzt hergerichtet. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Seitens der SPÖ? Keine Wortmeldung. ÖVP? Keine Wortmeldung. KPÖ? Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren!

Kollege Ramoser hat natürlich hier das Recht, die Aktuelle Stunde auszunutzen, um auf ein Problem hinzuweisen. Das heißt mit anderen Worten, er will, daß der Baumbestand weiter bei uns erhalten bleibt. Ich glaube, dieses Problem, vielleicht kann ich mich irren, mich wundert nur, daß die SPÖ nichts dazu sagt, die Beschneidung oder der Rückschnitt eines Baumes in der Derflingerstraße, so weit ich zumindest die Verhältnisse kenne, untersteht die Derflingerstraße der Verwaltung der WAG Linz. Hier glaube ich, kann von Seiten des Gemeinderates - ich glaube, daß das von Dir gut gemeint ist, das spreche ich Dir zu - nichts unternommen werden. Aber z. B. gibt es auch in unserem Bereich in der Stadt das gleiche, daß man natürlich von Zeit zu Zeit Bäume zurückschneidet. Unsere Stadtgärtnerei hat den Auftrag, soweit ich informiert bin, und Kollege Reisner als Stadtgärtnermeister erfüllt das sehr gerne, wer macht es nicht gerne. Aber es kommt auch immer wieder von Bevölkerungskreisen die Aufforderung, den Baum, weil er zu viel Schatten gibt, zurückzuschneiden. Das sind die Probleme, die wir haben. Auch in meinem Wohngebiet, wo ich selbst wohne, als ich einmal abends heimgekommen bin, sind halt 5 Birken bis auf den Stamm ratzefutz weggeschnitten worden. Im Bereich der Liegenschaft der Stadt Steyr. Ich habe mich dann erkundigt, das war der ausdrückliche Wunsch der dortWohnenden. Was soll ich da als Gemeinderat machen? Da kann ich gar nichts machen. Wenn solche Probleme herantreten, dann müssen wir - soviel Courage müssen wir aufbringen als Mandatäre, wenn wir das sehen - die zuständige Stelle aufmerksam machen, um das eine oder andere abzuwenden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Otto darf ich Dich gleich bitten um Dein Thema, bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Das aktuelle Thema meiner Partei ist heute das von mir öfter zitierte berühmte Wohnhaussanierungsgesetz, das noch von der SP/FP-Regierung im Jahre 1985 beschlossen worden war. Es ist auch vom Anfang an nicht nur durch meine Partei, sondern von den Betroffenen, auf energischen Widerstand gestoßen. Bekanntlich ging es bei diesem Gesetz darum, Kredite nach dem Wohnhauswiederaufbaufonds, die bis dahin zinsfrei waren, im nachhinein mit Zinsen zu belasten. In ganz Österreich hat das wahrscheinlich, ich weiß nicht genau, rund 120.000 Mieter betroffen. In Oberösterreich waren es 11.000, in unserer Stadt selbst waren es über 500 Mieter, vorwiegend Ennsleitner. Die Sektionsleitung hat sich auch mit einer Resolution beschäftigt und hat sich an den damaligen Bautenminister gewendet. Besonders betraf es den Bereich der drei Hochhäuser und den Steinbrecherring. Gegen diese schwere Belastung habe ich hier im Gemeinderat bereits scharf Stellung genommen. Damals meinte der Sprecher der Mehrheitsfraktion, es handle sich hier eben um ein Gesetz, welches man auch durchführen müßte. Wir Kommunisten und im besonderen auch hier von Steyr aus bekämpfen dieses Gesetz und verlangten die Aufhebung.

Meine Damen und Herren, wie recht wir hatten beweist nun die Aufhebung dieses Gesetzes, dieser Verordnung durch ein Verfassungsgerichtsurteil. Jedoch strikte abzulehnen ist dabei, daß dieses Urteil erst mit 30. September dieses Jahres gelten soll.

Ich verlange daher im Interesse der betroffenen Steyrer Mieter, vorwiegend der Ennsleitner Mieter, daß der Gemeinderat als Gesamtheit vom derzeitigen Bautenminister die sofortige Einstellung der illegalen Einhebung von Kreditzinsen bei dem seinerzeit unverzinsten Wohnhauswiederaufbaufondskrediten und die volle Rückzahlung der geleisteten Zinsen verlangt.

Ich ersuche höflich, daß auch die anderen Fraktionen dieses Begehren unterstützen und diesbezüglich gegenüber dem neuen Bautenminister aktiv werden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ?

Gibt es dazu seitens der sozialistischen Partei eine Wortmeldung?

Ich kenne das Problem, wir haben uns wirklich intensiv damit beschäftigt. Ich darf als Bürgermeister dazu sagen, wenn ein Verfassungsgerichtsurteil da ist, das aussagt, daß das alte Gesetz bis September Gültigkeit hat, dann gilt es bis dorthin. Da wird man sehr schwer etwas machen können. Ich werde aber meine Kontakte mit dem Ministerium gerne verwerten, um auf dieses Problem hinzuweisen.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ich weiß schon, daß eine Absicht dahintersteht, das zu legalisieren und bis zur Änderung des Gesetzes daß man das einhebt. Aber bis jetzt war das ungerechtfertigt und es hat sogar die Stadtgemeinde einen Teil bezahlt, das sind einge hunderttausend Schilling. Auch die Stadtgemeinde könnte zu diesem Geld kommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wir werden die Sache im Auge behalten.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Gesetzlich ist es möglich, aber aus moralischen Gründen müßte man hier aktiv werden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

ÖVP dazu? Keine Wortmeldung. GAL? Keine Wortmeldung.

Damit, meine Damen und Herren, sind wir am Ende der heutigen Sitzung. Es ist sich gerade noch ausgegangen, daß die Vollversammlung unseres Schwesterstadtkomitees um 19 Uhr beginnen kann.

Ich darf der Ordnung halber bekanntgeben, daß der Gemeinderat heute Beschlüsse des Stadtsenates in der Summe von 1,272.900 Schilling zur Kenntnis genommen hat und daß in unseren Verhandlungsgegenständen Beschlüsse über einen Gesamtbetrag von 32,210.600 Schilling gefaßt wurden.

Ich danke für die Mitarbeit, die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung:

18.50 Uhr

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Heinrich Schwarz e. h.

PROTOKOLLFÜHRER:

OAR Walter Radmoser e. h.

Gerda Gugenberger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Walter Hahn e. h.

Otto Tremel e. h.